



Rudi Engelhard:

Überzeugendes Abfallkonzept

Eine japanische Fachdelegation informierte sich bei Pfaffenhofens Landrat über die hervorragende Abfallentsorgung im Landkreis.

Seite 11



Dr. Anton Dietrich:

Von der Residenz zum Ausstellungs-Schloss

Die Sonderausstellung „In Bayern angekommen“ befindet sich nun im Höchstädter Schloss. Dillingens Landrat würdigte ihr Niveau.

Seite 17



Wilhelm Frankenberger:

Große Verdienste um Genossenschaftsarbeit

Der Vorstandsvorsitzende des Genossenschaftsverbandes Bayern feierte sein 50-jähriges Dienstjubiläum. Dafür wurde er ausgezeichnet.

Seite 6

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 16. Oktober 2003

54. Jahrgang / Nummer 20

KPV-Hauptausschuss in München:

Reform der Gemeindefinanzen

Das Thema Gemeindefinanzreform sowie ein Rückblick auf die Landtagswahl in Bayern standen im Mittelpunkt einer Sitzung des KPV-Hauptausschusses in München. Gäste der vom Landesvorsitzenden, Landrat Luitpold Braun, geleiteten Versammlung waren die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, MdB Gerda Hasselfeldt, sowie CSU-Generalsekretär Dr. Thomas Goppel.

Wie Gerda Hasselfeldt darstellte, würden in Berlin derzeit zwei wichtige Gesetzesvorhaben, die die Gemeinden und Landkreise elementar betreffen, diskutiert: Zum einen die Reform der Gewerbesteuer, zum anderen die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

sehr zügig - vermutlich über den Weg des Vermittlungsausschusses - vollziehen.

Revitalisierung der Gewerbesteuer

Bei der Gewerbesteuer hätten die Kommunalen Spitzenverbände zunächst innerhalb der Kommission gemeinsam mit der Bundesregierung und der SPD-Fraktion eine Revitalisierung der Gewerbesteuer, sprich die Aus-

Zügige Verabschiedung

Beides sei Gegenstand einer in



Dr. Thomas Goppel, Hanns Dorfner und Gerda Hasselfeldt diskutierten mit den Kommunalpolitikern die desaströsen Kommunalfinanzen.

der letzten Legislaturperiode eingesetzten Regierungskommission gewesen, die zwar über lange Zeit getagt, letztlich aber keine einhelligen Ergebnisse erreicht habe. Aufgrund dessen seien Gesetzentwürfe bzw. konkrete Vorschläge von Seiten der Regierung und der Opposition erarbeitet worden.

Die Verabschiedung der Gesetze werde sich, so Gerda Hasselfeldt, in den nächsten Wochen

weiterung auf die Freien Berufe sowie die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage um sogenannte ertragsunabhängige Elemente, favorisiert. Im August habe die Regierung dann einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sich in Punkt 2 anders darstellte. Gerda Hasselfeldt prognostizierte, (Fortsetzung auf Seite 4)



Gemeinsam mit ihren Stellvertretern trugen Annetarie Biechl, Landesbäuerin des Bayerischen Bauernverbandes und Bezirkspräsident Max Weichenrieder die Erntekrone

„Tag der Regionen“:

Trumpfkarte Regionalmarketing

Über 200.000 Besucher wohnten am Erntedank-Sonntag dem mittlerweile 5. „Tag der Regionen“ bei, der bayernweit mit mehr als 200 Veranstaltungen aufwartete. Mitgetragen wurde der Aktionstag in vielen Fällen durch die örtlichen Agenda 21-Gruppen. Die Förderung der über 600 bayerischen Agenda 21-Prozesse durch den Freistaat trägt damit Früchte. Veranstalter des „Tags der Regionen“ ist in Bayern ein Aktionsbündnis von 35 Organisationen und Verbänden aus der Landwirtschaft, dem Gaststättengewerbe, den Kirchen sowie Umwelt- und Naturschutzorganisationen.

Ziel der Gesamtkaktion ist es, möglichst breite Teile der Bevölkerung so nachhaltig mit den Vorteilen regionalen Wirtschaftens vertraut zu machen, dass es sich im Handeln, also in den alltäglichen Kaufentscheidungen niederschlägt.

Der „Tag der Regionen“ bringt lokale Akteure zusammen, vernetzt regionale Initiativen und

unterstützt deren Kooperation.

Informationsaustausch

Bei der Vorbereitung finden sich Akteure vor Ort zusammen, um gemeinsam im Sinne der Agenda 21 ihre Aktionen zu planen und durchzuführen. Daraus können eigene Projekte entstehen. Dazu kann der „Tag der Regionen“ durch Informations-, Erfahrung- und Ideenaustausch beitragen. Nicht jede Region muss das Rad neu erfinden. Der Aktionstag will eine starke Lobby für Regionalinitiativen und für regional wirtschaftende Landwirtschafts-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe bilden und zu deren überregionaler Vernetzung beitragen.

Die besten Gasthäuser

Im Rahmen des „Tags der Regionen“ wurde der Wettbewerb „Bayerische Küche“ heuer zum 12. Mal gestartet. Das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten zeichnete in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband die besten bayerischen Gasthäuser aus. Bewertet wurden dabei das saisonale Speisenangebot, die Verwendung frischer regionaler Produkte, gegendtypische Rezepte und

KOMMUNALE des Gemeindetags in Nürnberg:

Aktuelle Entscheidungen - zukünftige Entwicklungen

„Handeln in Zeiten leerer Kassen - eine Herausforderung für Bayerns Gemeinden“ lautet das Motto des Fachkongresses der Kommunale 2003, zu dem der Bayerische Gemeindetag am 15. und 16. Oktober nach Nürnberg einlädt.

Zur Podiumsdiskussion im politischen Teil des zweiten Tages erwartet der gastgebende Präsident, Dr. Uwe Brandl, u.a. Bayerns neuen Superminister Erwin Huber, Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks aus dem Bundesfinanzministerium, sowie die MdBs Gerda Hasselfeldt und Christine Scheel.

In übergreifenden Foren werden die Krise der Gemeindefinanzen, Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche, das neue Baurecht, kommunale Handlungsoptionen und Lösungsoptionen beim Mobilfunkausbau, Kostendeckung bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Hochwasserschutz, die Service-Gesellschaft des Bayerischen Gemeindetags für Kommunen im Bereich Wasser/Abwasser, das Rathaus 2005 - Zwischenbilanz „Projektstudie 2001“, Mobilfunk und Kommunen, sowie Bayerns digitale Flurkarten erörtert.

In den Fachforen der Aussteller geht es um Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens auf der Basis der Doppik, Pflanzenkläranlagen und Klärschlammverwertung, interkommunale Leistungsvergleiche, Wirtschaftliche Kanalsanierung mittels Inliner, Skalierbare Sicherheit für IT- und Telekommunikationsstandorte, Kosteneinsparungen bei der Straßenbeleuchtung, Unwetterfrühwarnung als Service der Versicherung, Naturnahe Badeteiche, Großbaumverpflanzung - Gestaltung öffentlicher Plätze mit Großbäumen, Altbaumbestand erhalten durch fachgerechte Baumpflege, Landkreis-Intranets, flexible, kostengünstige Personalkonzepte in öffentlich-rechtlichen Sektor, betriebliche Altersversorgung im kommunalen öffentlichen Dienst, Mobile Data Solutions für Städte und Gemeinden, Geld sparen mit eGovernment, KfW-Infrastrukturprogramm „Sonderfonds Wachstumsimpulse“, GEWAN (Gewerbeanzeigen im Netz) als webbasierte eGovernment Lösung, Umsetzung landchaftsplanerischer Ziele und rechtlicher Vorgaben in den Kommunen, Intelligentes eGovernment, Chance zur Verwaltungsmodernisierung, Immobilienmanagement für Kommunen - Potenziale erkennen und Kosten senken, sowie um Flächensparendes Bauen - Konzepte zur Umsetzung neuer Anforderungen.

Spezialitäten und die bayerische Wirtschaftskultur.

Lebensraum und Lebensqualität

Stellvertretend für die zahlreichen Aktivitäten an diesem Erntedank-Sonntag sei der erstmals durchgeführte Dachauer „Tag der Regionen“ genannt (vgl. S.19). Ein breites Spektrum an Informationen und Sehenswertem bot sich den zahlreichen Gästen im Tagungshaus der Katholischen Landvolk-Hochschule am Petersberg. Unter dem Motto „Lebendige Regionen bedeuten Lebensqualität“ präsentierten Vereine, Verbände und Initiativen ihre Ideen und Konzepte, die sich speziell mit dem Lebensraum und der Lebensqualität im Landkreis Dachau beschäftigen. Mit dem hier gezeigten Ideenreichtum, der konsequenten Umsetzung der erarbeiteten Konzepte und der Sensibilisierung der Bürger für die regionale Wirtschaft (Fortsetzung auf Seite 2)



Auch der Bürgermeister unserer Vorzimmerperle hatte sich den Termin für den Kommunalgipfel der Bayerischen Gemeindezeitung mit dem Bundesfinanzminister auf dem Nebelhorn freigeschaufelt. Er war gut vorbereitet auf das Gespräch, hat auf Scharfblick und Weitsicht gehofft, und wäre in luftiger Bergeshöh' mit Hans Eichel gerne Schlitten gefahren. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Stoiber bietet konstruktive Zusammenarbeit an	Seite 2
Deutsche Post optimiert Abläufe in Behörden	2
Heilbädertag: Nicht an, sondern mit den Kuren sparen	3
GZ-Kolumne Luitpold Braun:	
Dank und gute Wünsche für Dr. Herbert Kempfler	3
Die öffentliche Verschwendung in Bayern	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzen	4 - 9
Umweltschutz	10
Abfall und Recycling	11 - 13
Kommunalfahrzeuge	14 - 16
Aus den bayerischen Kommunen	17 - 20

Postretreibsdruck - Gebühr bezahlt - B 1578 - Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Im wahrsten Sinn des Wortes „im Regen stehen gelassen“ hat Bundesfinanzminister Hans Eichel GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel und den Chef der Nebelhornbahn, Augustin Kröll. Einen Bericht darüber, was die Oberallgäuer alles für ihre Gäste vorbereitet hatten, finden Sie auf Seite 20. Foto: Gehr

Auftakt im Landtag:

Stoiber bietet konstruktive Zusammenarbeit an

Der Ministerpräsident von der CSU-Fraktion geschlossen im Amt bestätigt
Landtagspräsident Glück will Plenarsitzungen besser gestalten

Mit seiner Konstituierung in der vergangenen Woche hat der neue Bayerische Landtag sowohl personell als auch politisch die ersten Akzente für die 15. Legislaturperiode bis 2008 gesetzt. Der mit allen Stimmen der CSU-Fraktion wiedergewählte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bestätigte als Ziele seiner Politik die Stärkung der bayerischen Eigenständigkeit, das Bemühen um Arbeit und Wirtschaft, um die Ausbildung und Förderung der jungen Menschen, um „verlässliche Sicherheit“ im Alter sowie um den „Fortschritt der sozialen und kulturellen Werte“. Das alles im Zeichen bundesweiter Reformen, von Sparsamkeit und Bürokratieabbau. SPD und Grünen bot Stoiber im Landtag faire und auf Bundesebene „konstruktive Zusammenarbeit“ an.

In der Eröffnungssitzung am 6. Oktober war der bisherige CSU-Fraktionsvorsitzende Alois Glück mit 158 von 179 Stimmen zum neuen Landtagspräsidenten gewählt worden. Vizepräsidenten wurden die ehemalige Sozialministerin Barbara Stamm (CSU) mit 144 von 178 Stimmen und der SPD-Abgeordnete Prof. Dr. Peter Paul Gantzer mit genau dem gleichen Ergebnis in geheimer Wahl. Die Grünen scheiterten mit ihrem von der SPD unterstützten Antrag, auch ihnen einen Vizepräsidenten zu geben.

Über den politischen Schatten springen

Als Alterspräsidentin hatte die 75jährige Grünen-Abgeordnete Barbara Rütting die Konstituierung geleitet. In ihrer Eröffnungsansprache betonte sie die gemeinsame Verantwortung aller Abgeordneten vor den Wählern und Nichtwählern. In diesem Sinne müsse es möglich sein, „dass wir ... hin und wieder über unseren parteipolitischen Schatten springen, ganz egal, wie schwarz, wie rot oder wie grün er ist“. Mit Blick auf die Zweidrittel-Mehrheit der CSU sah sie die Opposition in der Rolle Davids gegenüber Goliath. Das Bild stimme nicht ganz, „unsere Schleuder soll zwar

treffen, aber nicht verletzen“.

Glück übernahm sein neues Amt mit Dank an seinen (in der Diplomatenloge des Maximilianeums mit Gattin anwesenden) Vorgänger Johann Böhm und mit dem Bekenntnis zur unparteiischen Amtsführung, was für ihn nicht im Widerspruch dazu stehe, aktiver Politiker zu bleiben, sowohl in der Fraktion als auch in Führungsämtern der CSU.

Parlament besser zur Geltung bringen

Im gleichen Tenor wie später der Ministerpräsident, postulierte der Landtagspräsident, die nochmals vergrößerte Mehrheitsfraktion müsse ihren politischen Einfluss „besonnen wahrnehmen“. Die geschrumpfte Opposition werde „ihre parlamentarischen Rechte und Einwirkungsmöglichkeiten ohne Beschneidung verfassungsgemäß ausüben können“. Besonders vordringlich erscheint dem neuen Landtagspräsidenten „eine Reflexion über die Gestaltung unserer Plenarsitzungen“. Als Beispiel nannte er die Ausschussberatungen, in denen mehr gemeinsam beschlossen werde, als durch die Plenarsitzungen im Lande wahrgenommen werde.

In den Landtagsgremien und mit der Landtagspresse soll beraten werden, wie Rolle und Be-

deutung des Parlaments auch gegenüber der Öffentlichkeit wieder besser zur Geltung gebracht werden können.

Herrmann, Maget, Dürr und Bause neue Fraktionsvorsitzende

Unmittelbar vor der konstituierenden Sitzung, der wiederum ein ökumenischer Gottesdienst in der Münchner Frauenkirche voranging, hatte die CSU-Fraktion den bisherigen Stellvertreter Joachim Herrmann mit 111 von 117 Stimmen zum Nachfolger Glücks gewählt. Die SPD-Fraktion hatte Franz Maget mit 39 von 41 Stimmen im Vorsitz bestätigt. Die Grünen vertrauten Dr. Sepp Dürr erneut einen der beiden Vorsitzendenposten an. Weitere Vorsitzende wurde die (noch) Landesvorsitzende Margarete Bause, nachdem Christine Stahl auf eine Wiederwahl verzichtet hatte.

Einen Hauskrach gab es um Dr. Martin Runge. Er trat gegen Dürr an, verlor, ebenso als es um die Funktion des Wirtschaftssprechers ging, der er bisher war. Diese Aufgabe wurde dem nach fünfjähriger Abstinenz in den Landtag zurückgekehrten Dr.

Christian Magerl neuerlich übertragen.

Dr. Kempflers Nachfolger steht noch nicht fest

In den beiden großen Fraktionen verliefen die Wahlen reibungslos. Was die Sprecher bzw. Sprecherinnen für Kommunalpolitik betrifft, also den Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, hat sich bisher nur die SPD auf die bisherige stellvertretende Vorsitzende Helga Schmitt-Bussinger festgelegt. Die Grünen benannten vorbehaltlich die neue Abgeordnete Christine Kamm, eine Diplom-ökonomin aus Augsburg. Die CSU will erst am 22./23. Oktober entscheiden.

Demokratischer Grundkonsens

Der Ministerpräsident zeigte sich nach seiner Wiederwahl im Landtag in der zweiten Sitzung am 7. Oktober deutlich bewegt. Präsident Glück hatte ihm den Amtseid abgenommen: „Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaats Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.“ In seiner verhältnismäßig kurzen Antrittsrede - die Regierungserklärung folgt im November - betonte er seine Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns. Deshalb werde er bei allen Entscheidungen im Sinne des demokratischen Grundkonsenses „auf die soziale Balance und den sozialen Frieden achten“. Es gelte, das Bewusstsein

Trumpfkarte Regional ...

(Fortsetzung von Seite 1)
schaft und ihres Lebensraumes soll laut Landrat Hansjörg Christmann die Identität der eigenen Region verdeutlicht werden. „Gerade in schwierigen Zeiten, in denen manch notwendige Dinge von Seiten der Kommunen nicht so einfach umgesetzt werden können, werden hier nützliche und notwendige Ansätze für jedermann geliefert“, betonte der Landrat.

Erneuerbare Energien

Ein Schwerpunkt der Veranstaltung war das Thema „Erneuerbare Energien“. Gerade unter dem Eindruck der schwelenden Irak-Krise und der Jahrhundertflut sehen viele Bürger dieses Thema mit anderen Augen. Ob Photovoltaikanlage oder Solaranlage, Willi Kirchensteiner vom Bildungszentrum für Solartechnik demonstrierte in seinem Vortrag „Neue Energie für das Dachauer Land“ eine Reihe von Lösungsansätzen, die für die Zukunft vielversprechend sind.

Mit einer Reihe von Themen beschäftigten sich auch die verschiedenen Agenda-21-Gruppen des Landkreises, darunter auch die Arbeitsgruppe „Radlspaß“, die im Beisein zahlreicher Bürgermeister und Kommunalpolitiker ihr Radwegekonzept präsentierte. Sehenswert waren auch die Präsentation der Ergebnisse eines Projektes des Landschaftspflegeverbandes und des Bundes Naturschutz zum Thema Glonn.

Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe

„Regionale Wirtschaftskreisläufe werden durch Kampagnen wie dem 'Tag der Regionen' gestärkt“, betonte Landesentwicklungsminister Werner Schnappauf als Schirmherr des „Tags der Regionen“. Nach den Worten des Ministers trägt beispielsweise die Vermarktung regionaler Produkte maßgeblich dazu bei, Arbeitsplätze in der Region zu sichern, die bäuerliche Kul-

turlandschaft zu erhalten, lange Transportwege zu vermeiden und das zunehmende Frachtaufkommen auf der Straße zu verringern. So „verbrennt“ z.B. ein Kilogramm Weintrauben aus Südafrika auf der 10.000 Kilometer langen Flugreise nach Deutschland 4,3 Liter Kerosin und produziert damit 11 Kilogramm des klimaschädlichen Kohlendioxids. Schnappauf rief daher auf, verstärkt regionale Produkte zu kaufen. Dies sei ein individueller Beitrag zur Nachhaltigkeit. **DK**

Leistungsvergleich:

Bayerische Bibliotheken bundesweit vorn

Warnung vor drohenden massiven Einsparungen

Öffentliche Bibliotheken in Bayern haben bei einem bundesweiten Vergleich erste Plätze belegt. Die Stadtbibliothek Würzburg, die Regionalbibliothek in Weiden sowie das Bibliothekszentrum in Hösbach (Kreis Aschaffenburg) eroberten in ihren jeweiligen Kategorien den Spitzenplatz, teilte die Bayerische Staatsbibliothek in München mit. Den Leistungsvergleich hatten die Bertelsmann Stiftung und der Deutsche Bibliotheksverband angestellt.

Würzburg siegte in der Gruppe der Großstadtbibliotheken. Die Bibliothek, die dank des Online-Informationsservices für ihre Kunden in diesem Jahr bereits mit dem Bayern-Online-Preis ausgezeichnet worden war, punktete darüber hinaus mit ihrem Buch- und Medienangebot bei gleichzeitiger hoher Wirtschaftlichkeit.

In der Gruppe der Städte mit 30.000 bis 50.000 Einwohnern stand die Regionalbibliothek Weiden ganz oben auf dem Siegerpodest. Das attraktive Angebot führe jeden Bewohner der oberpfälzischen Stadt - statistisch gesehen - jährlich 5,8 mal in die Bücherei, hieß es.

In der Gruppe der Städte mit weniger als 15.000 Einwohnern ging der Spitzenplatz an das Bibliothekszentrum in Hösbach. Hier habe der Umzug in neue Räume in 2001 zu einem Besucherboom mit 11,4 Entleihungen im Jahr pro Einwohner geführt. Weitere Platzierungen unter den ersten Fünf in der jeweiligen Größenklasse erreichten die Bibliotheken in Rosenheim, Landshut, Bad Neustadt an der Saale, Mühlhof, Wartenberg, Grünwald, Tutzing und Kahl am Main.

Die Staatsbibliothek warnte zugleich vor drohenden massiven Einsparungen bei den Bibliotheken infolge der Haushaltskrise der Kommunen. Kürzungen der Etats für Personal und Neuerwerbungen zwängen die öffentlichen Büchereien dazu, ihr Angebot und ihren Service einzuschränken. **DK**

aller für die Probleme in Bund, Ländern und Kommunen zu schärfen. Reformen würden akzeptiert, wenn die Bürgerinnen und Bürger verstehen, dass nur dadurch soziale Sicherheit, Stabilität und Wohlstand gesichert werden können. Dafür sei er „zur konstruktiven Auseinandersetzung und zur fairen Zusammenarbeit zum Wohle unseres Landes bereit“.

Konstruktiv am Reformprozess mitwirken

Stoiber betonte die Verknüpfung der Landes- mit der Bundespolitik. Für den anstehenden, vielfältigen Reformprozess kündigte er die Mitwirkung der Staatsregierung „im Bundesrat und auf Bundesebene mit eigenen Vorschlägen aktiv und sehr

konstruktiv“ an. Dem entsprechend soll sein Staatskanzleiminister Erwin Huber zur Vertretung Bayerns - auf Parteiebene in der Union - neue Kompetenzen bekommen. Besonders erwähnte der Ministerpräsident die weitere Staats- und Verwaltungsvereinfachung. Die genaue Aufgabenstellung für Huber - der ursprünglich Stoibers Wunschkandidat für den Fraktionsvorsitz war - gab der Ministerpräsident zunächst nicht bekannt; wie überhaupt die Zusammensetzung seines neuen Kabinetts und die Aufgabenzuweisung an die Ressorts bis zum vergangenen Wochenende noch Gegenstand interner Gespräche war. Die SPD scheiterte mit ihrem, von den Grünen unterstützten Antrag, die Staatsregierung zu verkleinern. **rm**

Deutsche Post optimiert Abläufe in Behörden

Neues Outsourcing-Angebot für öffentliche Verwaltungen
auf der Messe Moderner Staat 2003 am 25./26. November in Berlin

Viele unentdeckte Sparpotenziale für Kommunen liegen im Bereich der Kommunikation und Logistik - das zeigt die Deutsche Post auf der Messe Moderner Staat 2003. Das Unternehmen präsentiert den Besuchern dort sein erweitertes Outsourcing-Angebot für öffentliche Verwaltungen. Es umfasst Bereiche wie den Druck und Versand von Sendungen, den Betrieb von Poststellen, Archiven und Materiallagern, die Abwicklung von Bußgeldbescheiden und vieles mehr. Die Deutsche Post bietet sich als Dienstleister an, der gemeinsam mit den jeweiligen kommunalen Verwaltungen individuelle Lösungen entwickelt und umsetzt. Die Messe Moderner Staat 2003 findet am 25. und 26. November auf dem Messegelände in Berlin statt.

Ziel der Deutschen Post ist es, die Kosten für ihre Kunden - die Kommunalverwaltungen - zu minimieren und gleichzeitig die Kommunikationsabläufe zu optimieren. Die Auslagerung bestimmter Prozesse soll den Behörden außerdem die Möglichkeit geben, sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren zu können.

Lösungsvorschläge gemeinsam entwickelt

Die Lösungen für einzelne Kommunen entwickelt die Deutsche Post in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verwaltungen. Auch Personalrat und Datenschutzbeauftragte sind von Anfang an in die Pla-

für die Dienstleistungen der Deutschen Post:

- ≪ Betrieb kommunaler Poststellen
- ≪ Frankierservice
- ≪ Druck und Versand von Lohnsteuerkarten
- ≪ Druck und Versand von Wahlbenachrichtigungskarten
- ≪ Druck und Versand von Warnungen und Bußgeldbescheiden (gesamte Abwicklung inkl. elektronischer Belegung sowie elektronischer oder physischer Archivierung von Zustellungsarchiven)
- ≪ Auslagerung und Betrieb des Archivs
- ≪ Auslagerung und Betrieb des Materiallagers

Die Deutsche Post ist auf der Messe Moderner Staat 2003 in Halle 7.2c Stand 42
Weitere Informationen für Kommunen:

Deutsche Post AG, GB Vertrieb Öffentlicher Sektor Vertriebsdirektion Berlin, Hans Wölke, Rollbergstr. 70, 12053 Berlin, Tel./Fax 030 / 62781-1100 / -1109, eMail: h.woelke@deutschepost.de, Internet: www.loesungsgeschaeft.de

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Rauch
97788 Neuendorf
am 22.10.

Bürgermeister Edgar Pöpel
95111 Rehau
am 28.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Krauß
91788 Pappenheim
am 4.11.

Landrat Rudolf Schwemmbauer
91506 Ansbach
am 26.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Alfons Fleischmann
94244 Geiersthal
am 4.11.

Bürgermeister
Josef Heuschneider
93102 Pfatter
am 6.11.

Bürgermeister
Christoph Rastinger
83075 Bad Feilnbach
am 21.10.

Bürgermeister Johann Spiel
83132 Pettenhart
am 22.10.

Bürgermeister Werner Himmer
87616 Marktobendorf
am 23.10.

Bürgermeister Anton Lang
89275 Elchingen
am 28.10.

Bürgermeister Herbert Bauer
95685 Falkenberg
am 28.10.

Bürgermeister Herbert Seger
87471 Durach
am 31.10.

Bürgermeister Richard Erdmann
91154 Roth
am 31.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Sporrer
86986 Schwabbruck
am 1.11.

Bürgermeister Josef Meininger
94568 St. Oswald-Riedlhütte
am 2.11.

Bürgermeister Stephan Bock
88131 Bodolz
am 3.11.

Bürgermeister Franz Reichold
93426 Roding
am 6.11.

Bürgermeister Johann Maurer
92697 Georgenberg
am 21.10.

Bürgermeister Hermann Hübner
95463 Bindlach
am 22.10.

Bürgermeister Franz Schmidlein
91077 Hetzles
am 23.10.

Bürgermeister Werner Mayer
94094 Rothalmünster
am 28.10.

Bürgermeister Ludwig Weinzierl
94574 Wallerfing
am 31.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Kneipp
96272 Hochstadt
am 2.11.

Bayerischer Heilbädertag in Bad Füssing:

Nicht an, sondern mit den Kuren sparen!

Im Mittelpunkt des 57. Bayerischen Heilbädertags in Bad Füssing, Landkreis Passau, standen die Situation der bayerischen Heilbäder sowie die Gesundheitspolitik. Der Vorsitzende des Bayerischen Heilbäderverbands (BHV), Franz Gnan, zeigte sich dabei mit den Gästezahlen zufrieden, kritisierte aber im gleichen Atemzug einige Weichenstellungen der Bundesregierung.

Gnan, der die Heilbäder und Kurorte als „medizinisch kompetente Gesundheitsöasen“ bezeichnete, verwies auf den guten Ruf, den sie sich in den vergangenen Jahren erworben hätten. Auch wenn die Gesundheitspolitik einem ständigen Wechsel unterliege, müsse die hohe Qualität der Bäder aufrechterhalten werden, damit man auch in Zukunft auf das Vertrauen der Patienten bauen könne.

gen fühlten sich die Patienten in den Kurorten wohl und würden immer wieder zurückkehren.

Medizinische und volkswirtschaftliche Bedeutung

„Die Kur lebt“ - obwohl die Kassen den Kuraufenthalt derzeit nicht mehr oder nur noch teilweise finanzierten, erklärte Gnan. Neben der medizinischen Effizienz hätten die Heilbäder

komme den Übernachtungszahlen zu. Allein 40 Prozent aller Übernachtungen in Bayern seien in den Kurorten zu verzeichnen. Um diese Basis zu sichern, sei die Politik gefordert, meinte Brundobler.

Wichtiges Standbein der Gesundheitspolitik

Passaus Landrat Hanns Dorfner hieb in dieselbe Kerbe: Da die bayerischen Heilbäder ein wichtiges Standbein in der Gesundheitspolitik seien, müsse dafür gesorgt werden, dass sich erkrankte Menschen auch in Zukunft in den Bädern erholen können und nicht in teure Kliniken eingewiesen werden.

Einsparungseffekte

Wenn nicht an den Kuren, sondern mit den Kuren gespart werde, seien auch Einsparungen im Gesundheitswesen zu leisten, betonte Gnan. Untersuchungen zeigten, dass gewisse, für Kuren aufgewendete finanzielle Mittel, an anderer Stelle im Gesundheitswesen wieder eingespart werden können. Ministerialrat Robert Holzbach vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung hob hervor, dass mit der Gesundheitsreform 2000 die Vorsorge- und Rehabilitations-

leistungen deutlich aufgewertet worden seien. Die Bereiche Vorsorge, Krankenbehandlung und Rehabilitation seien dabei besser strukturiert worden.

Zuzahlungen verringern

Speziell das geplante Gesetz zur Verbesserung des Zuschusses zu ambulanten medizinischen Vorsorgeleistungen sei für die Heilbäder und Kurorte von Interesse. Bisher mussten Patienten für die während der Kur anzuwendenden Heilmittel eine Zuzahlung von 15 Prozent beisteuern. Geplant sei jetzt, dass die Beitragsleistung, die sich auf jedes verordnete Mittel bezieht, auf zehn Prozent verringert werde. Dazu komme eine Zuzahlung von zehn Euro pro Verordnung. Beispiele zeigten, dass die neuen Zahlungsregelungen bei einer höheren Zahl von Anwendungen günstiger sind und damit vor allem für die Patienten an Kurorten Vorteile nach sich ziehen.

Vorsorgeleistungen müssen bleiben

Mit dieser Neuregelung waren die Vertreter der bayerischen Heilbäder freilich nur bedingt zufrieden. Zwar würde sich rein rechnerisch ein niedrigerer Kostenfaktor ergeben; in der Realität aber würde sich diese Bestimmung negativ auf die Situation der Heilbäder auswirken. Die Zuzahlung steige letztlich auf eine beträchtliche Summe an, da es keine medizinische Vorsorgeleistung gebe, bei der ausschließlich Bäder verordnet würden, sondern beispielsweise auch Massagen. **DK**

GZ Kolumne Luitpold Braun

Gute Leser

mit der neuen Legislaturperiode des Bayerischen Landtags endete auch die langjährige Tätigkeit des bisherigen Alterspräsidenten Dr. Herbert Kempfler.

Damit verlässt ein Parlamentarier das Maximilianeum, der in seltener Solidarität die Angelegenheiten der bayerischen Kommunen verstanden und vertreten hat. Als Vorsitzender des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit saß er an einer für uns außerordentlich bedeutenden Schaltstelle.

In vielen Diskussionen mit ihm über kommunale Probleme war immer wieder sein Engagement für die Interessen der bayerischen kommunalen Körperschaften zu spüren. Er verstand unsere Sorgen und Nöte. Dazu kam, dass er die kommunale Selbstverwaltung als ein unantastbar hohes Gut einschätzte. Er akzeptierte, dass diese autonomen Verwaltungseinheiten nur dann funktionieren konnten, wenn man sie mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstattete.

Aber nicht nur dies; seiner Überzeugung nach war und ist es notwendig, dass auch



die rechtlichen Rahmenbedingungen für das kommunale Handeln den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken den entsprechenden Spielraum lassen.

Dr. Herbert Kempfler hat sich in all den vielen Jahren seiner Tätigkeit im Bayerischen Landtag stets als Freund der Kommunen erwiesen. Dafür möchte ich ihm heute danken. Für die kommenden Jahre wünsche ich ihm eine gute Gesundheit, persönliches Glück und die verdienten Freude an seinem Ruhestand.

Dank und gute Wünsche für Dr. Herbert Kempfler

Luitpold Braun

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Die Attraktivität von Heilbädern und Kurorten sei unter anderem auf das reichhaltige Wellness-Angebot zurückzuführen. Dazu trügen neben der Heilkraft der Quellen auch Massagen und Krankengymnastik bei. Aufgrund der Vielfalt der medizinischen Behandlungen

auch eine erhebliche volkswirtschaftliche Bedeutung - rund 100.000 Arbeitsplätze hingen davon ab. Bad Füssings Bürgermeister Alois Brundobler wies darauf hin, dass knapp 4.500 Menschen im örtlichen Kurbereich beschäftigt seien. Ein ebenso bedeutender Stellenwert

FSB 2003 in Köln:

Neue Freizeittrends

Internationale Fachmesse als Top-Adresse für kommunale Entscheidungsträger

Neue Produkte und moderne Entwicklungen rund um Freizeittrends für drinnen und draußen, Sport und Spiel, urbanes Design sowie Bäderanlagen im Großformat, aber auch Trendthemen wie Olympia, Fußball-WM, Kommunen & Sport und neue Freizeitwelten, stehen im Mittelpunkt der diesjährigen FSB - Internationale Fachmesse für Freiraum, Sport- und Bäderanlagen - vom 5. bis 7. November 2003 in Köln.

Das umfassende Angebotspektrum auf einer Brutto-Ausstellungsfläche von ca. 40.000 Quadratmetern reicht im Bereich „Freiraum“ von Spielplatzplanung und -ausstattung über Gestaltung und Gestaltungselemente bis zu Stadtmöblierung; das Segment „Sport“ bietet alles rund um Sportanlagen, Freizeit- und Erlebniswelten sowie Sportstättenpflege; der Schwerpunkt „Bäder“ bündelt das weltweite Angebot kommunaler und kommerzieller Schwimmbad- und Saunaaanlagen von der Planung über Rohbau, Ausbau und Konstruktion bis hin zu Technik und Zubehör.

Pflichttermin

Ergänzt wird das Sortiment durch die neue Warengruppe „Bäderpflege und Wasserreinigung“. Durch die Erweiterung des Warenverzeichnisses und die Kombination mit der neuen Messe aquanale gelingt es in Köln, das gesamte Spektrum der Schwimmbad- und Saunabranche abzubilden.

Attraktive Reiseangebote und Rahmenprogrammpunkte der FSB richten sich speziell an die Entscheidungsträger in den

Kommunen.

Die Internationale Fachmesse für Freiraum, Sport- und Bäderanlagen präsentiert sich mit einem Konzept, das optisch und inhaltlich noch stärker auf die Bedürfnisse der kommunalen Entscheidungsträger zugeschnitten ist und alle aktuellen Themen rund um Sport und urbane Freiraumgestaltung umfassend in Theorie und Praxis darstellt. Zuwächse sind vor allem bei Ausstattungen und Einrichtungen für Sport- und Freizeitanlagen sowie Sportgeräten zu verzeichnen. Freiraumgestaltung wird repräsentativ vertreten sein, ebenso der Bereich Spielplatzgeräte mit der Beteiligung des Bundesverbandes der Spielgeräte- und Freizeitanlagen-Hersteller e. V. (BSFH).

Sonderkonditionen

Die geballte Angebotsfülle macht die FSB 2003 zum Pflichttermin für kommunale Entscheider - umso mehr, da die Kölnmesse in diesem Jahr den Mitarbeitern der Kommunen besonders günstige Reisearrangements in Form von Bus-Sternfahrten aus vielen deutschen Städten zum Preis von maximal 35 Euro anbietet. **DK**

Deutscher Städtetag zum Arbeitslosengeld 2:

Kommunen und Arbeitsämter müssen zusammenarbeiten

In München hat der Sozialausschuss des Deutschen Städtetages getagt, um über die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzkrise zu beraten. Dr. Manfred Wienand vom Deutschen Städtetag: „Die Kosten für die Versorgung von Langzeitarbeitslosen muss der Bund übernehmen. Wir laufen derzeit Gefahr, dass die Kommunen nach der Gemeindefinanzreform schlechter da stehen werden als vorher. Auf Städte und Bürger kommen massive Einschnitte zu.“

Für den Münchner Sozialreferenten Friedrich Graffe, Mitglied des Ausschusses, ist bei der Zusammenführung der Arbeitslos- und Sozialhilfe (Arbeitslosengeld 2) das Know-how der Kommunen unerlässlich. „Kommunen brauchen einen gesetzlich vorgeschriebenen Spielraum, um vor Ort zusammen mit dem Arbeitsamt zu klären, wie die künftigen Bezüge von Arbeitslosengeld 2 gemeinsam betreut werden können.“

Leistung gemeinsam schultern

Bundesweit beziehen 5,6 Millionen Menschen die neue Leistung Arbeitslosengeld 2. In München wären es nach aktuellen Schätzungen etwa 60.000 Menschen: 11.000 Menschen, die jetzt Arbeitslosengeld beziehen plus Angehörige und 39.000 Sozialhilfeempfänger.

Graffe beklagte, dass nach den Gesetzesentwürfen nicht klar ist, ob das Arbeitsamt oder das Amt für Soziale Sicherung diese Menschen ab 1. Juli 2004 betreuen wird: „Jede Institution allein wäre überfordert. Arbeitsamt und Kommunen müssen die Leistung gemeinsam schultern, der Bund Verwaltungskosten, Leistungsaufwendung und Sachkosten erstatten.“

Kommunen und Arbeitsamt bräuchten für die Kooperation vor Ort vom Gesetzgeber einen gesetzlich vorgeschriebenen

Spielraum. Graffe betonte, dass München schon lange vor Hartz die Grundlage für eine solche Kooperation gelegt hat. In den JobCenter der Sozialbürgerhäuser, wo Arbeitsvermittler des Amtes für Soziale Sicherung und des Arbeitsamtes zusammenarbeiten, werden erwerbsfähige Hilfeempfänger betreut und in den Arbeitsmarkt integriert.

Perspektive oder Therapie

Im 1. Münchner JobCenter waren die vermittelbaren Menschen spätestens nach einem Jahr in den Arbeitsmarkt integriert. Diejenigen, die zum Beispiel wegen mangelnder Qualifikation keinen Job bekamen, hatten spätestens sechs Wochen nach Kontaktaufnahme eine Perspektive in einer Qualifizierung, einer Arbeitsprobierung oder einer Therapie. Dieser Weg sei zukunftsfruchtig und ein konsequenter Weg gegen Langzeitarbeitslosigkeit.

Zu viele Reformen

Dr. Manfred Wienand vom Deutschen Städtetag beklagte außerdem, dass zu viele Reformen gleichzeitig bewältigt werden müssen und die Gesetze nicht aufeinander abgestimmt seien. Eine Änderung des Wohngeldes und des Bundessozialhilfegesetzes sei überhaupt nicht notwendig. Die neue Leistung Arbeitslosengeld 2 müsse

so ausgestaltet sein, dass dieses Geld den Menschen zum Leben reicht und nicht zusätzlich kommunale Sozialhilfe beantragt werden muss.

Der Münchner Sozialreferent befürchtet, dass Arbeitslosigkeit schon früher zum Armutrisiko wird, weil die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld 2 von jetzt maximal 36 Monaten auf zwei Jahre verkürzt wird. „Arbeitslose fallen schon nach einem Jahr auf Sozialhilfeniveau.“

Neue Leistungen müssen für Existenz reichen

Graffe und Wienand machten klar, dass die Kommunen nicht entlastet werden, sondern wegen nicht aufeinander abgestimmter Leistungen neue Lasten tragen müssen. Geplant sei zum Beispiel, das Wohngeld für Sozialhilfeempfänger und Empfänger von Grundsicherung zu streichen. Diese Leistung müssten dann die Kommunen tragen. Die Stadt München bekäme damit für gut 11.000 Haushalte das Geld nicht vom Bund zurück. Dem Münchner Haushalt könnten damit grob geschätzt zwischen 10 und 15 Mio. Euro verloren gehen.

Schmerzhafte Streichungen

Der Münchner Sozialreferent Friedrich Graffe: „So kann Leistungsabbau in den Kommunen nicht gestoppt werden. München hat die Zuschüsse für Essen auf Rädern schon auf Null reduziert, das Bildungsprogramm für Senioren zusammengebrochen. Geld gibt es auch nicht für notwendige Sanierungen der Freizeitanlagen.“ Auch der kommunale Ausbau der Krippen oder die häusliche Versorgung der älter werdenden Bevölkerung sei in Gefahr. **DK**

Erste Ergebnisse der Heimenquête vorgestellt

Augsburg (pm). Neuland betritt der Verband der bayerischen Bezirke bei den Sozialpsychiatrischen Diensten. Der Hauptausschuss des Verbands hat Leistungsbeschreibungen verabschiedet, die im Bezirk Schwaben vorgestellt wurden.

Die Vereinbarungen sollen mehr Transparenz in die Arbeit der Dienste bringen, die auch aufgrund des Ausstiegs der Krankenkassen aus der Finanzierung in Bedrängnis geraten waren. Dies bedeutet bayernweit eine Finanzierungslücke für die Dienste von 3,2 Millionen Euro. Klar sei, dass die Bezirke, die jährlich 20 Millionen Euro für die Sozialpsychiatrischen Dienste ausgeben, angesichts ihrer eigenen Finanzsituation diesen Anteil nicht übernehmen können. Jedoch werde im Bezirk Schwaben alles getan, um das Netz der ambulanten Angebote aufrechtzuerhalten, betonte Bezirksstagspräsident Dr. Georg Sinnacher. Derzeit werden zudem Leistungsbeschreibungen für die psychosozialen Suchtberatungsstellen erarbeitet.

Erstmals öffentlich vorgestellt wurden von den schwäbischen Psychiatriekoordinatoren Thomas Feller und Dr. Karl-Albrecht Egetmeyer auch die Ergebnisse der schwäbischen Heimenquête. Bei der Befragung von rund 1.150 Bewohnern in 20 psychiatrischen Heimeinrichtungen gaben 40 Prozent an, sie wünschten sich mehr Autonomie und Selbstbestimmung im Heim. Dies entspräche etwa der Zahl derer, die laut Expertenmeinung bundesweit in psychiatrische Heime eingewiesen werden, weil es an Formen des ambulanten betreuten Wohnens mangelt. „Die Ergebnisse dieser Befragung werden die psychiatrische Versorgungsstruktur verändern“, so Sinnacher. Jüngere psychisch Kranke bräuchten eine Zukunftsperspektive außerhalb der Heime. **DK**

Öffentliche Verschwendung in Bayern:

Dokumentation der „Spitze des Eisbergs“

Rund 80 Prozent der Steuerbürger sind der festen und wohl auch berechtigten Überzeugung, zu viele Steuern zu bezahlen. Ein wesentlicher Grund für diese Meinung ist der allzu oft nachgewiesene sorglose Umgang mit Steuern geldern durch die öffentlichen Hände. „Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit“, das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler, das in diesem Jahr zum 31. Mal vorgelegt wurde, beweist einmal mehr, wie berechtigt diese Forderung ist. 110 symptomatische Beispiele sind im Schwarzbuch 2003 des Bundes der Steuerzahler aufgelistet.

Ausgewählt aus einigen tausend Vorgängen wird damit lediglich die Spitze des Eisbergs dokumentiert. Fehlplanungen, Bauskandale, Kostenexplosionen bei öffentlichen Investitionen, Luxus und Selbstbedienung sind alljährlich die Verschwendungstatbestände.

Steuergeldverschwender ebenso bestrafen wie Steuerhinterzieher

Das große Ärgernis besteht darin, dass vor allem die Steuerzahler für diese öffentliche Verschwendung haften. Die Verantwortlichen in den Amtsstuben werden sehr selten zur Rechenschaft gezogen. Präsident Rolf von Hohenhau forderte anlässlich der Vorstellung der bayerischen Verschwendungsfälle erneut, Steuergeldverschwender in gleicher Weise zu bestrafen, wie Steuerhinterzieher. Der Bund der Steuerzahler verbinde die Herausgabe des Schwarzbuches 2003 auch in diesem Jahr mit der Forderung, den Straftatbestand der Amtsuntreue einzu-

führen. Der Verband werde dieses Anliegen beharrlich immer wieder in die öffentliche Diskussion einbringen.

Das Augenmaß verloren

Rechtsanwältin Maria Ritch, Leiterin der Abteilung Haushalt und Kommunalpolitik des Bundes der Steuerzahler, erläuterte in der Pressekonferenz anlässlich der Vorstellung des Schwarzbuches die Auswahlkriterien. Es seien nicht immer die spektakulären öffentlichkeitswirksamen Verschwendungsfälle, die letztlich dokumentiert würden. Vor allem werde nachgewiesen, dass die Maßstäbe von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bei den großen und kleinen Verschwendungsfällen zu wenig beachtet bzw. völlig ignoriert wurden.

Vizepräsident Dr. Alfred Wöhl kritisierte das fehlende Bewusstsein dafür, dass die Steuerbürger ein Anrecht auf den sparsamen Umgang mit ihren hart verdienten Steuergeldern hätten. Wenn nachvoll-

ziehbare Berechnungen richtig seien, dass rund fünf Prozent der öffentlichen Ausgaben verschwendet würden, sei dies ein Volumen von rund 30 Milliarden Euro in Deutschland.

Steuern senken statt verschwenden

Mit dieser Summe wäre es möglich, die Steuerbelastung drastisch zu senken. Zum Sinn und zur Wirksamkeit des Schwarzbuches sagte Dr. Wöhl, dass es immerhin besser sei, die öffentliche Verschwendung an den Pranger zu stellen, Ross und Reiter zu nennen oder zu versuchen, die Verschwendung von Steuergeldern bereits im Planungsstadium zu verhindern als gar nichts zu tun. Der Bund der Steuerzahler stelle immer wieder fest, dass sein Schwarzbuch durchaus eine heilsame Wirkung habe. Manche Verschwendung von Steuergeldern sei nur deshalb unterblieben, weil die Veröffentlichung im Schwarzbuch drohte. Niemand könne die präventive Wirkung des Schwarzbuches in Euro und Cent berechnen, deshalb bleibe auch in den nächsten Jahren die Vorstellung des Schwarzbuches ein Höhepunkt des Verbandsjahres.

Bayerische Paradebeispiele

Neben zahlreichen Beispielen der Verschwendungssucht sind

auch signifikante Fälle aus Bayern im Schwarzbuch aufgelistet. Dabei geht es nicht immer um das ganz große Geld, wie man dem Augsburger Rathaus nachweist. Die dortigen Steuerzahler sollten für zwei (!) ca. 4 Meter hohe Lorbeerbäume zur Verschönerung des Hauptportals ihres historischen Rathauses 13.000 Euro investieren. Wenn der Oberbürgermeister gleichzeitig Klage führt über die prekäre Situation seines Haushalts, mutet solche Großzügigkeit sicherlich seltsam an. Zum Glück gab es aber letztendlich vier Augsburger Bürger, die durch eine Spende die komplette Finanzierung der Lorbeerbäume nachträglich übernommen haben. Die Augsburger Steuerzahler können aufatmen.

Karnevalsbesuche auf Steuerzahlerkosten

Im Schwarzbuch gewürdigt wird auch das Verhalten der ehemaligen Vizedirektorin Brigitte G. des Zoologischen Gartens Augsburg GmbH, die durch ihren Ehemann, dem früheren Zoodirektor, von der Sekretärin zur Vizechefin avancierte. Sie konnte oder wollte offenbar dienstliche Belange nicht von ihren privaten Interessen unterscheiden. So ist es zwangsläufig in der Geschäftsführung des Tiergartens in den vergangenen Jahren zu erheblichen Unregelmäßigkeiten gekommen.

Sogar einen Teil ihrer Privat Ausgaben, insbesondere mehrere Vergnügungsreisen zum Kölner Karneval hat die stellvertretende Zoodirektorin über die Zookasse abgerechnet. Hier gab sie als Reisezweck meist „Zoodirektoren-Tagungen“ an, obwohl zu den entsprechenden Zeitpunkten keine solchen Treffen stattgefunden hatten.

Als Konsequenz ihres unzulänglichen Verhaltens wurde Frau G. auch vom Landgericht Augsburg wegen Untreue in 8 Fällen zu einer Gesamtgeldstrafe in Höhe von 10.800 Euro verurteilt. Auch die „Zoo-GmbH“ zog ihre Konsequenzen und hat ihrer Vizedirektorin fristlos gekündigt. Die Geschäftsführung der „Zoo-GmbH“ ist mittlerweile in neuen Händen.

Um in Zukunft für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, wurde auch der Zoo-Gesellschaftsvertrag neu gefasst. Darin sind Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten exakt definiert. Jeder Urlaub und jede Dienstreise bedarf in Zukunft der vorherigen Genehmigung des Aufsichtsratsvorsitzenden. Einer Anstellung von Familienmitgliedern oder Verwandten hat der Aufsichtsrat zuzustimmen. Für das Zoo-Personal gilt „absolutes Alkoholverbot - auch in den Pausen“. Die Augsburger Steuerzahler stellen sich allerdings die Frage inwieweit die Kontrolle des Aufsichtsrats bzw. der zuständigen Kontrollgremien versagt hat.

Gleichwertig und/oder gleich wirtschaftlich?

Ist „gleichwertig“ „gleich wirtschaftlich“? Diese Gretchenfrage stellen sich die Steuerzahler in der Gemeinde Bischofsmais im Landkreis Regen.

Für die Durchführung eines Kanalbauprojekts im Jahr 1999 lagen der Gemeinde Bischofsmais nach geprüfter Submission zwei aus ihrer Sicht „gleichwertige“ Angebote vor. Dabei handelte es sich um eine Angebotssumme von rund 125.000,- DM. Ein Angebot war lediglich um 170,49 DM, also um 0,136% günstiger. Die Gemeinde Bischofsmais hätte auch dem kostengünstigsten Angebot den Vorzug gegeben, hätte nicht folgende Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung existiert:

„...Bei der Vergabe von Auf-

trägen ab 20.000,- DM ... über Bauleistungen ... werden im Rahmen der geltenden Regelungen von VOL/A und VOB/A bei gleichwertigen Angeboten die Unternehmen bevorzugt, die Ausbildungsplätze bereitstellen ... Die Regelung ist den Bewerbern in den Vergabeunterlagen bekanntzugeben. ... Den kommunalen Auftraggebern ... wird empfohlen, entsprechend zu verfahren...“

Fatale Folgen

Die Gemeinde Bischofsmais betonte in den Ausschreibungsunterlagen an alle Bieter diese Bekanntmachung. Nachdem der Niedrigstbieter keine Ausbildungsstellen vorweisen konnte, vergab die Gemeinde Bischofsmais dem „Ausbildungsler“ gehorchend den Auftrag für die Kanalbauarbeiten an den Nächstbieter, dessen Angebot aber auch nur um rund 170,- DM teurer war. Dies hatte fatale Folgen.

Nach Auffassung der zuständigen VOB-Stelle der Regierung von Niederbayern habe es sich eben nicht um gleichwertige Angebote gehandelt. Eine bevorzugte Berücksichtigung des ortsansässigen Bieters aufgrund des Ausbildungslerlasses sei daher nicht zulässig. Da die Gemeinde Bischofsmais den Zuschlag trotz dieser ihr bekannten Rechtsauffassung der VOB-Stelle der Regierung von Niederbayern dem etwas teurer anbietenden Unternehmen erteilte, sah die Regierung von Niederbayern in Übereinstimmung mit der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern darin einen vorsätzlich begangenen und damit schweren Verstoß gegen die Bestimmungen der VOB/A. Dessen Ausgangspunkt sei jedoch nicht die unrichtige Anwendung des „Ausbildungslerlasses“, sondern das wissentliche und vorsätzliche Handeln entgegen der nach Konsultation der VOB-Stelle mitgeteilten Rechtslage.

Nicht zuwendungsfähig

Der Vergabeumfang von rund 125.000,- DM wurde somit als nicht mehr zuwendungsfähig angesehen und von der staatlichen Förderung ausgeschlossen. Wen wundert es da noch, wenn die Bischofsmaier Bürger und Steuerzahler den Eindruck gewinnen, dass „gleichwertig“ und „gleich wirtschaftlich“ zwei verschiedene Paar Stiefel sind. Oder sollte es ihnen besser gleichgültig sein?

Standhafter Bürgermeister

Der Bürgermeister der Gemeinde Bischofsmais ließ jedoch nicht locker und schaltete auch den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden im Bayerischen Landtag ein - mit Erfolg. Am 21.2.2003 erfolgte in leicht „abgespeckter Form“ doch noch die staatliche Förderung.

VHS geriet in Insolvenz

Wie kann eine gemeinnützige Institution in die Insolvenz schlittern? Gelungen ist diese Glanzleistung der Volkshochschule Deggendorf. Diese konnte laut Bilanz zum 31.12.1999 noch ein Eigenkapital in Höhe von 1.493.000 Mark vorweisen, das sich zum Ende des Jahres 2001 auf ein Fehlkapital in Höhe von 465.00 Mark reduziert hatte. Ursächlich für diese Überschuldung waren u.a. verzweigte Belegungen und Darlehensgeschäfte der Volkshochschule. Regelrecht an der Nase herumgeführt wurde der Vorstand der Volkshochschule. Diesem gegenüber stellte die Geschäftsführung ihre finanzielle Lage positiv dar. Auftretende Verluste wurden mit außergewöhnlichen Ereignissen, wie z.B. Investitio-

nen für eine Umweltstation usw. begründet. Da nach alledem ein Geschäftsbetrieb nicht mehr aufrecht zu erhalten war und man eine weitere Erhöhung des Fehlkapitals nicht riskieren wollte, war der Gang zum Konkursrichter unausweichlich.

Schildbürgerstreiche rund um die Straße

Der Auf- und Abbau einer Ampelanlage in Garmisch-Partenkirchen innerhalb von 1 1/2 Tagen hat die Steuerzahler 76.500 Euro gekostet. Der Bund der Steuerzahler wertet auch diesen Vorgang als Schildbürgerstreich, zumal die dortige Verkehrssituation nach wie vor ungelöst ist.

Kritisiert wurde auch der Ausbau der Staatsstraße 2298, der sog. Hettstadter Steige. Dort befinden sich auf beiden Seiten der Fahrbahn Betongleitwände. Eine davon musste im Nachhinein um 30 cm erhöht werden. Für diese Nachbesserung berappten die Steuerzahler immerhin rund 116.000,- Euro.

Was halten die Steuerzahler von einer defizitären „Behörden-tankstelle“? Vermutlich wenig. Dieser Auffassung ist auch der Bayerische Oberste Rechnungshof. Er hält es für geboten, den Betrieb der „Behörden-tankstelle“ des Bayerischen Landesamts für Maß und Gewicht auf dem Gelände des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie einzustellen, da diese Tankstelle, die den Kraftstoff annähernd zum Einkaufspreis abgibt, von 1998 bis 2002 ein Defizit von immerhin 178.000,- Euro erwirtschaftete. Das jährliche Defizit betrug rund 40.000,- Euro.

Zu erheblichen Kostensteigerungen kam es bei dem künstlichen Badese in der Riemer Messestadt. Bei der Errichtung des Badesees explodierten die Kosten von ursprünglich veranschlagten 11,4 Mio. Euro auf sage und schreibe 19,7 Mio. Euro.

Auch einem ungetreuen Staats„diener“ bei der Universität Regensburg haben sich die Vertreter der Steuerzahler an die Fersen geheftet. Während der Vorlesungszeiten war er krank, gesunde jedoch schlagartig während der Semesterferien - und das über einen Zeitraum von 15 Jahren. Allein für die Krankenbezüge hatte der bayerische Freistaat 310.000 Euro zu berappen

Stadtwerkeskandal

Die Stadt Geretsried im Isartal macht mit einem „Stadtwerkeskandal“ von sich reden. Beim Bund der Steuerzahler bezeichnet man die dortigen Zustände als „haarsträubend“. Obwohl die Stadt kaum älter als ein halbes Jahrhundert ist, war ihr Wasserleitungsnetz völlig vergammelt. Der Wasserverlust betrug bis zu 60 Prozent. Der Werksleiter wurde mit der Sanierung beauftragt. Die Investitionen verschlangen große Summen, für die man eigentlich Stadtratsbeschlüsse gebraucht hätte. Trotzdem unterschrieben der Bürgermeister und sein damaliger Stellvertreter die Kreditanträge, die der Werksleiter ihnen vorlegte, eigenmächtig. Die Misswirtschaft währte über mehrere Jahre, ohne dass den Kontrollgremien der Stadt die Schlamereien aufgefallen sind. Der Bayerische kommunale Prüfungsverband hat das Stadtwerkeskandal unter die Lupe genommen, ein Prüfungsergebnis lag zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses des „Schwarzbuches“ des Bundes der Steuerzahler allerdings noch nicht vor. Die Betriebsführung der Stadtwerke wollte man trotzdem keinen Profis anvertrauen. Zur Zeit ist das Geretsrieder Wasser mit coliformen Keimen verseucht. Es darf als Trinkwasser nicht genutzt werden.

Die Finanzierung des Mittelstands in Bayern

Von Dr. Stefan Straub, Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Der Mittelstand ist in Deutschland und vor allem in Bayern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. In der bayerischen Wirtschaft tragen mittelständische Unternehmen mit bis zu 50 Mio. Euro Jahresumsatz fast zur Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Umsatzes bei und stellen rund 75 Prozent aller versicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Häufig handelt es sich um hochflexible Unternehmen, die in Kooperationen vernetzt sind - was übrigens ein Jahrhundert alter Kerngedanke von Genossenschaften ist. Der Mittelstand muss sich heute mehr denn je dem ständigen Wandel von Märkten, Technik und gesellschaftlichen Werten anpassen. Um konkurrenzfähig zu bleiben, ist er in allen Finanzfragen, von der Finanzierung bis zur Abwicklung des Außenhandels, auf einen verlässlichen Partner angewiesen.

Ohne die vertrauensvolle Beziehung zwischen den mittelständischen Unternehmen und ihren Hausbanken wäre der Erfolg des Mittelstands nicht vorstellbar. Dabei gilt es mit dem Missverständnis aufzuräumen, dass sich die Banken generell

von der Finanzierung des Mittelstands zurückziehen.

Bei den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken geht rund die Hälfte des Kreditportefeuilles auch heute noch an mittelständische Unternehmen, die andere Hälfte an Privatkun-

den, vorwiegend in die Wohnbaufinanzierung. Sie sind nach wie vor einer der Hauptfinanziers des Mittelstandes in unserer Region. Ihre besondere Verantwortung gegenüber dem Mittelstand spiegelt sich auch in den hohen Marktanteilen im Förderkreditgeschäft wieder. Im vergangenen Jahr haben die Genossenschaftsbanken 42 Prozent aller Förderkredite der LfA Förderbank Bayern vermittelt mit einem Anteil am Volumen von 32 Prozent. Dieses überdurchschnittliche Engagement kommt nicht nur den mittelständischen Unternehmen allgemein zu Gute, sondern auch zahlreichen Existenzgründern.

Vertrauensvoller und enger Kontakt zur Hausbank

Der Mittelstand wird auch in Zukunft Hausbanken brauchen. Angesichts seiner niedrigen Eigenkapitalquoten und den hohen Informationsanforderungen wird er sich weiterhin auf einen vertrauensvollen und engen Kontakt zu seiner Hausbank stützen müssen. Kleine und mittlere Unternehmen sind auf Kredite und insbesondere auf langfristige Kredite als traditionelles Instrument der Investitionsfinanzierung angewiesen. Sie werden auch in Zukunft das wichtigste Finanzierungsinstrument bleiben.

Zuverlässige Partnerschaft

Der Mittelstand kann von sei-

ner Bank erwarten, dass sie kein „Schönwetterpieler“ ist, sondern eine auf Dauer, Vertrauen und Verlässlichkeit angelegte Geschäftsbeziehung bieten kann.

In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation ist die Existenz kleinerer und mittlerer Unternehmen oder Handwerker häufig durch Forderungsausfälle insbesondere in Folge von Unternehmenszusammenbrüchen bedroht. In dieser Situation benötigt der Betrieb einen zuverlässigen Partner, der kurzfristige Engpässe überbrückt hilft ohne die langfristige Tragfähigkeit eines unternehmerischen Konzeptes aus den Augen zu verlieren.

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken können dies in besonderer Weise gewährleisten, weil sie auf ein Geschäftsmodell bauen, das weder vom Shareholder Value und dem Renditestreben für das Eigenkapital getrieben ist, noch von politischer Einflussnahme. Sie blicken auf eine lange und intensive Partnerschaft mit dem Mittelstand zurück, deren Ziel es nie war, „eine schnelle Mark zu machen“.

Ein regelmäßiger und enger Kontakt zu den mittelständischen Unternehmen ermöglicht es den Volksbanken und Raiffeisenbanken schon im Vorfeld Risiken zu erkennen und ihnen entgegenzusetzen. Dabei kann eine risiko- und verantwortungsbewusste Kreditvergabe auch im Zeitalter des Electronic und Mobile Banking nicht auf den persönlichen Kontakt verzichten. Eine faire und fundierte Risikoanalyse erfordert allerdings auch die Bereitschaft der mittelständischen Firmenkunden zu offener Kommunikation und Transparenz gegenüber ihrer Bank im Sinne einer intensiven und konstruktiven Partnerschaft.

Umfassende Beratung

Gleichzeitig erwarten die mittelständischen Firmenkunden über die reine Kreditversorgung hinaus zunehmend eine umfas-

Verbandspräsident Wilhelm Frankenberger:

50-jähriges Dienstjubiläum

Das 50-jährige Dienstjubiläum von Wilhelm Frankenberger, Vorstandsvorsitzender des Genossenschaftsverbandes Bayern, feierte Anfang Oktober die Genossenschaftsorganisation in Bayern. Anlässlich des Dienstjubiläums überreichte ihm Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), die Raiffeisenmedaille in Gold des DRV „für große Verdienste um die ländliche Genossenschaftsarbeit“.

In Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste erhielt Frankenberger bereits 1993 die Ehrennadel in Gold des DGRV und im Jahr 1998 die höchste Auszeichnung der Genossenschaftsorganisation, die auf hundert lebende Persönlichkeiten beschränkte Raiffeisen/Schulze-Delitzsch-Medaille in Gold des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes (DGRV). In seiner Laudatio würdigte DRV-Präsident Manfred Nüssel das berufliche Jubiläum Frankenbergers als eines, „das in der heutigen Zeit nur noch sehr wenige feiern können“. Zudem sei Frankenberger „eine Institution im deutschen Genossenschaftswesen“ und „verkörpere das bayerische Element“. Darüber hinaus habe er in den genossenschaftlichen Dachverbänden „Meilensteine zur Fortentwicklung“ initiiert.

Frankenberger ist seit 1983 in Vorstandsgremien der Genossenschaftsorganisation. 1983 berief ihn der damalige Bayerische Raiffeisenverband in den Vorstand und 1987 zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden. Nach der Fusion zum Genossenschaftsverband Bayern (Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) ist er seit 1990 stellvertretender Vorsitzender und seit dem 1. Januar 2000 hauptamtlicher Präsident und Vorstandsvorsitzender.

Ehrenamtlich wirkt Frankenberger in zahlreichen Gremien der Genossenschaftsorganisation auf Landes- und Bundesebene mit, so unter anderem als Präsidiumsmitglied des DGRV.



Arbeitskreis Cross Border Leasing

In Berlin hat sich ein „Arbeitskreis Cross Border Leasing“ etabliert, dem Vertreter verschiedener Unternehmen angehören, die Kommunen beim Abschluss von so genannten US-Lease-Transaktionen betreuen.

Ziel ist die Versachlichung der Debatte über das US Cross Border Leasing. Deutsche Kommunen haben seit Mitte der neunziger Jahre mehr als 150 US-Lease-Verträge abgeschlossen. Im Rahmen dieser Transaktionen vermieten die Gemeinden langlebige Wirtschaftsgüter (Abwasseranlagen, Schienennetze, Müllverbrennungsanlagen, Gebäude und andere Infrastrukturanlagen) langfristig an einen US-Investor. Zeitgleich mieten sie die Anlagen für einen kürzeren Zeitraum zurück. Kommunen, die sich für

diese grenzüberschreitende Sonderfinanzierung entscheiden, erzielen damit zum Teil hohe zweistellige Millionenbeträge als Liquiditätszufluss. Möglich wird dies unter anderem, weil die US-Investoren die Transaktionen in den Vereinigten Staaten steuerlich geltend machen können.

Der Arbeitskreis sieht sich als Partner der Fachöffentlichkeit. Ein Newsletter berichtet über alle neuen Formen der Kommunalfinanzierung.

Internet: www.kommunalfinanzierung-heute.de KK/ots

zurück. Kommunen, die sich für

sendere Betreuung und Beratung in allen Finanzfragen. Um eine solche Betreuung zu bieten, bereiten die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken derzeit das Konzept „VR-CheckUp-Business“ vor. Damit kann im Firmenkundengeschäft eine verbesserte, ganzheitliche Finanzanalyse durchgeführt werden. Die Kunden der Genossenschaftsbanken profitieren dabei davon, dass ihre Betreuer sie und deren Unternehmen oft seit vielen Jahren kennen.

Zusätzlich können die Volksbanken und Raiffeisenbanken über die Verbundpartner ein erhebliches Spezialwissen einbringen und dem Mittelstand in der Region eine breite Angebotspalette bieten. Sie werden daher weiterhin ein gefragter und wichtiger Partner für den Mittelstand sein. Von dieser Zusammenarbeit wird nicht nur der Mittelstand profitieren, sondern es wird auch für die regionale Stabilität der Wirtschaft ein entscheidender Beitrag sein.

Reform der Gemeinde ...

(Fortsetzung von Seite 1) dass es wohl bei der Bemessungsgrundlage nach altem Schema bleiben wird. Vermutlich werde es eine Abschmelzung der Freibetragsgrenzen geben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, so die Finanzexpertin, hatte ein zweistufiges Vorgehen bei der Gewerbesteuer vorgeschlagen: Als Soforthilfe für die Kommunen plädierte sie für eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage auf 20 Prozent (durchführbar noch im Jahre 2003) sowie die Anhebung des Anteils an der Umsatzsteuer von augenblicklich 2,2 Prozent auf wenigstens 3 Prozent im Jahr 2004. Gerda Hasselfeldt zufolge weiß die Opposition nur zu genau, „dass dieses Sofortprogramm auf keinen Fall geeignet ist, eine langfristig tragbare Lösung für die Einnahmesituation der Gemeinden zu sein“. Es könne sich dabei nur um die Linderung der aktuellen Not handeln.

Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Was die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe anbelangt, liegen laut Gerda Hasselfeldt zwei ausformulierte Gesetzentwürfe von Regierung und Oppositionsfraktion vor. Diese unterschieden sich trotz vieler Gemeinsamkeiten (weit stärkere Sanktionen bei Arbeitsverweigerung, größere Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung, Höhe des Sozialhilfeniveaus) in zwei wesentlichen Punkten: zum einen in der Frage der Trägerschaft (Bundesanstalt für Arbeit oder Kommunen?), zum anderen im Punkt Nied-

riglohnssektor, den die CDU/CSU-Fraktion ergänzend durch einen Bundeszuschuss gefördert haben will.

Neue Pflichtenaufgaben

Die Finanzierung bei der Zusammenlegung plane die Bundesregierung nach Darstellung der Politikerin in der Weise, dass die Länder Umsatzsteuerpunkte an den Bund abgeben müssen und sie sich diese Beträge von den Kommunen wieder holen. Außerdem sehe Berlin eine neue Pflichtaufgabe für die Kommunen vor: So sollen 20 Prozent der unter Dreijährigen in Kindertagesstätten untergebracht werden. Kanzler Schröder habe signalisiert, dass er in diesen Fragen kompromissbereit ist. Nun gelte es, unter Fachleuten zu klären, was sachlich und finanziell richtig ist. Dazu KPV-Vorsitzender Luitpold Braun: „Wenn es ein Übergangsmodell gibt, wäre auf eine höchstmögliche Absenkung der Gewerbesteuerumlage allergrößter Wert zu legen.“

Nachdenkliches zu den Landtagswahlen

Stichwort Wahlen: Wie Generalsekretär Dr. Thomas Goppel erklärte, herrsche bei aller Freude über den CSU-Sieg durchaus Nachdenklichkeit in der Partei vor. Schließlich sei der Anteil derer, die nicht gewählt haben, ebenso so groß wie jener, der sich für die CSU entschieden hat. Gegenüber den Landtagswahlen 1998 habe die CSU auf absoluter Basis einen Verlust von einer Million Stimmen zu beklagen. Der Opposition, so Goppel, müsse man vor Augen halten,

dass sie sich um Alternativen nicht gekümmert hat. So seien zwei Drittel der SPD-Wähler der Meinung, dass die CSU durchaus tragbar sei und selbst Wähler der Grünen seien überwiegend dieser Meinung. Der CSU-Landesleitung attestierte Goppel einen „professionell organisierten Wahlkampf“, für den Sieg sei die ganze Partei verantwortlich, die hervorragend gekämpft habe.

SPD keine Volkspartei mehr

Die SPD habe sich als Volkspartei verabschiedet, stellte Goppel klar. In Garmisch-Partenkirchen beispielsweise habe sie nur 5,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinen können. Dies müsse die CSU ausnutzen - „jedoch nicht in Auspielung der Macht, sondern der Präsenz“. Der Bürger wolle den Bezug zur Partei und dessen Vertretern; Alternativen müssten deutlich erkennbar werden.

Kompetenz bei der CSU

Ohnehin werde der CSU in allen Politikbereichen mehr Kompetenz zugemessen als anderen Parteien, fuhr Goppel fort. Bei den unter 30-Jährigen habe seine Partei 59 Prozent aller Wählerstimmen gewonnen. Die Schlusskampagne „Signal an Berlin“ habe nachweislich den Nerv der Menschen getroffen. Offensichtlich sei auch, dass die Freien Wähler gerade in ländlichen Gebieten gut abgeschnitten haben. Goppel: Dort, wo die CSU sich nicht einig ist, kann die Ergebnislage sehr schnell wechseln.“ Die Freien Wähler seien dann immer wieder in der Lage, zu punkten. DK

Offensive im Kreditkartengeschäft

Die bayerischen Sparkassen ersetzen ab sofort die Eurocard durch die neue MasterCard, die den Karteninhabern überaus attraktive Dienstleistungen bietet. Die Eurocard Standard sowie die Eurocard Gold waren seit 1988 fast unverändert in der Angebotspalette der bayerischen Sparkassen. Allerdings zeigt sich, dass die bewährten Karten ihren Höhepunkt im Produktlebenszyklus mittlerweile überschritten haben.

Die Bayern Card-Services GmbH hat als Partner der bayerischen Sparkassen für innovative Kreditkartenlösungen diese Entwicklung frühzeitig erkannt und einen tief greifenden Produkt-Relaunch konzipiert. Anlass für diese Neuausrichtung war der Markenwechsel (Slogan: „Eurocard wird MasterCard“), in dessen Rahmen die altbekannte Eurocard durch die neue MasterCard abgelöst wird. „Damit sind die bayerischen Institute innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe die ersten, die das neue Produkt in dieser Form einführen“, unterstrich Bayern-Card-Geschäftsführer Jens Hegeler bei der Ankündigung vor der Presse die bundesweite Vorerstellung.

Hauptziel des Relaunch ist es, mit einem einzigartigen Leistungspaket die Kundenbindung

zu stärken und die Neukundenakquisition anzukurbeln.

Impulse für die Lebensgestaltung

Um die ehrgeizigen Ziele zu erreichen hat die Bayern Card-Services GmbH die Goldkarte mit einer Vielzahl von attraktiven Neuerungen ausgestattet, die den Sparkassen-Kunden anregende Impulse für die Lebensgestaltung liefern sowie ihren steigenden Sicherheits- und Mobilitätsbedürfnissen besser gerecht werden. Wesentliche Bausteine des Konzepts sind die so genannten Erlebniswelten, in die jeder Inhaber der Goldkarte ganz nach seinen individuellen Wünschen und Bedürfnissen eintauchen kann:

- Wellness & Beauty, Sport
- Kultur

- Gastronomie & Genuss
- Reisen & Mobilität
- Freizeit & Events

Zielgruppenspezifische Dienstleistungen

Im Rahmen dieser Erlebniswelten offeriert die MasterCard Gold eine Vielzahl von zielgruppenspezifischen Dienstleistungen aus einer Hand, die aktuelle Ideen und Trends aus dem Spektrum Freizeit und Erholung aufgreifen. In der Kategorie „Wellness & Beauty“ finden sich zum Beispiel ausgewählte Wellness-Reisen der TUI-Tochter „Berge & Meer“. Und von der Zusammenarbeit mit der internationalen Gourmet-Vereinigung Slow Food dürften die gesundheitsbewussten Feinschmecker besonders profitieren, ebenso von Kochkursen wie Weinseminaren. Zum Angebot gehört auch die Möglichkeit, an Golf-Schnupperkursen oder an Wochenendreisen etwa nach Arlberg, Bozen oder Salzburg teilzunehmen. Der Ticketdienst sorgt für die Reservierung von Eintrittskarten.

Versicherungspaket

Einen besonderen Zusatzservice liefert ein Newsletter, den die Karteninhaber viermal pro Jahr entweder in Papierform oder als E-Mail erhalten und der aktuelle Infos aus den Erlebniswelten bereithält. Jede Ausgabe enthält Neuigkeiten über Aktionen, Vergünstigungen oder neue Partnerschaften, die für Karteninhaber interessant sein können.

Zu den herausragenden Ausstattungsmerkmalen der Goldkarte gehört zudem ein umfang-

reiches Versicherungspaket. Darin enthalten ist ein Kfz-Schutzbrief für In- und Ausland inklusive Reise-Service-Versicherung mit Telefon-Hotline. Integriert ist überdies eine Auslandsreise-Krankenversicherung, die für die gesamte Familie des Kartenbesitzers gilt - auch bei getrennter Reise. Hinzu kommt eine Reise-Rücktrittskosten-Versicherung einschließlich Reiseabbruch-Versicherung, die beide für die ganze Familie gelten, wenn diese gemeinsam verreisen.

Im Gegensatz zu ihrer „goldenen Schwester“ ist bei der Standardkarte kein Versicherungspaket enthalten. Doch sie ist ebenso wie die Goldcard gleichsam ein Türöffner zur Nutzung geldwerter Einkaufsvorteile in der Welt des Online-Shopping. Im Internet-Portal www.s-erlebniswelten.de haben MasterCard-Inhaber die Möglichkeit, bei namhaften e-Commerce-Anbietern viele Produkte aus dem Angebotspektrum günstiger einkaufen zu können.

weiterhin unter Druck stehen.

Bei der Ausweisung neuer Wohnungsbauflächen sollten die Kommunen grundsätzlich darauf achten, dass die Flächen anschließend auch tatsächlich dem Markt zur Verfügung stehen. Dies kann zum einen durch den Ankauf der Flächen seitens der Kommune erfolgen. Auf der anderen Seite zeigen Beispiele aus anderen Regionen, dass die Einschaltung privater Unternehmen für Ankauf und Erschließung von Flächen zu einer Senkung der Baulandpreise führen kann. Die Gründe dürften in der bei privaten Unternehmen in der Regel höheren Flexibilität in den Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern und in einer preiswerteren Erschließung liegen.

Flächenreserven

Mit einer Bevölkerungsdichte von knapp 1.500 Einwohnern je Quadratkilometer sollte auch die Stadt Würzburg noch über ausreichend Flächenreserven verfügen, so die Untersuchung. „Natürliche“ Grenzen der Bebaubarkeit sind damit weder in der Stadt noch im Landkreis in Sicht. Ohnehin muss ein langfristiges „Zubauen“ der Region nicht befürchtet werden, da ein Nachlassen der Nachfrage nach Grundstücken des individuellen Wohnungsbaus gegen Ende des Jahrzehnts bereits heute absehbar ist.

Vorteile

Zu bedenken ist bei allen weiteren Planungen, dass eine Bevölkerungssteigerung durch Zuwanderungen für die Kommunen insgesamt mit einer Reihe

(Fortsetzung auf Seite 8)

Wohnungsmarkt in Stadt und Landkreis Würzburg:

Vom Anbieter- zum Nachfragemarkt

Studie von LBS Bayern und Sparkasse Mainfranken

LBS Bayern und Sparkasse Mainfranken haben eine neue Pestel-Studie präsentiert, die den Wohnungsmarkt in Würzburg Stadt und im Landkreis nebst Altlandkreis Würzburg ins Visier nimmt. Das Pestel-Institut für Systemforschung mit Sitz in Hannover prognostiziert für die kommenden Jahre eine erhebliche Nachfrage, denn Wohnen im Einfamilienhaus ist begehrt.

Mut zum Aufspüren künftiger Marktchancen ist gefragt. Die Untersuchung will dazu beitragen, dass auch seitens der Kommunen Grundlagen dafür geschaffen werden, damit sich die Anbieter nachfragegerecht positionieren können.

Kommunaler Wettbewerb

Insgesamt lässt sich feststellen, dass auch in der Region Würzburg die Kommunen inzwischen im Wettbewerb um Bevölkerung konkurrieren. Bei den heutigen Pendlerströmen steht insbesondere

die Stadt Würzburg als regionales Arbeitsplatzzentrum in Konkurrenz zu den sie umschließenden Kommunen, an die sie in der Vergangenheit ständig Bevölkerung verloren hat.

Wenn man davon ausgeht, dass sich im Verhalten der Bevölkerung keine grundlegenden Änderungen einstellen, muss laut Studie einerseits der Baulandpolitik der Kommunen eine wesentliche Bedeutung für die weitere Entwicklung zugewiesen werden. Auf der anderen Seite werden aber auch qualitativ ungenügende Bestände

Kurzporträt

Die Bayern Card-Services GmbH mit rund 105 Mitarbeitern ist das Kompetenz-Center der bayerischen Sparkassen und der Bayerischen Landesbank für das Kreditkartengeschäft (MasterCard und VISA Card). Das Unternehmen unterstützt in dieser Rolle die Emittenten in strategischen Fragen und erbringt instituts- und kundenbezogene Dienstleistungen. Die 1995 gegründete Bayern Card-Services GmbH betreut rund 1,5 Mio. Karten im Voll- und Teilprocessing. Zu den Kunden zählen namhafte Unternehmen wie die Deutsche Lufthansa AG, Lufthansa Miles & More, HUK-Coburg, der FC Bayern München sowie auch 82 bayerische Sparkassen.

Kreative Finanzierungsalternativen:

Beteiligungsmöglichkeiten an der Nordischen SkiWM ausgeweitet

Gewinnbringende Bürgerbeteiligung an öffentlicher Investition

Über die bekannte Möglichkeit hinaus, Schuldscheine zu erwerben, wird jetzt eine weitere Beteiligungsform für die Mitfinanzierung der Nordischen SkiWM 2005 in Oberstdorf angeboten: Ab sofort erhalten alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verbände und Organisationen die Möglichkeit, sich als Kommanditist und somit Mitunternehmer zu beteiligen.

„Sie leisten damit eine Investition in die Zukunft unserer ganzen Region und beteiligen sich aktiv an der Realisierung einer in der ganzen Welt Beachtung findenden Großveranstaltung der Spitzenklasse“, schreibt das Landratsamt Oberallgäu in seiner Einladung zur Präsentation des Modells. Der Startschuss für diese besondere Beteiligungsform fiel im Beisein von Landrat Gebhard Kaiser, Kemptens Oberbürgermeister Dr. Ulrich Netzer und Oberstdorfs Bürgermeister Thomas Müller.

Mitten im Weltgeschehen

Vom 16. bis 27.02.2005 steht Oberstdorf im Zentrum des internationalen Wintersport-Interesses. Zwei Wochen lang bilden die Austragungen der FIS Nordischen Ski-WM 2005 den Mittelpunkt des sportlichen Weltgeschehens für Oberstdorf und das gesamte Allgäu. Man hat sich zum Ziel gesetzt, den besten Springern, Läufern und Nordischen Kombinierern auf der Jagd nach Medaillen ein perfekter WM-Gastgeber zu sein.

Die Finanzierung dieses sportlichen Großereignisses konnte die öffentliche Hand bei der bekannt schlechten Haushaltslage

nicht zur Gänze übernehmen.

Um die Verantwortung über die bestehenden und noch zu errichtenden Sportanlagen für die Nordische Ski-Weltmeisterschaften 2005 zu übernehmen und deren Restfinanzierung zu sichern, wurde Ende 2002 als reine Investitionsgesellschaft die Nordische Skisport GmbH & Co. KG gegründet. Die Veranstaltung selbst wird durch den Verein „FIS Nordische Ski-Weltmeisterschaften 2005 Oberstdorf Allgäu e.V.“ organisiert und wirtschaftlich durchgeführt.

Errichtung von Infrastruktur

Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung und die Vermietung von touristischer und sportlicher Infrastruktur, insbesondere die Errichtung und Vermietung von Sportanlagen mit Schanzen, Aufstiegshilfen, Beschneiungsanlagen, Beleuchtungsanlagen, Gebäuden, Langlauf-Loipen, Rollerbahnen und dergleichen, sowie die Qualitätssicherung touristischer Zwecke und Ziele.

Das Investitionsvolumen beläuft sich auf 23.290.306 Euro, davon sind sechs Millionen Euro Eigenkapital. Fremd finanziert werden müssen rund drei Millionen Euro. An Zuschüssen

erwarten die Oberstdorfer gute 14 Millionen.

Bürger, die sich an der Gesellschaft beteiligen wollen, müssen mindestens 10.000 Euro bis Ende dieses Jahres einbezahlen. Die Laufzeit der Kapitalanlage beträgt zunächst 20 Jahre, wenn danach kein Auflösungsgrund besteht, ist sie unbefristet.

Steigende Rendite

Aus den Liquiditätsüberschüssen erhalten die Kommanditisten - mit Ausnahme der Gründungsgesellschafter - eine Liquiditätsausschüttung in Höhe von drei Prozent, steigend auf sieben Prozent, ihres gezeichneten und eingezahlten Kommanditkapitals, erstmals für das Geschäftsjahr 2005. Die steuerlichen Ergebnisse der Gesellschaft werden den „Mitunternehmern“ anteilig zugewiesen. Die anteiligen Verluste mindern das zu versteuernde Einkommen, Gewinne erhöhen es.

Chancen- und Risikoprüfung

In einer präzisen Chancen- und Risikoprüfung gehen die Kommunalpolitiker sorgfältig auf ihr Angebot ein und stellen zudem sämtliche Steueraspekte für die Beteiligten dar. Im Oberallgäu haben sich die Kommunen immer wieder Bekanntheit verschafft durch kreative Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger an öffentlichen Investitionen.

Public - Private - Partnership:

PPP-Modelle auf dem Prüfstand

Die Kommunen, die noch Rücklagen besitzen und auf einem „Sack voll Geld“ sitzen, kann man in Bayern wahrscheinlich an zehn Fingern abzählen. Früher wurde grundsätzlich für eine Maßnahme das Geld erst aufgespart, dann in Haushalte eingestellt und wieder ausgegeben. Diese Methode ist heute längst vorbei.

Früher, „in den goldenen Jahren“ konnten die Kommunen auch mit hohen staatlichen Zuwendungen rechnen, so dass es keiner besonderen Mühe bedurfte, sich ein schickes Hallenbad oder eine luxuriöse Freizeitanlage zu genehmigen. Heute, wo die Zuschüsse rar sind, die Investitionen aus den Sechziger Jahren, schön langsam marode werden, sind die Kommunen plötzlich auf sich selbst gestellt. Da hilft kein Jammern, wenn es um die Erfüllung von Pflichtaufgaben geht, wie z. B. Wasserqualität und -quantität, geregeltes Abwasser, Schulsanierungen, Brücken- und -wegebauten, usw.

Aufsparen und absparen

Die Aufgaben der Kommunen sind in den letzten Jahren immer stärker gewachsen. Ein Spielraum für Neuinvestitionen, Reinvestitionen und Ersatzinvestitionen bleibt kaum mehr. So kommt man vom „Aufsparen“ zum „Absparen“. Das ist jederzeit legitim, solange die Schulden auch noch mit der Leistungsfähigkeit einer Kommune in Einklang zu bringen sind.

Eine neue Perspektive des „Absparens“, jedoch unter ganz anderen Vorzeichen, bieten „PPP-Modelle“. Das Vorzeichen heißt: Privat geplant, gebaut und finanziert. Hier gibt es aber Gesetzmäßigkeiten, die eingehalten werden müssen, um auch die wirtschaftlichste Lösung zu erreichen.

Was muss hier der Partner der Kommune leisten, damit die Regeln der Zusammenarbeit den gewünschten Erfolg bringen? (vgl. Kasten)

Auf Folgekosten achten

Nur so ist sicher gestellt, dass die kostengünstigste und wirtschaftlichste Lösung auch die Folgekosten aus der Finanzierung minimiert. Der Nachweis der Wirtschaftlichkeit gegenüber staatlich geplant, gebaut und finanziert muss gegeben sein. Die Rechtsaufsicht hat dafür zu sorgen, dass nur diese Modelle genehmigt und weiter verfolgt werden können.

Alle anderen Modelle sind Bauräger- oder Leasingmodelle,

die immer, wenn man den Hintergrund des Partners betrachtet, einseitige Interessen subjektiv berücksichtigen.

Partner muss fit sein

Der Partner der Kommune im PPP-Modell muss grundsätzlich sein Terrain beherrschen. Er hat fit zu sein in kaufmännischen, organisatorischen Gebieten, auf der Vertrags- und Finanzierungsseite, sowie auf der technischen Seite. Ein eigener Projektsteuerer, der die Praxis aus dem „ff“ kennt, muss schon mit gestellt werden können, sonst besteht die Gefahr, dass die Ablaufzeiten und die Gesamtkosten aus dem Ruder laufen. Die PPP-Modelle, bspw. der KFB, Fachberatung für Kommunen, aus Reuth und Weiden, www.kfb-reuth.de, eignen sich für Erschließungssträ-

Möglichst viel Geld nach Unterfranken bringen

Möglichst viel Geld nach Unterfranken zu bringen - das ist das Ziel der Arbeitsgruppe „Optimale Nutzung der Förderquellen von EU, Bund und Land“, die Ende März bei der Regierung von Unterfranken eingerichtet wurde. Die neue Einrichtung ging aus der „EU-Arbeitsgruppe“ hervor, die bereits seit zwei Jahren existiert.

Durch regelmäßige Veröffentlichungen zum Thema „Förderquellen“ will die neue Arbeitsgruppe ihrem Leiter Dr. Dieter Aufderhaar zufolge die ländliche Regionalentwicklung und die Wirtschaftsförderung in Unterfranken vorantreiben. Die Wirtschafts- und Regionalförderer in den unterfränkischen Landkreisen sowie private Unternehmer, die zum Beispiel ihren mittelständigen Wirtschaftsbetrieb mit Hilfe von EU-Mitteln erweitern wollen, sollen laut Aufderhaar vom Engagement der erweiterten EU-Arbeitsgruppe profitieren.

Sensibilisieren für Förderquellen

Die neun Mitarbeiter aus allen acht Abteilungen der Regierung von Unterfranken wollen verstärkt über Förderprogramme für Wirtschafts-, Naturschutz- und Regionalentwicklungsprojekte informieren und durch öffentliche Veranstaltungen

gerschaften, Sanierungsträgerschaften, Bau- und Finanzierungssträgerschaften.

Erfolgreiche Projekte

Die KFB kann hier erfolgreich viele abgeschlossene Projekte nachweisen, wie z. B. Gewerbegebiete, Wohnbaugebiete, Schulsanierungen, Bauhofneubauten, usw. Je früher der kommunale Partner, beispielsweise bei der Projektentwicklung, bereits mit eingebunden ist, desto größer ist der wirtschaftliche Nutzen.

Von Anfang an Geld sparen

Die Devise heißt: Von Anfang an Geld sparen. Dies freut Bürgermeister, Kämmerer und die damit Beauftragten. So können Stadträte und Gemeinderäte in Zeiten konjunktureller Nöte wirtschaftliche Impulse in der eigenen Region setzen und wichtige Investitionen vorziehen, ohne den öffentlichen Haushalt sofort zu belasten.

Das Hauptgebot lautet: „Die wirtschaftlichste Lösung ist immer das Ziel des Handelns.“

Die Gruppe ist Sylvia Schindler, EU-Beauftragte der Regierung von Unterfranken. Täglich schaut die Juristin die EU-Amtsblätter durch, ob unter den neuen Rechtsverordnungen für die Landwirtschaft - das sind jährlich zwischen 3.000 und 4.000 - Nachrichten über neue Förderprogramme zu finden sind. Schindler: „Manchmal findet man drei Wochen lang nichts, dann wieder stehen in einem einzigen Amtsblatt drei Aufrufe, die über Programmverlängerungen informieren.“

Eigenmittel erforderlich

Allerdings bringen die Förderprogramme jenen Kommunen nichts, die über keinerlei Eigenmittel verfügen. Es sei ein Dilemma, so Aufderhaar, dass die geförderten Kommunen oft einen gehörigen Eigenanteil bei der Realisierung von Förderprojekten übernehmen müssen. Zu 80 Prozent geförderte Maßnahmen seien inzwischen selten. Teilweise betrage die von München, Berlin oder Brüssel gewährte Fördersumme lediglich 30 Prozent. Wer keine Kofinanzierung leisten könne, komme auch nicht in den Genuss der Subvention.

Eine der wichtigsten Personen in der erweiterten EU-Arbeits-

PPP-Regelwerk ohne wenn und aber

1. Kooperationsverhältnis: Die Kommune ist immer in das Verfahren voll eingebunden - der „PPP-Consulting“ arbeitet wie ein Treuhänder. Die wirtschaftlichste und kostengünstigste Lösung muss immer Ziel des Handelns sein.

2. Konsequenter Einsatz von Privatrecht: Die starren Regeln des öffentlichen Rechts können verlassen werden, das senkt die Investitionskosten und lässt Vergaben vor Ort zu Gunsten der heimischen Wirtschaft zu.

3. Bau- und Werkverträge beschränkt aus-schreiben: Vergabe erfolgt auf Basis der VOB immer pauschaliert unter Festpreisgarantie.

4. Ingenieur- und Architektenverträge: Die Preisvereinbarungen nach der HOAI sollten grundsätzlich pauschaliert werden.

5. Vor- und Zwischenfinanzierung: Schnelle und zügigere Bauabwicklung lassen Bauzeitkosten sparen - Ausgangslage günstiger Zwischenfinanzierungen ist der europäische Geldmarkt (mit rund 2,1 % im Oktober 2003).

6. Investitionskosten gedeckelt: Die Gesamtkosten der Maßnahme müssen vor Beginn konkret feststehen und verbindlich bleiben - eine Kostenüberschreitung darf es nicht geben. Eine professionelle Projektsteuerung garantiert die „Punktlandung“ bei den Kosten und der Bauzeit.

7. Kostenerfassung transparent und übersichtlich: Die Kommune muss von den tatsächlichen Kosten Kenntnis erlangen können, somit sind alle Grundlagenverträge (für Bau, Planung, Finanzierung, ...) offen zu legen. Um den Vorsteuerabzug müssen die Finanzierungskosten reduziert werden können.

8. Nutzen und Laufzeit: Der Partner der Kommune muss in der Lage sein, das Zinsniveau für den Zeitraum des Nutzens zu sichern und der Kommune bis zu 25 Jahre die Finanzierung auf kommunaldarlehensfähiger und pfandstockfähiger Basis stellen zu können. Das bringt Luft und Spielraum im Vermögenshaushalt.

9. Unabhängig, neutral und offen: Der kommunale Dienstleister und Partner muss unabhängig sein und sich ausschließlich den Interessen der Kommune widmen.

10. Die Modelle müssen die Zuschuss-situation berücksichtigen: Staatliche Zuschüsse dürfen durch die Modelle nicht verloren gehen.

Weitere Infos: info@kfb-reuth.de

gruppe ist Sylvia Schindler, EU-Beauftragte der Regierung von Unterfranken. Täglich schaut die Juristin die EU-Amtsblätter durch, ob unter den neuen Rechtsverordnungen für die Landwirtschaft - das sind jährlich zwischen 3.000 und 4.000 - Nachrichten über neue Förderprogramme zu finden sind. Schindler: „Manchmal findet man drei Wochen lang nichts, dann wieder stehen in einem einzigen Amtsblatt drei Aufrufe, die über Programmverlängerungen informieren.“

Spielregeln beherrschen

Mehrmals in der Woche recherchiert die Mitarbeiterin der Abteilung „Wirtschaft und Verkehr“ im Internet nach Finanzquellen, die für Unterfranken interessant sein könnten. Alles in allem eine Zeit aufwändige und schwierige Arbeit, wie sie zu gibt, denn die Übersichtlichkeit über EU-Förderprogramme und EU-Förderrichtlinien lasse mehr als zu wünschen übrig. Wer keine persönlichen Kontakte habe,

Vom Anbieter- ...

(Fortsetzung von Seite 7) von Vorteilen verbunden ist:

« Das Dienstleistungsangebot vor Ort kann sich bei steigender Bevölkerungszahl weiter verbessern, wodurch gleichzeitig auch die Beschäftigung zunehmen wird.

« Mit der Ausweitung von Dienstleistungs- und Handelsangeboten besteht die Chance zu einer stärkeren räumlichen Konzentration dieser Angebote, um die Attraktivität der Kernbereiche in den Kommunen nachhaltig zu stärken.

« Bei vorzugsweiser Ausweitung von Flächen für den individuellen Wohnungsbau wird sich eine Erhöhung der Eigentümerquote und damit verbunden eine Verbesserung der Sozialstruktur einstellen.

« Aus einer Bevölkerungssteigerung ergibt sich auch eine langfristige Verbesserung der kommunalen Finanzkraft. Eine Stadt wie Würzburg muss daher ein großes Interesse daran haben, die Einwohner in der Stadt zu halten.

Vor allem die finanziellen Vorteile kommen natürlich nur voll zum Tragen, wenn die vorhandene Infrastruktur noch freie Kapazitäten hat. Aber auch in der Region Würzburg werden in den kommenden Jahren die Geburtenzahlen weiter zurückgehen, so dass die längerfristige Auslastung von Kindergärten und Schulen nicht gewährleistet ist. Hiervon werden dann Kommunen mit unterdurchschnittlicher Entwicklung besonders hart getroffen. DK

die offiziellen Ansprechpartner in Brüssel, die EU-Informationstellen in Deutschland und die autorisierten Beratungsstellen nicht kenne, wer nicht Bescheid wisse über die EU-Subventionspolitik und gewisse „informelle Spielregeln“ nicht beherrsche, tue sich äußerst schwer beim Umgang mit den Förderprogrammen.

Berichte aus Brüssel

Eine unschätzbare Informationsquelle sind für die Gewererechtlerin die Europaberichte der Vertretung des Freistaates Bayern in Brüssel, die im Zwei-Wochen-Rhythmus erscheinen. Diese Berichte informieren weit frühzeitiger als die Amtsblätter, welche neuen Förderprogramme aufgelegt und welche laufenden Programme verlängert werden sollen. Diese rechtzeitige Information sei überaus wichtig, so die Beamtin, da die offiziellen Einreichungsfristen oft nur wenig Zeit lassen. Schindler: „In vielen Fällen wäre es am besten, man hätte ein fertiges Projekt in der Schublade, wenn die Frist beginnt.“ Damit möglichst viele Fördermittel nach Unterfranken fließen, hilft die Regierung von Unterfranken als Erlasserin der Förderbescheide den Verantwortlichen in den Landkreisen bei der Antragstellung. Die Förderbescheide werden immer dann von der Regierung erlassen, wenn die EU-Fördermittel an die Vergabe von Landesmitteln geknüpft ist. Mittelständler, die mit den komplizierten Formularen Schwierigkeiten haben, können sich Aufderhaar zufolge an die Landesgewerbeanstalt Bayern (LGA) in Nürnberg wenden.

Diese ist seit Jahren Euro Info Centre (EIC) der Europäischen Kommission für klein- und mittelständische Unternehmer. Die LGA-Mitarbeiter vermitteln Mittelständlern auch Projektpartner und helfen, geförderte EU-Projekte zu realisieren. Weitere wichtige Informationsstellen sind die Europäischen Referenzzentren (ERZ) für Verwaltungsbeamte, Initiatoren und Projektträger, die Europäischen Dokumentationszentren (EDZ) für Professoren, Dozenten und Studenten, die Euro Info Points (EIP) für die Öffentlichkeit sowie das Innovation Relay Centre (IRC) für Technologie orientierte klein- und mittelständische Unternehmer. Die Arbeitsgruppe „Optimale Nutzung der Förderquellen von EU, Bund und Land“ ist unter 0931/3801381 zu erreichen. Pat Christ

Sparkassen-Finanzgruppe berät auf der KOMMUNALE

Unter dem Motto „Gemeinsam für unser Bayern“ präsentieren die Bayerische Landesbank und der Sparkassenverband Bayern auf einem Gemeinschaftsstand umfassende und massgeschneiderte Lösungen für kommunale Investitionen.

Ein wichtiges Schwerpunktthema ist dabei das kommunale Immobilienmanagement. Mit diesem Instrument können Kommunen konsequent Kostensteigerungspotenziale realisieren. ☞

Finanzierungshilfen für das Handwerk:

LfA betreibt Gründungs- und Wachstumsförderung

Mit unterschiedlichen Förderinstrumenten hilft die LfA sowohl Gründern als auch bestehenden Betrieben im Handwerk bei der Finanzierung ihrer Investitionen. Für die staatlichen Finanzierungshilfen gelten unter anderem zwei Förderprinzipien.

LfA-Mittel werden nach dem Hausbankprinzip ausgereicht: Die Geschäftsbank des Kunden erstellt die Anträge und leitet sie an die LfA weiter. Die Auszahlung der bewilligten Fördergelder erfolgt wieder über die Hausbank, die dafür gegenüber der LfA auch das Risiko trägt. Verfügt der Kunde über keine ausreichenden Sicherheiten zur Absicherung des Risikos, so kann bei der LfA teilweise eine Haftungsfreistellung durch die Hausbank beantragt werden, dadurch ist diese eher bereit, das Vorhaben zu finanzieren.

Vorbeginnklausel

Die Vorbeginnklausel besagt, dass vor Beginn des Vorhabens, das heißt insbesondere vor Eingehen des wesentlichen finanziellen Engagements (z. B. Abschluss von Kauf-, Übernahme- und Beteiligungsverträgen), die Fördermittel über eine Hausbank bei der LfA beantragt werden müssen.

Die staatlichen Programme der LfA bieten im Vergleich zu anderen Finanzierungen günstigere Zinsen, haben in der Regel eine längere Laufzeit und unternehmerfreundliche Rückzahlungsbedingungen. Dazu zählen etwa tilgungsfreie Jahre, die für den Kreditnehmer eine wichtige Entlastung darstellen.

Finanzierungsangebote für Gründer

Gleich, ob es sich um eine „echte“ Neugründung oder die Übernahme eines bestehenden (nicht der eigenen Familie gehörenden) Handwerksbetriebes handelt: Mit ihren Finanzdienstleistungen geht die LfA auf die unterschiedlichen Ansprüche junger Unternehmer ein. Wichtigstes Förderinstrument für Gründungsinvestitionen ist das vom Freistaat finanzierte Bayerische Mittelstandskreditprogramm (MKP). Es sieht für Existenzgründer bei einem Finanzierungsanteil von 40 Prozent Kredite von 12.500 Euro bis maximal 310.000 Euro vor. Wer einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf hat, kann zur Finanzierung auch noch ein LfA-Ergänzungsdarlehen zum

MKP in Anspruch nehmen. Auf diese Weise können die Investitionen bis zu 100 Prozent über LfA-Mittel abgedeckt werden. Für beide Darlehensformen können die Hausbanken eine Haftungsfreistellung in Höhe von 70 Prozent beantragen. Die Nutzung des von der LfA angebotenen Beteiligungskapitals der BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH kann bei voraussichtlich hohen anfänglichen Verlusten oder einem geplanten schnellen Wachstum von Vorteil sein. Es verbessert die Eigenkapitalausstattung des Unternehmens, das damit für längere Durststrecken gewappnet ist und ein höheres Wachstumstempo vorlegen kann. Über das "Beteiligungskapital für Existenzgründer" sind stille Beteiligungen in Höhe von 20.000 bis 125.000 Euro möglich.

Wachstumshilfen für bayerische Handwerksbetriebe

Die Wachstumsförderung nach dem Bayerischen Mittelstandskreditprogramm beruht im Wesentlichen auf denselben Grundsätzen wie die Förderung von Existenzgründungen. Es werden Darlehen in Höhe von rund 12.500 bis 310.000 Euro bewilligt. Durch die Ergänzungsdarlehen im MKP -Wachstum-, die die LfA in Kooperation mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) anbietet, lässt sich die Basisfinanzierung aus dem MKP auf bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionen aufstocken. För-

derfähig sind Investitionen im Zusammenhang mit den geplanten Wachstumsmaßnahmen, etwa Grunderwerb, Mietkautionen, bauliche Investitionen, die Anschaffung von Maschinen sowie Hard- und Software, Firmenwert, Patente und Lizenzen und Investitionsnebenkosten wie Notar- und Maklergebühren oder Architektenhonorare. Mit den Ergänzungsdarlehen - Normalkonditionen - können Inve-

Erstes Halbjahr 2003:

Auch Bayerns Wirtschaft stagniert

Bruttoinlandsprodukt 0,1 Prozent niedriger

Nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung blieb die Wirtschaftsleistung Bayerns in der ersten Jahreshälfte 2003 geringfügig hinter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück. Das Bruttoinlandsprodukt war im Vergleich zum ersten Halbjahr 2002 preisbereinigt um 0,1 Prozent niedriger, so dass sich die konjunkturelle Lage damit auch in Bayern weiterhin etwas verschlechtert hat. In den Jahren 2002 und 2001 war im Freistaat noch ein geringes Wirtschaftswachstum von 0,6 bzw. 0,9 Prozent erzielt worden, im Jahr 2000 sogar das Rekordergebnis von 5,1 Prozent.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung berichtet, weisen die neuesten vorläufigen Daten für den Freistaat, dem Trend in ganz Deutschland entsprechend, eine fortgesetzte Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung im ersten Halbjahr 2003 aus.

Rekordwachstum in 2000

Dies ergaben die vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ vorgelegten Berechnungen zum Wirtschaftswachstum in den sechzehn deutschen Bundeslän-

derungen sowie wesentliche Aufstockungen des Warenlagers ab 125.000 EUR finanziert werden. Auch für Wachstumsfinanzierungen kann Beteiligungskapital genutzt werden. Risikoentlastungen bieten die LfA und die zuständige Kredit-Garantiegemeinschaft.

Faxabruf und Internet

Aktuelle Konditionen können per Fax unter der Rufnummer 089/2124-2440 abgerufen werden. Bei Fragen rund um die Finanzierungsleistungen für das Handwerk steht das LfA-Kundencenter, Telefon 01801/21 24 24 (Ortsstarif), zur Verfügung. Die LfA im Internet: www.lfa.de. ☞

auch bundesweit, ein leichter Anstieg des (nominalen) Bruttoinlandsprodukts. Der so gemessene Wertzuwachs der Wirtschaftsleistung betrug in Bayern 0,7 Prozent und im Bundesgebiet insgesamt 0,8 Prozent.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung schwach

Die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung ging auf alle wichtigen Bereiche der Wirtschaft zurück. Ausschlaggebend für das bayerische Ergebnis war jedoch vor allem, dass sich die Bruttowertschöpfung in Verarbeitenden Gewerbe leicht, preisbereinigt um 0,3 Prozent, verringerte. Zudem setzte sich auch der rückläufige Trend im Baugewerbe weiter fort. Von Handel und Dienstleistungen gingen zudem nur recht geringe Wachstumsimpulse aus.

Bei der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergaben sich im ersten Halbjahr 2003 zwischen den alten und neuen Bundesländern kaum Unterschiede, da in den neuen Ländern die relativ günstige Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe nach wie vor durch die massive Rückführung der Bautätigkeit kompensiert wird. ☞

Unternehmertalente in Bayern sind Spitze

Das beste deutsche Schülerunternehmen 2003 kommt aus Pasing

S4S Students for Students vom Karlsgymnasium München-Pasing heißt der Sieger im Wettbewerb um das beste Schülerunternehmen Deutschlands 2003. Das Unternehmen vertreibt die „Spielmaschine“, ein selbst entwickeltes Buch mit 166 Spielideen. Das bayerische Team setzte sich beim Bundeswettbewerb am 26. Juni in Köln gegen die Sieger der anderen Länder durch. Der Preis: Eine Reise nach London zum Europawettbewerb.

Mit dem Erfolg von S4S haben die bayerischen Vertreter im Projekt „Junior“ nun bereits in sechs Jahren hintereinander vordere Plätze geholt: zweimal den ersten Platz, einmal den zweiten und dreimal den dritten Platz.

Realistisches positives Unternehmerbild

„Junior“ ist ein anspruchsvolles Projekt, das in vielen Ländern Europas läuft und seit sechs Jahren auch an Bayerns Schulen angeboten wird. Das Besondere an Junior: Die Schüler sind tatsächlich unter Kapitaleinsatz auf dem Markt tätig; sie tragen die Kosten- und Ergebnisverantwortung gegenüber den Geldgebern, von denen sie sich ihr Startkapital durch Ausgabe von Anteilsscheinen beschaffen.

Das Projekt zeigt die Perspektiven einer Existenzgründung

Stadt Hirschau:

Bau einer Kläranlage

Der Bau einer neuen Kläranlage mußte von der Stadt Hirschau im Landkreis Amberg-Weilburg bewerkstelligt werden. Dafür wählte sie die BLE als Partnerin, die sich einen Namen gemacht hat mit der Finanzierung kommunaler Maßnahmen nach dem Haushaltsmodell.

Das Investitionsvolumen betrug ca. 3.320.000 Mark. Die Leistungen der BLE waren: Vor- und Zwischenfinanzierung, Bereitstellung der Finanzierungsmittel über die Raiffeisenbank, Abwicklung des gesamten Rechnungs- und Zahlungsverkehrs, Rechnungsprüfung und -Verbuchung, Aufteilung der Kosten nach Maßnahmeerfordernissen, Fertigung von detaillierten, vierteljährlichen Zwischenabrechnungen, Erstellung der Schlussabrechnung, gegliedert nach Maßnahmeerfordernissen. ☞

Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH, BLE:

Partner der Kommunen

Seit bald drei Jahrzehnten versteht sich die Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH (BLE) als Partner der Kommunen, wenn es um die Finanzierung öffentlicher Aufgaben geht. Die Gesellschaft gehört zum genossenschaftlichen Finanzverbund der Volks- und Raiffeisenbanken.

Ihr unternehmerischer Grundauftrag, Städte und Gemeinden bei der Bewältigung finanzwirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Aufgaben unter Einbindung des Finanzverbundes zu unterstützen, steht im

Bisher konnte die Gesellschaft nahezu 600 Finanzierungsvereinbarungen nach dem Haushaltsmodell mit einem Finanzvolumen von etwa 820 Mio. € abschließen, 75 Baulandentwicklungsmaßnahmen für ca. 2.000 Grundstücke wurden abgewickelt bzw. befinden sich in Bearbeitung.

Die BLE ist in mehr als 300 Kommunen, überwiegend in Bayern, tätig. ☞

Nähe vor Ort

Durch die Nähe der Bankpartner vor Ort wird die Möglichkeit geschaffen, eine persönliche, praxisorientierte und effiziente Zusammenarbeit aller Beteiligten zu erreichen. Die BLE ist ihrer Firmenphilosophie verpflichtend, sowohl im Dienstleistungsbereich als auch als Baulandentwickler, im eigenen wirtschaftlichen Risiko tätig.

Haushaltsmodell

Der Dienstleistungsbereich wird durch die Private Finanzierung kommunaler Aufgaben abgedeckt. Es handelt sich hier um die Vorfinanzierung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen nach dem sogenannten „Haushaltsmodell“ und die Übernahme von Erschließungsträgerschaften für Dritte.

Im eigenen Risiko werden Baulandentwicklungsmaßnahmen durch die BLE abgewickelt.

Stichproben an 400 Orten:

Elektromog weit unter Grenzwert

Schnappauf: Erste Ergebnisse des weltweit einmaligen Beobachtungssystems - Strahlenbelastung nirgendwo höher als 1/25 des bundesweit gültigen Grenzwerts

(München/Augsburg) „In bayerischen Wohngebieten ist die Elektromog-Belastung nur sehr gering“, zog Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf nach Abschluss der ersten Messkampagne des landesweiten Elektromog-Beobachtungssystems Bilanz. Rechtzeitig vor dem zum Jahresende angekündigten Start der neuen Mobilfunkgeneration UMTS wurde an 400 statistisch ausgewählten Messorten in bayerischen Wohngebieten die elektromagnetische Belastung im Freien gemessen.

Alle Hochfrequenz-Messwerte lagen unter 4 Prozent des bundesweit gültigen Grenzwerts. Über alle Messorte gemittelt lag der Anteil der durch Radio- bzw. Fernsehsender verursachten hochfrequenten Belastung nur bei 0,48 bzw. 0,24 Prozent des Grenzwerts; die herkömmliche GSM-Mobilfunk-Belastung bei 0,34 Prozent. Schnappauf: „Bei Einhaltung der geltenden Grenzwerte besteht nach Auffassung unabhängiger Expertenkommissionen keine Gesundheitsgefahr.“

Sorgen werden ernst genommen

Trotzdem nimmt Bayern nach den Worten Schnappaufs die Sorgen und Ängste vor allem elektrosensibler Bürger angesichts der zahlreichen elektromagnetischen Quellen ernst. Neben Radio, Fernseher, GSM- und künftig UMTS-Mobilfunk ändern auch Technologien wie „blue tooth“ oder digitales Radio und Fernsehen die Anzahl elektromagnetischer Felder (EMF) rasant. Deshalb hat das Umweltministerium bereits Mitte 2001 ein deutschlandweit einmaliges EMF-Monitoring gestartet.

Monitoring-Erkenntnisse

Die jetzt abgeschlossene erste Messkampagne lieferte eine Fülle an Daten, die derzeit weitergehend ausgewertet werden. Neben den Daten der Strahlungsinzidenz erhoffen sich die Fachleute am Landesamt für Umweltschutz wichtige Rückschlüsse bei der detaillierten Auswertung der Tagesverläufe und der Anteile der Quellen an der Strahlung.

Die Monitoring-Erkenntnisse werden nach Abschluss der Auswertung in einem projektbegleitenden Fachbeirat mit Experten aus verschiedenen Ländern erörtert und bewertet. Ziel ist, alle 2 bis 3 Jahre die EMF-Messungen landesweit zu wiederholen, um Vergleichsdaten für eine Trendanalyse und damit ein Steuerungsinstrument zu erhalten.

Internationale Empfehlungen

Für das unsichtbare elektromagnetische Umfeld hat sich der Begriff „Elektromog“ eingebürgert. Dabei werden niederfrequente Felder, die von Hochspannungsleitungen und elektrischen Haushaltsgeräten ausgehen, von hochfrequenten Feldern

wie Radio-, TV- und Mobilfunk-Sendern unterschieden. Die in Deutschland zum Schutz der

Vom Laufmenschen zum Sitzmenschen

Aktionstag „Bergsport und Gesundheit“

Einen schwingvollen Auftakt nahm der „1. Tag des Bergsports und der Gesundheit“ in der Alten Saline in Bad Reichenhall. Oberbürgermeister Wolfgang Heitmeier sprach von einem mit viel Engagement und Energie vorangetriebenen Mühen um die Schaffung einer landkreisweiten „Akademie für den Bergsport und die Gesundheit“ (BAG). Nach finanzieller Starthilfe durch die Stadt Bad Reichenhall wünscht sich Heitmeier auch von den Kreisgemeinden Unterstützung für die weitere Arbeit des Vereins.

Der Präsident der BAG, Dr. med. Rüdiger Andrasch, erläuterte die wirtschaftliche Notwendigkeit im Landkreis neue Impulse zu setzen. „Wir haben uns vorgenommen, nicht mehr über die Versäumnisse der letzten Jahre zu klagen, sondern selbst die Initiative zu ergreifen und Ideen und Perspektiven für das Berchtesgadener Land zu entwickeln.“ „Ganz im Trend“ befanden Kurdirektoren Gabriella Squarra (Bad Reichenhall) und der Geschäftsführer der Berchtesgadener Tourismus GmbH, Norbert Meyer, das Anliegen der Akademie.

„Sportliche Bewegung in einer intakten Natur, also in Verbindung mit besonderen Naturerlebnissen, sind wieder stark gefragt.“ Andrasch zog eine klare Grenze zur „Wellness-Bewegung“. „Wir glauben, dass der

Bevölkerung in der 26. Bundesimmissionschutzverordnung festgelegten Grenzwerte stützen sich auf internationale Empfehlungen unabhängiger Experten wie der Internationalen Kommission für den Schutz vor nichtionisierender Strahlung und der Weltgesundheitsorganisation. Informationen unter www.mobilfunk.bayern.de

ist, sportmedizinische und ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse weiter zu vermitteln. Dabei sollen Teilnehmer neuen Mut schöpfen und ihr Leben und ihre Gesundheit wieder aktiv und selbstverantwortlich in die eigene Hand nehmen.

Die BAG versteht sich als übergeordnete Organisation, die Sport-, Gesundheits- und Seminarprogramme in enger Zusammenarbeit mit sportmedizinischen Instituten und Universitäten durchführt. Auch wolle man bei Sport- und Gesundheitsverbänden, bei Krankenkassen und Patienten-Selbsthilfegruppen, bei Fachverbänden und Großbetrieben vorstellig werden. Kontaktaufnahmen nach Salzburg scheiterten bislang.

Das große Interesse der Bevölkerung zeigte sich am regen Besuch. Man erprobte den Kletterturm, und den neuen Klettersteig auf den Hochtaufen und informierte sich über Almhütten, Freizeiteinrichtungen, Wander- und Raddauren ebenso wie jene des Alpnationalparks Berchtesgadener. Ein buntes Mix der Anbieter präsentierte sich: Kurmittelhäuser, Fitness-Studios, Kliniken, Hersteller und Fachhändler von Gesundheitsprodukten sowie Vereine, von den Eisstockschießen bis zum Alpenverein.

Der gesamte Innenhof der Alten Saline war ein buntes Marktplatzen. **Gerd Spranger**

Ausbau der Mobilfunknetze:

Zusammenarbeit mit Kommunen spürbar verbessert

Mit der Erfolgsgeschichte des Handys ging der Ausbau der Mobilfunknetze einher. Der Netzaufbau bereitete jedoch einem Teil der Bevölkerung Sorgen. Sie fühlten sich nicht ausreichend informiert, und das Vorgehen der Netzbetreiber schien ihnen oft eigenmächtig. Auf diese Situation reagierten die Beteiligten vor zwei Jahren. Im Jahr 2001 schlossen die Netzbetreiber freiwillige Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden wie auch mit der Bundesregierung. Ziel dieser Vereinbarungen war eine engere Zusammenarbeit zwischen Politik und Mobilfunkbetreibern beim Netzausbau sowie mehr Information für die Öffentlichkeit.

Die Vereinbarungen haben Früchte getragen, wie eine repräsentative Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) belegt. Die Studie zeigt nicht nur, dass die Zahl der Konflikte bei den Standortverfahren gering ist: Mehr als drei Viertel der Kommunalvertreter wie auch der Netzbetreiber geben an, dass es selten oder nie Konflikte gibt. Sie stellt außerdem fest, dass die meisten Beteiligten gegenüber der Situation von vor zwei Jahren deutliche Fortschritte sehen.

Umfangreiche Information der Öffentlichkeit

Ebenso wichtig wie die Zusammenarbeit von Gemeinden und Netzbetreibern ist die Information der Öffentlichkeit. Auch hier hat sich viel getan. Die Betreiber organisieren Bürgergespräche und Mobilfunkmessungen, veröffentlichen die Strahlungswerte der von ihnen angebotenen Handys. Vor allem unterstützen sie den Aufbau einer öffentlichen Datenbank mit Mobilfunksendestandorten, die von der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post gegenwärtig aufgebaut wird.

Die Behörden machen mit

Auch die zuständigen Behörden haben ihre Informationsarbeit intensiviert. Kommunen wie auch diverse Landesministerien veröffentlichten unabhängige Messungen der Mobilfunk-Immissionen. So z.B. in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Schleswig-Holstein und Hamburg. Eine im Juli veröffentlichte Mess-Studie des Landes Baden-Württemberg kommt - wie die anderen Mess-Studien auch - zu dem Ergebnis, dass die Feldstärken von Mobil-

Netzes keine Gefahr ausgeht.“ Landesumweltministerien bieten auf ihren Websites kostenloses Informationsmaterial zum Themenfeld „Mobilfunk und Umwelt“ an. Ab Herbst betreibt das Bundeswirtschaftsministerium im Internet unter www.mobilfunk-information.de eine eigene Website zum Thema.

Mobilfunk-Felder:

Verbraucher können per Internet ermitteln

Informationszentrum Mobilfunk startet neuen Online-Service

Verbraucher können künftig per Internet die Stärke der elektromagnetischen Felder von Mobilfunkanlagen ermitteln. Das Informationszentrum Mobilfunk e.V. Berlin stellte der Öffentlichkeit ein Simulationsmodell vor, das unter www.izm.de mittels einfacher Eingabe des Gebäudetyps und des Abstands zur Mobilfunkanlage und ihrer spezifischen Merkmale den Wert der elektromagnetischen Felder und ihres räumlichen Verlaufs ermittelt.

„Die Sicherheit des Mobilfunks ist heute ein wichtiges Thema. Aktueller Auslöser des Interesses ist der Aufbau von UMTS-Netzen. Dabei spielen auch Fragen nach möglichen Auswirkungen des Mobilfunks auf Umwelt und menschliche Gesundheit eine wichtige Rolle“, sagte Dagmar Wiebusch, Geschäftsführerin des Informationszentrums Mobilfunk in Berlin. Die Vielzahl im Alltag seit Jahrzehnten bestehender und neuer Quellen elektromagnetischer Felder löse bei Bürgerinnen und Bürgern zuweilen Besorgnisse vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen aus.

Gesetzliche Grenzwerte

Bislang sei es nicht immer einfach gewesen, sich in dem Themenfeld zu orientieren. Jetzt habe jeder Interessierte die Möglichkeit, sich persönlich über die Mobilfunkfelder in seinem Um-

Mobilfunk-Vereinbarungen jetzt als Broschüre

Die zwischen den Mobilfunknetzbetreibern, der Bundesregierung und den Kommunen seit 2001 getroffenen Mobilfunk-Vereinbarungen liegen jetzt als Broschüre vor. Die Dokumentation soll interessierten Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere aber all denjenigen, die am Auf- und Ausbau der Mobilfunk-Netzinfrastruktur beteiligt sind, einen schnellen Überblick über die verschiedenen Vereinbarungen zwischen den Mobilfunkunternehmen und den genehmigenden bzw. kontrollierenden Behörden geben.

Herausgeber ist das Informationszentrum Mobilfunk e. V. (IZMF) in Berlin. Die Broschüre beinhaltet alle wichtigen Dokumente sowie Gutachten, weiterführende Quellenangaben und Links.

Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden beim Informationszentrum Mobilfunk e. V. Hegelplatz 1, 10117 Berlin, Tel.: 030/209 16 98 - 0, Fax: 030/209 16 98 - 11, eMail: info@izm.de, Internet: www.izm.de

Weitere Informationen zum Thema bietet das Informationszentrum Mobilfunk e.V. unter der kostenlosen Hotline 0800 - 330 31 33 oder im Internet unter www.izm.de

Mehr Transparenz

„Mit unserem Service wollen wir für mehr Transparenz beim Thema elektromagnetische Felder des Mobilfunks sorgen“, versicherte Wiebusch. Die Ergebnisse der neuen Online-Anwendung zur Feldsimulation würden auf der Basis eines gesicherten mathematischen Modells errechnet. Das Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF) versteht sich als Ansprechpartner bei allen grundsätzlichen Fragen zur mobilen Kommunikation. Die Brancheninitiative wurde 2001 von den Mobilfunknetzbetreibern gegründet.

Wohin mit dem Klärschlamm?

Fachseminar in Pfarrkirchen diskutierte neue Modelle

„Wohin mit dem Klärschlamm? - Neue Modelle für Kommunen und Landnutzer“ lautete das Thema eines vom Bildungswerk Bund Naturschutz in Abstimmung mit dem ATV-DVWK, Landesverband Bayern, durchgeführten Fachseminars in Pfarrkirchen. Hochkarätige Experten stellten dabei Möglichkeiten der Klärschlammverwertung und -entgiftung vor und diskutierten über Zertifizierungs- und Management-Systeme.

Georg Riedl, Bezirksvorsitzender Niederbayern des Bayerischen Städtetags und Erster Bürgermeister von Pfarrkirchen, bezeichnete eingangs den „Schnellschuss Bayerns, aus der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung auszusteigen“ als falsch. Definitiv könne niemand sagen, wie die Politik in der Zukunft entscheiden werde. Es bleibe nur zu hoffen, dass die Entscheidungen „nicht auf der Emotionsebene, sondern auf der sachlichen Ebene fallen“.

Interkommunale Zusammenarbeit

Es falle schwer, so Riedl, wegen der vielen auf dem Markt befindlichen Behandlungstechniken sich einen umfassenden Überblick über die Verfahren der Schlammbehandlung zu machen. In der Zukunft werde die interkommunale Zusammenarbeit aufgrund dieser Situation noch mehr an Bedeutung gewinnen. Kommunen müssten näher zusammen rücken, um das Problem gemeinsam zu lösen. Nur so hätten sie in der Zukunft eine Chance, die Bürger nicht noch

Landkreis Pfaffenhofen:

Überzeugendes Abfallkonzept

Japanische Delegation zu Gast bei Landrat Engelhard

Eine japanische Fachdelegationsgruppe der Kagoshima University Graduate School war kürzlich zu Gast bei Pfaffenhofens Landrat Rudi Engelhard. Die Gäste informierten sich eingehend über die Abfallentsorgung im Landkreis sowie über die Zusammenarbeit des Abfallwirtschaftsbetriebs mit den Gemeinden.

Landrat Engelhard stellte das Holsystem (drei Behälter für Bioabfall, Papier und Restabfall) und Bringsystem des Landkreises (20 Wertstoffhöfe und 130 Wertstoffinseln) vor. Er informierte darüber, dass im Landkreis Pfaffenhofen a.d. lml



Landrat Rudi Engelhard.

die Bürger nur eine Gebühr für sämtliche Leistungen zahlen und dass das Ergebnis einer Umfrage das Konzept der Abfallwirtschaft „vollständig bestätigt hat“.

Landrat Rudi Engelhard: „Die Professoren der japanischen Universität überzeugte die Vorstellung unseres Grüngüterfahrsystems sowie die Förderung des Landkreises der Eigenkompostierung in den einzelnen Haushalten als Abfallvermeidungsmaßnahme. Als innovative Idee fanden sie auch das Tätigwerden der karitativen Verbände z.B. im Bereich der Altkleidererfassung.“ Weiter schilderte Engelhard, wie mit der jährlich durchgeführten „Ramadama“-Aktion der Gemeinsinn der Landkreisebevöl-

negativ auswirken und wäre „ein Irrweg“.

Bei nicht verwertbaren Abfällen oder Klärschlämmen habe der Bund Naturschutz als Alternative zur Verbrennung aus ökologischen Gründen die mechanisch-biologische Restmüllbehandlung favorisiert, die gegenüber der Verbrennung eine Reihe von verfahrensbedingten Vorteilen aufweist, fuhr Hoffmann fort. Des weiteren gebe es interessante technische Verfahren wie die Druckhydrolyse oder Nassoxidation. Bei diesen Verfahren werde der Klärschlamm unter geeigneten Bedingungen (erhöhter Druck, erhöhte Temperatur) mit Sauerstoff behandelt.

Ökologischer Vorteil

Der ökologische Vorteil bei diesen Verfahren bestehe darin, dass der energieaufwendige Prozess der Klärschlamm-trocknung wegfallen kann. Aller-

dings sei der technische Aufwand für diese Hydrolyseverfahren relativ hoch, ebenso die Störanfälligkeit, so dass sie in großem Maßstab bisher nicht zum Einsatz gekommen sei.

PURE-Klärschlamm-Vererdung

Ein Verfahren zur Entwässerung und Mineralisierung von Klärschlämmen der unterschiedlichsten Herkunft und Zusammensetzung stellte Wolf-Dieter Rausch, privater Sachverständiger in der Wasserwirtschaft, Bad Reichenhall, vor. Bei der PURE-Klärschlammvererdungsanlage wird auf der Beckensohle ein spezieller Filterkörper mit einer guten Entwässerung eingebaut und anschließend bepflanzt. Die PURE-Klärschlammvererdung ist nach Rauschs Darstellung für folgende Bereiche einsetzbar: 1. Schlamm aus kommunalen Kläranlagen, 2. Schlamm aus industriellen Produktionsprozessen und Kläranlagen, 3. Fäkalschlamm aus Drei-Kammer-Gruben, 4. Fluss- und Hafensedimentschlämme. **DK**



Dampfkessel ohne Deckel

Mit einem riesigen Autokran wurde an der Müllpyrolyseanlage Burgau (MPA) der obere Teil des Abhitzekessels entfernt. Grund ist die geplante Vergrößerung, die im Rahmen der Jahresrevision durchgeführt wird. Der 20 Jahre alte Kessel verringert die Temperatur der heißen Abgase, bevor sie in die Rauchgasfilter weitergeführt werden. Künftig führen rund 4000 Meter lange Heizschlangen die Wärme aus dem Kessel ab und erzeugen damit über die Dampfturbine Strom. Die rund 700.000 Euro teure Maßnahme soll den Eigenstromverbrauch und Kühlbedarf verringern und die Stromabgabe ins Netz erhöhen. Durch die geringere Gastemperatur am Rauchgasfilter wird dieser künftig nicht mehr so stark beansprucht. Bei der Erweiterung wird gleichzeitig das 20 Jahre alte hitzebeständige Mauerwerk im Kessel erneuert. Rund 40 Tonnen schwer ist das obere Teil des Abhitzekessels, das der Autokran mit 300 t Tragkraft samt Mauerwerk vom unteren Teil abhebt und zur Vergrößerung bereitstellt. Baukoordinator Peter Mucha vom Landratsamt Günzburg und Werkleiter Karl Schmid beobachten die Arbeiten. **Hans Joas**

Rewindo meldet 8 % Plus

Beim Kunststofffenster-Recycling sind die Deutschen Spitze

Die führenden deutschen Kunststoff-Profilhersteller, zusammengeschlossen in ihrer Recyclinginitiative Rewindo, melden ein Jahresplus von 8 Prozent bei recycelten Altfenstern aus PVC. Der Betrachtung zu Grunde liegt ein Vergleich der wiederverwerteten Altfenstermengen Ende Mai 2003 und im Mai 2002.

Für Michael Vetter, den Geschäftsführer der Rewindo GmbH, ist es ein Erfolg für die Fensterprofilbranche und auch ein Beweis für die gute Zusammenarbeit mit den Recyclingpartnern Tönsmeier Kunststoffe und VEKA Umweltechnik. Die führenden Kunststoff-Profilhersteller hatten sich 2002 zusammengetan, um mit der Gründung der Rewindo die Erreichung der Ziele der freiwilligen Selbstverpflichtung der europäischen PVC-Branche „Vinyl 2010“ zu unterstützen. Danach sollen bis zum Jahre 2005 „50 Prozent der erfassbaren verfügbaren Menge“ von Abfällen aus Fensterprofilen werkstofflich verwertet werden.

PVC punktet

Die Rewindo GmbH mit Sitz in Bonn leistet hierfür Aufklärungs- und Servicearbeit, dokumentiert die Mengenströme und prüft die Einhaltung der Qualitätskriterien. Zielgruppen sind

Neue Broschüre:

Umwelttechnologie und Umweltberatung in der EuRegio

Der Arbeitskreis „Natur- und Umweltschutz“ der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein hat vor kurzem eine neu überarbeitete Broschüre über alle Anbieter im Bereich „Umwelttechnologie und Umweltberatung“ aus der EuRegio herausgegeben. Erstellt wurde diese Broschüre von der Umweltabteilung der Wirtschaftskammer Salzburg in Zusammenarbeit mit den Landeskreisen Berchtesgadener Land und Traunstein unter Koordination durch die Geschäftsstelle der EuRegio.

Ziel der nun vorliegenden Übersicht ist es, im Sinne des Zusammenwachsens der EuRegio alle Firmen, Verbände und Organisationen, die sich mit dem Umweltschutz befassen, themenbezogen aufzulisten.

Geboten wird ein aktueller Überblick über die Vielfalt des Umwelttechnik- und Umweltberatungsangebotes für all jene Betriebe, aber auch für Behörden und andere Einrichtungen, die mit umwelt- und natur-schutzrelevanten Problemen konfrontiert sind und innovative Lösungen erwarten. Auch für die Entscheidungsträger in der Kommunal- und Landespolitik stellt diese Zusammenstellung

Fensterbauer, Abbruchunternehmen, Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften und nicht zuletzt Architekten und Bauherren. Denn wo gebaut wird, geht es auch um Fenster - bei Abbruch- und Sanierungsarbeiten um die Frage: „Wohin mit den Altfenstern aus Kunststoff?“, beim Neubau um die Entscheidung, welches Material mit welchen Vorteilen. In beiden Fällen kann PVC punkten.

Deutlicher Beleg

Die Altfenster sind nahezu vollständig recycelbar. Das wiedergewonnene sortenreine PVC Recyclat wird von den Rewindo-Gesellschaftern zurückgenommen und wieder der Fensterprofilproduktion zugeführt. Und beim Neubau bietet PVC neben Langlebigkeit, Wartungsfreiheit und Witterungsbeständigkeit seine Recyclingfähigkeit als zusätzliches Plus. Ein Plus, das sich jetzt in Zahlen ausdrückt.

Die Altfenster sind nahezu vollständig recycelbar. Das wiedergewonnene sortenreine PVC Recyclat wird von den Rewindo-Gesellschaftern zurückgenommen und wieder der Fensterprofilproduktion zugeführt. Und beim Neubau bietet PVC neben Langlebigkeit, Wartungsfreiheit und Witterungsbeständigkeit seine Recyclingfähigkeit als zusätzliches Plus. Ein Plus, das sich jetzt in Zahlen ausdrückt.

Umwelttechnologie und Umweltberatung in der EuRegio

Der Arbeitskreis „Natur- und Umweltschutz“ der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein hat vor kurzem eine neu überarbeitete Broschüre über alle Anbieter im Bereich „Umwelttechnologie und Umweltberatung“ aus der EuRegio herausgegeben. Erstellt wurde diese Broschüre von der Umweltabteilung der Wirtschaftskammer Salzburg in Zusammenarbeit mit den Landeskreisen Berchtesgadener Land und Traunstein unter Koordination durch die Geschäftsstelle der EuRegio.

Ziel der nun vorliegenden Übersicht ist es, im Sinne des Zusammenwachsens der EuRegio alle Firmen, Verbände und Organisationen, die sich mit dem Umweltschutz befassen, themenbezogen aufzulisten.

Geboten wird ein aktueller Überblick über die Vielfalt des Umwelttechnik- und Umweltberatungsangebotes für all jene Betriebe, aber auch für Behörden und andere Einrichtungen, die mit umwelt- und natur-schutzrelevanten Problemen konfrontiert sind und innovative Lösungen erwarten. Auch für die Entscheidungsträger in der Kommunal- und Landespolitik stellt diese Zusammenstellung

VKU-Verbandstagung in Mannheim:

Stadtwerke erfolgreich und selbstbewusst im Wettbewerb

Verschmelzung mit Verband der Kommunalen Abfallwirtschaft

Die nahezu 1.000 im Verband kommunaler Unternehmen organisierten Stadtwerke in Deutschland sehen sich in den nächsten Monaten nicht nur durch Vorhaben der nationalen Politik, sondern auch durch Pläne der EU vor erhebliche Herausforderungen gestellt: „Das bereits vom EU-Parlament verabschiedete Unbundling, also die Aufspaltung der Querverbundunternehmen in mehrere Einheiten, eine drohende Zwangsausschreibung öffentlicher Dienstleistungen und die Pläne zur Liberalisierung der Trinkwasserversorgung können zu einer nachhaltigen Veränderung der Stadtwerklandschaft führen“, erklärte Präsident OB Gerhard Widder in einem Pressegespräch anlässlich der VKU-Verbandstagung in Mannheim.

„Und von Europa kommt auch die für den 01. Juli 2004 anstehende Regulierung der Strom- und Gasmärkte“, so Widder.

Rechtssicherheit vonnöten

Die hierfür notwendige Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes müsse allen Marktakteuren in erster Linie Rechtssicherheit vermitteln. Deshalb trete der VKU für eine normative Regulierung ein, wobei die Regeln des Netzzugangs für Strom und Gas sowie die

Berechnungsmethoden der Netzentgelte durch Gesetz- und Verwaltungsgeber festgelegt werden sollten. Vollzug und Überwachung dieser Regeln den Regulierungsbehörden obliege. Durch die Regulierungspraxis müsse die Sicherheit der Netze gewährleistet und auch zukünftig ausreichende Investitionen in die Netzinfrastruktur und den Netzausbau ermöglicht werden.

Zu den Wettbewerbsüberlegungen der EU im Bereich der Wasserwirtschaft sagte Widder: „Wir wollen Modernisierung

statt Liberalisierung“. Den Überlegungen der EU, auch die Wasserversorgung - ähnlich wie Strom und Gas - für den Wettbewerb zu öffnen, würde der VKU klar entgegenstehen. Widder: „Trinkwasser ist unser Lebensmittel Nummer 1 und kann nicht wie eine normale Handelsware behandelt werden“. Hier dürfe es weder einen Durchleitungswettbewerb noch eine zwingende Ausschreibung der Versorgungskonzessionen geben. Die Kommunen müssten weiterhin allein entscheiden dürfen, wer für diese Dienstleistung zuständig sein soll.

Im Wettbewerb behauptet

Die kommunalen Ver- und Entsorgungsunternehmen hätten sich im Wettbewerb gut behaupten können, so Widder. Sie seien nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in der Region. Durch Kundenorientierung, Kostensenkung und Kooperation hätten sie ihren Anteil an der Stromversorgung (43 %) und an der Gasversorgung (70 %) im Wettbewerb sogar noch ausbauen können. Nur 2 % der Stadtwerke-Kunden hätten ihren Lieferanten in dieser Zeit gewechselt und man habe - wie aktuelle Umfragen zeigen - die ohnehin

starke Kundenbindung weiter verbessern können. Mit einem Umsatz von 50 Milliarden Euro und 164.000 Beschäftigten seien die kommunalen Unternehmen nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Investor und Auftraggeber für das örtliche Handwerk und Gewerbe. Auch wenn es bei vielen Stadtwerken bereits private Anteilseigner gebe, so sei der Trend zu horizontalen Kooperationen ungebrochen: In ca. 50 Zusammenschlüssen hätten sich bereits mehrere Hundert Stadtwerke z.B. zum gemeinsamen Stromeinkauf, Handel oder Vertrieb entschlossen. Das verstärkte Selbstbewusstsein der kommunalen Unternehmen zeige sich beispielsweise auch darin, dass die Firmen Bayerngas und Gelsenwasser jetzt von Stadtwerken übernommen wurden und die Stadt Leipzig den 40 %-Anteil des RWE-Konzerns zurückgekauft habe.

Erweiterte Kompetenz

Nach der Verbandstagung wird der VKU zukünftig die Interessen von über 1.400 kommunalen Unternehmen wahrnehmen. Mit Beschluss der Mitgliederversammlung werde nämlich der Verband Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (VKS) unter das Dach des VKU kommen. Der traditionsreiche, über 90 Jahre alte VKS, bringe etwa 400 kommunale Unternehmen und Regiebetriebe in den VKU ein und erweitere damit dessen Kompetenz und Aufgabebereich um die so gewichtige Sparte der Abfallwirtschaft. ☞

Öko-Power aus der Gelben Tonne:

Neue Werbekampagne des Grünen Punkts

Strom kommt aus der Steckdose - oder aus der Gelben Tonne. Die neue Werbekampagne des Grünen Punkts lenkt den Blick auf das Wesentliche: Im Mittelpunkt der TV-Spots und Anzeigen, die jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, steht der Umweltnutzen des Verpackungsrecyclings.

Überraschende Bilder und klare Worte machen deutlich, was das Engagement der Verbraucher bei der täglichen Abfalltrennung bewirkt. Unter anderem konnten durch ihre Mithilfe im vergangenen Jahr 6,3 Milliarden Kilowattstunden elektrischer Energie eingespart werden - so viel wie die Privathaushalte in München, Hamburg und Köln jedes Jahr an Strom verbrauchen. Das Motto der Kampagne lautet daher auch: „Danke. Grüner Punkt AG“. Die Gelbe Wertstofftonne wird zum Energielieferanten, die Steckdose zum Sinnbild für das Potenzial des Grünen Punkts.

„Der Nutzen, den unsere Arbeit für Umwelt und Gesellschaft darstellt, wird durch die

ungewöhnliche Inszenierung greifbar“, sagte Hans-Peter Repnik, Vorstandsvorsitzender des Grünen Punkts, im Rahmen der Pressekonferenz in Köln. Die Gelbe Tonne sei ein starkes Symbol für die zuverlässige Leistung des Dualen Systems zu Gunsten des Ressourcenschutzes. Gleichzeitig stehe sie für das Zusammenspiel zwischen dem Grünen Punkt und den Verbrauchern. „Diese gewachsene Beziehung zu unserer Premiummarke wollen wir weiter stärken, indem wir unseren Grünen Punkt mit konkreten Leistungen positiv aufladen, und ihre Relevanz für die Umwelt verdeutlichen“, so Repnik. „Die Kampagne soll die Bevölkerung motivieren, sich auch künftig freiwillig an einer sorgfältigen Mülltrennung zu beteiligen, und gleichzeitig ihren Beitrag würdigen.“

Umfassende Neuausrichtung

Der neue Werbeauftritt ist Teil einer umfassenden Neuausrichtung und Modernisierungsstrategie des Dualen Systems und unterstreicht die Positionierung als Marktführer, der hinter dem Grünen Punkt und der Gelben Tonne steht. Daher sollen auch die ökologischen und ökonomischen Leistungen des Grünen Punkts offensiver dargestellt werden. Im Rahmen des „Innovationskonzepts 2007“ verfolgt das Unternehmen das Ziel, die ökonomische und ökologische Effizienz des Verpackungsrecyclings weiter zu steigern, um den Verbrauchern an jedem Ort in Deutschland Entsorgungskomfort und -sicherheit zu günstigen Preisen bieten zu können. ☞

Info-Zentrum für Natur-Juwel „Donauried“

Bächingen/Mertingen - „Das ‘Mooseum’ ist nicht nur ein Museum, sondern eine aktive Begegnungsstätte für die Menschen im Donauried“, betonte Umweltminister Schnappauf bei der Eröffnung des neuen Natur-Informationszentrums in Bächingen, Lkr. Dillingen a.d. Donau. Das Info-Zentrum, das mit über 500.000 Euro vom Umweltministerium bezuschusst wurde, soll die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den hohen ökologischen Wert des 400 Quadratkilometer großen Donaurieds lenken.

Bayern vervollständigt mit dem neuen Info-Haus die Naturschutz-Bildungsstätten entlang des zweitgrößten Stroms Europas. Im Westen mit dem schwäbischen „Mooseum“ beginnend, informieren donauabwärts die Donaumoos-Umweltbildungsstätte „Haus im Moos“ im Lkr. Neuburg/Schrobenhausen, das Umweltzentrum Ingolstadt, das Regensburger Umweltbildungszentrum „Forum Umwelt und Natur (FUN)“, das Umweltzentrum „Schloss Wiesenfelden“ bei Straubing, das Deggendorfer „Infohaus Isarmündung“ sowie das „Haus am Strom“ bei Passau über die einmalige Donau-Flusslandschaft. Das „Grüne Band“ entlang der Donau ist die wichtigste europäische Biotopverbundachse vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer.

„Mertinger Höll“

Schnappauf informierte sich im Anschluss an die „Mooseums“-Eröffnung über den Fortgang der Renaturierungsmaßnahmen in der „Mertinger Höll“, einem rund 700 Hektar großen Niedermoor zwischen dem Zusam und Schmutter im Landkreis Donauwörth. Knapp 780.000 Euro erhält dafür der Bund Naturschutz aus dem Bayerischen Naturschutzfonds bis 2004. Die „Höll“ hat landesweite Bedeutung als Rast- und Überwinterungsgebiet seltener Vogelarten wie Kornweihe,

Sumpfohreule oder Kranich sowie als Brutgebiet für Röhricht- und Wiesenbrüter.

Großes Engagement

Nach den Worten Schnappaufs hat der Freistaat in den letzten vier Jahren viel für das schwäbische Donauried getan: Bei Blindheim/Gremheim wurden für 2,7 Millionen Euro rund 130 Hektar in Biotopverbundflächen umgewandelt. Bei Pfaffenhofen werden für knapp 3,5 Millionen Euro rund 120 Hektar Fläche für den Natur- und Hochwasserschutz erworben. Darüber hinaus wird die Anstellung eines Naturschutz-Projektmanagers zunächst bis Ende 2004 für die Koordinierung der Umsetzungsmaßnahmen mit 125.000 Euro gefördert.

Wesentliche Ziele

Seit 1999 wird intensiv an der Umsetzung des vom Bayerischen Landtag veranlassenen „Gesamtökologischen Gutachtens“ für das Donauried gearbeitet. Wesentliche Ziele sind erstens für die hier lebende Bevölkerung mit 1.700 landwirtschaftlichen Betrieben eine ressourcenschonende Nutzung langfristig zu gewährleisten, zweitens durch temporäre Auwald-Überflutungen den Hochwasserschutz zu verbessern und drittens die Niedermoores und Streuwiesen als Lebensräume seltener und gefährdeter Arten zu erhalten. ☞

Kommunale Altdeponien:

Entscheidende Weichenstellung

Erfreut zeigte sich der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, über die Mitteilung des Bayerischen Innenministers, Dr. Günther Beckstein, dass jetzt im Auftrag des Ministerrats eine Gesetzesvorlage für ein Gesamtkonzept zur Finanzierung der Erkundung und Sanierung kommunaler Altlasten erarbeitet wird.

„Dies ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer akzeptablen Finanzierung der Altlastenproblematik. Damit wird den Gemeinden geholfen und zugleich ein wertvoller Beitrag für eine intakte Umwelt geleistet“, sagte Brandl. „Die beharrliche Überzeugungsarbeit unseres Verbands über 1 1/2 Jahrzehnte hat endlich Früchte getragen.“

Finanzierungslösung

In Bayern existieren mehr als 7.000 (bereits geschlossene) kommunale Altdeponien. Für ca. 20 Prozent von ihnen besteht Sanierungsbedarf, um Gefährdungen für Boden und Grundwasser für die Zukunft sicher auszuschließen. Nach jetzigem Recht sind die kreisangehörigen Gemeinden als ehemalige Betreiber für die Untersuchung und Sanierung der alten Müllkippen zuständig. Nach einer groben Kostenschätzung betragen die hierfür notwendigen Kosten ca. 1,3 Mrd. Euro.

Als Finanzierungslösung vorgesehen ist eine Kombination aus einer gemeinsamen Finanzierung für die vor Juni 1972 geschlossenen Deponien durch Staat und Kommunen (Kooperationsmodell) und aus einer Finanzierung für die nach Juni 1972 geschlossenen Altdeponien über Abfallgebühren (Gebührenmodell). „Wir haben diese Finanzierungslösung selbst entwickelt und sehen darin ein Zukunftsmodell für die Sanierung von Altlasten“, betonte Brandl.

Geringstmögliche Belastung für Gemeinden

Im Gesetzesverfahren wird sich der Bayerische Gemeindetag dafür einsetzen, die Belastung für die Gemeinden und die Bürger so gering wie möglich zu halten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, dass - angesichts der enormen Kosten - ein Sanierungsprogramm nach Prioritäten gestaffelt und über einen langen Zeitraum gestreckt werden muss. ☞

Dosenpfand:

Verbraucherfreundliche Lösung in weiter Ferne

Umweltminister Schnappauf: Ungereimtheiten bei rot-grünem Dosenpfand bleiben bestehen

Als Augenauswischerei bezeichnete Umweltminister Werner Schnappauf die Feststellungen von Bundesumweltminister Trittin, wonach mit dem Start der Rücknahmesysteme für Einwegdosen und -flaschen die Zettelwirtschaft ein Ende gefunden hat und das Dosenpfand einfach wird.

Die Bundesregierung ist offensichtlich nicht in der Lage, das Pfand-Chaos ebenso wenig wie das Maut-Chaos zu beseitigen. Nachdem die EU-Kommission erst darüber entscheiden wird, ob sie rechtlich gegen das deutsche Dosenpfand vorgeht, nimmt das Pfand-Chaos seinen weiteren Lauf. Das Bundesumweltministerium gaukelt dem Verbraucher durch den Slogan „Wer Einweg verkauft, muss Einweg zurücknehmen“ eine heile Welt vor. Doch vier konkurrierende Rücknahmesysteme und fünf Insellösungen sprechen eine andere Sprache.

Nach den Worten Schnappaufs ist die Leidensfähigkeit der Bürger angesichts der dilettantischen Berliner Politik allmählich erschöpft. „Die Bundesregierung muss endlich ein Konzept vorlegen, damit es für den Bürger einfacher wird“, so der Minister. Das Verbraucherverhalten in Bayern ist ausgesprochen umweltbewusst. Bayerns Bürgerinnen und Bürger sind inzwischen zu wahren Profis im Mülltrennen und -vermeiden geworden. Jeder einzelne produziert heute jährlich 41 kg weniger Abfall als noch vor zehn Jahren. „Aber irgendwann reißt der Geduldssaden. Trittin ist gefordert, den Bürger als Umweltschützer mit ins Boot zu holen, und nicht durch chaotische und schikanöse Regelungen zu vergraulen“, so Schnappauf.

Das Bayerische Umweltministerium hat als Bürger-Service die wichtigsten Fragen und Antworten zum Dosenpfand ins Internet eingestellt unter: <http://www.umweltministerium.bayern.de/aktuell/topthem/dosen.htm> ☞

Überzeugungsarbeit für nachhaltiges Handeln

Die neue Werbekampagne: Grüner Punkt sagt „Danke“ für das Umweltengagement der Verbraucher

Der ökologische Erfolg des Verpackungsrecyclings hängt in hohem Maße von der Bereitschaft der Bürger ab, zu Hause ihren Abfall zu trennen. Die Information und Motivation der Verbraucher spielt deshalb eine bedeutende Rolle in der Unternehmenskommunikation des Grünen Punkts. Heute sind 98 Prozent der Menschen in Deutschland mit dem Grünen Punkt vertraut. Er hat sich 13 Jahre nach seiner Einführung zu einer starken Premiummarke entwickelt.

„Die Abfalltrennung ist weitgehend akzeptiert, doch viele Verbraucher wissen noch nicht, was ihr Beitrag für den Umweltschutz konkret bewirkt. Das sollen sie erfahren, damit sie in ihrem umwelt-schonenden Verhalten bestärkt werden“, sagt Dr. Heike Schiffler, Direktorin Kommunikation und Marketing beim Dualen System. „Deshalb sprechen wir in unserer neuen Werbekampagne weniger über uns als viel mehr über die gemeinsame Leistung mit den Bürgern für die Umwelt.“

Alltagsbeispiele

Bereits im Rahmen seiner Umwelterfolgsbilanz hat das Duale System konkrete Alltagsbeispiele für den Nutzen von Abfalltrennung und Recy-

ling veröffentlicht. Ziel der Kampagne ist es daher auch, die Menschen einzubeziehen und zur aktiven Unterstützung des Projekts Nachhaltigkeit zu bewegen, indem der Erfolg des Grünen Punkts als ihr Erfolg dargestellt wird. Die neue Kampagne ist eine konsequente Weiterentwicklung dieser Erkenntnis. So heißt es in einem der Anzeigentexte: „Durch Ihre Mithilfe konnten allein im letzten Jahr 360.000 Tonnen Erdöl eingespart werden. Danke. Grüner Punkt AG.“

Gelbe Tonne

Der neue Werbeauftritt ist Teil einer umfassenden Neuausrichtung und Modernisierungsstrategie des Dualen Systems und unterstreicht die

Positionierung als Marktführer, der hinter dem Grünen Punkt und der Gelben Tonne steht. Daher sollen auch die ökologischen und ökonomischen Leistungen des Grünen Punkts offensiver dargestellt werden.

Innovationskonzept 2007

Im Rahmen des „Innovationskonzepts 2007“ verfolgt das Unternehmen das Ziel, die ökonomische und ökologische Effizienz des Verpackungsrecyclings weiter zu steigern, um den Verbrauchern an jedem Ort in Deutschland Entsorgungskomfort und -sicherheit zu günstigen Preisen bieten zu können. Um dies zu erreichen, konzentriert sich auch die Kommunikation auf diese Stärken: die messbare Leistung des Unternehmens und die besondere Relevanz des Grünen Punkts für Bürger und Umwelt.

Die Inszenierung ist ebenso einfach wie überraschend. Vor einer farblich surreal anmutenden Naturkulisse - redu-

ziert auf eine sehr grüne Wiese und einen sehr blauen, weiten Horizont - verkörpert die Gelbe Tonne sowohl die Funktionsweise als auch den Nutzen von Kreislaufwirtschaft und Verpackungsrecycling. Die Wiederverwertung zum Beispiel der gebrauchten Plastikbecher, Getränkekartons und Aludeckel, die in der Gelben Tonne gesammelt werden, spart Energie und hilft bei der Reduzierung klimaschädlicher Treibhausgase.

Anzeigenmotive

Drei verschiedene Anzeigenmotive übersetzen diese Informationen in eine konkrete Zeichensprache: Die Wertstofftonne wird durch den symbolischen Anschluss von Steckdose und Zapfpistole zur Energiequelle oder steigt als Klima-Ballon in den klaren Himmel. Der positive Effekt des Verpackungsrecyclings wird anfassbar, erlebbar und dadurch relevanter für jeden Einzelnen. In drei entsprechenden Fernsehspots wird diese Wirkung noch verstärkt, indem die Protagonisten das Potenzial der Gelben Tonne für ihre persönlichen Bedürfnisse nutzen: als Tankstelle, als Stromlieferant für den Rasenmäher, als Luftballon für die unbeschwertere Freude an der Bewegung in einer intakten Natur.

Herz und Hirn

Die Kampagne verknüpft das Synonym des Grünen Punkts, die Gelbe Tonne, mit einer positiven, emotionalen Bildsprache und mit dem konkreten, individuellen Vorteil nachhaltigen Handelns. Herz und Hirn werden angesprochen um zu vermitteln, was den Grünen Punkt zu einem ganz besonderen Unternehmen macht, nämlich die konsequente Orientierung an Öko-effizienz, am Schutz der Umwelt und am Nutzen für die Bürger. Ab dem 4. Oktober 2003 wurden die TV-Spots bundesweit über die öffentlich-rechtlichen sowie die reichweitenstärksten Privatsender ausgestrahlt. Starttermin für die Printkampagne in den bekannten Wochenmagazinen war der 6. Oktober.

Ballungsgebiete zu vermeiden. Andererseits gibt es Gebiete, wo ausgewiesene Gewerbeflächen ungenutzt liegen, weil die notwendige Verkehrerschließung verhindert wird. Der Verfassungsauftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen erfordert auch die Schaffung der notwendigen Infrastruktur, die immer auch mit Flächenverbrauch verbunden ist. Es gibt in Bayern auch noch Gebiete wo man gerne etwas mehr Flächen verbrauchen würde.

Erhoffte Gewerbesteuer

Die Ausweisung neuer Gewerbegebiete in den Gemeinden erfolgt nicht immer nur wegen der Arbeitsplätze. Ein Hauptgrund ist die erhoffte Gewerbesteuer. Die vielfach geforderte Abschaffung dieser Steuer würde sicher die Bereitschaft zur Ausweisung von Gewerbeflächen besonders in kleineren Gemeinden verringern. Die Gründe, warum Gemeinden ortsgebundene Handwerks- und Gewerbegebiete an den Ortsrand aussiedeln und dafür Gewerbeflächen ausweisen, sind meist eine notwendige Erweiterung die im Ort nicht mehr möglich ist, vor allem aber die Emissionen, die von diesen Betrieben ausgehen und die vielen Bürger nicht mehr hinzunehmen bereit sind.

Vergabeunterlagen für Baufirmen:

Ab sofort auch über Internet

Die Vergabeplattform „www.vergabe.bayern.de“ ist ab sofort im Internet für die Öffentlichkeit freigeschaltet. Mit ihr wickelt die Hochbauverwaltung des Freistaats Bayern Vergabeverfahren für Bauaufträge nach der „Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen“ (VOB) auch elektronisch über das Internet ab.

Die neue Lösung für die digitale Ausschreibung und Vergabe vereinfacht und verkürzt die Arbeitsabläufe bei Vergabeverfahren erheblich. „Sie ist damit ein wichtiger Beitrag zur Verfahrensbeschleunigung. Zugleich kommt mit der elektronischen Bauauftragsvergabe eine innovative Anwendung und Technologie zum Einsatz, die auch für andere Bereiche der elektronischen Datenverarbeitung zukunftsweisend ist“, freut sich Innenminister Dr. Günther Beckstein. Die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern rechnet mit großem Interesse seitens der Bauwirtschaft. Dies hat sich bereits anlässlich von Infoveranstaltungen in diesem Sommer gezeigt.

Zunächst werden die Bauausschreibungen der staatlichen Hochbauämter Landshut und Bad Kissingen und der Universitätsbauämter Würzburg und Regensburg digital zu beziehen sein. Zug um Zug sollen alle staatlichen Bauämter des Freistaats an das System angeschlossen werden.

Recherche und Bearbeitung

Ab sofort haben Baufirmen die Möglichkeit, kostenfrei nach Bekanntmachungen zu öffentlichen Vergabeverfahren der Hochbauverwaltung zu recherchieren und sich nach Aufforderung die Vergabeunterlagen in digitaler Form über das Internet auf ihre Rechner zu laden. Die Bearbeitung von Formularen und Leistungsverzeichnissen erfolgt mit Ausfüllhilfen, Prüfroutinen und Hinweisen zu etwaigen Formfehlern. Ihre verbindlichen Angebote senden die Firmen dann per Internet an das Rechenzentrum zurück, wobei sie die Dateien mit Hilfe einer persönlichen Signaturkarte digital unterschreiben und verschlüsseln. Das zuständige Hochbauamt ruft zum Eröffnungstermin alle digitalen Angebote vom Rechenzentrum ab. „Die oft voluminösen Ausdrücke auf Papier werden nicht mehr benötigt. Das herkömmliche Verfahren bleibt dennoch daneben erhalten, damit Firmen nicht be-

nachteiligt werden, die noch keinen Anschluss an das Internet haben“, so Beckstein.

Die Vergabeplattform www.vergabe.bayern.de umfasst eine ganzheitliche Lösung und ermöglicht den durchgängigen Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in allen Schritten des Vergabeverfahrens. Durch einfachere Arbeitsabläufe lassen sich Kosteneinsparungen in der Verwaltung und bei den Baufirmen erzielen. Für letztere ergeben sich geringe einmalige Kosten für die Einrichtung eines Zugangs zur Plattform einschließlich benötigter Software und Nutzung der Hotline in Höhe von 25 Euro zuzüglich Umsatzsteuer sowie Kosten für die Ausstattung mit Signaturkarte (ca. 65 Euro) und Lesegerät (zwischen ca. 50 und 100 Euro). Eine Gebühr für die Nutzung des Systems und den Down- und Upload der Vergabeunterlagen wird nicht erhoben.

Projektpartner

Der Freistaat Bayern investiert in die Bereitstellung und Pflege der Software, die Einführung des Systems sowie den zunächst zweijährigen Betrieb rund 650.000 Euro. Projektpartner sind die Firma T-Systems - verantwortlich für den Betrieb im Rechenzentrum - sowie als Subunternehmer das Softwarehaus ventasoft GmbH - verantwortlich für die Programmierung der Anwendung. Das Rechenzentrum der T-Systems ist mit umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen geschützt. Der Zugriff ist nur von autorisierten Anwendern möglich. Die ständige Protokollierung des elektronischen Ablaufs macht die Verfahren transparent und nachvollziehbar.

Die Vergabeplattform stellt die Kommunikation zwischen Bauämtern und Baufirmen im Rahmen von Vergabeverfahren nach VOB auf eine moderne elektronische Basis. Ihr kommt deshalb innerhalb der Initiative „E-Government“ der Bayerischen Staatsregierung eine besondere Bedeutung zu.

Kommentar:

Flächensparen - wo und wie?

Von Lambert Huber, Bürgermeister a.D.

Eine wichtige Forderung im Umweltpapier der CSU „Schützen und Gestalten“, das auf dem Parteitag in Nürnberg beschlossen wurde, ist die Reduzierung des anhaltenden Flächenverbrauches. Mit einem „Bündnis zum Flächensparen“ wollen Staatsregierung und Kommunale Spitzenverbände eine Trendwende im Flächenverbrauch - laut Medienberichten täglich 28 ha - erreichen. Die „Grünen“ haben das Thema Flächenverbrauch mit der Aussage, dass Bayern jährlich eine Fläche von der Größe von Chiemsee und Tegernsee „verbraucht“ zum Schwerpunktthema für ihren Landtagswahlkampf gemacht.

Es stellt sich nun für mich als langjährigen Kommunalpolitiker die Frage, ob jede Landnutzung für die Bedürfnisse der Menschen mit „Verbrauch“ gleichzusetzen ist und wie groß dieser Verbrauch im Verhältnis zur Landesfläche wirklich ist.

Raumordnungsbericht

Entsprechend dem Raumordnungsbericht der Staatsregierung sind 5 % der Landesfläche Gebäude- und Betriebsflächen und 4,4 % Verkehrsfläche, aber immer noch um die 90 % freie Landschaft, die sich aus Landwirtschafts- und Waldflächen und anderen Grünflächen zusammensetzt natürlich mit erheblichen Unterschieden in den Regionen des Landes.

90 Prozent freie Landschaft

So verfügt die Industrieregion 7 (Nürnberg) nur noch über 84 % freier Landschaft und hat zusammen fast 15 % Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsflächen, während die Region 13 (Landshut) noch 91,5 % freie Landschaft hat und nur 6,6 % „verbrauchte“ Flächen. Es ist somit gelungen, Bayern von einem Agrarstaat zu einem modernen Industriestaat zu entwickeln und trotzdem noch 90 % freie Landschaft zu erhalten. Eine Leistung, die man bei aller berechtigten Sorge um den Flächenverbrauch nicht verschweigen sollte.

Ansichtssache

Verbraucht für die Land- und Forstwirtschaft sind sicher Bau- und Verkehrsflächen. Ob diese Flächen als ganzes auch für die Landschaft und den Naturhaus-

halt verbraucht sind, ist eine andere Frage. Straßen sind in der Regel großzügig eingegrünt und die statistisch erfassten Verkehrsflächen sind meist höchstens zur Hälfte zugeteert. Der Rest sind Grünflächen und bepflanzte Böschungen, die zwar keine Biotope darstellen, aber doch die Landschaft bereichern.

Mehr Natur ums Haus

Das gleiche gilt für Bauflächen. Gerade im ländlichen Raum bestehen die Siedlungen nur zu einem geringen Teil aus überbauten und versiegelten Flächen. Ein natürlich gestalteter Hausgarten, der groß genug ist für ein paar Obstbäume mit Sträuchern und Hecken, ist sicher kein Verlust für den Naturhaushalt. Siedlungen dieser Art sind oft Rückzugsgebiete für Vögel und andere Arten, die in der intensiv genutzten Kulturlandschaft wenig Lebensraum finden. Dort, wo es die Baulandpreise noch erlauben, sollte man deshalb bei der Bauleitplanung den Menschen etwas mehr Natur ums Haus gönnen, auch wenn damit mehr Land verbraucht wird. In den städtischen Verdichtungsräumen sorgen die Grundstückspreise dagegen von selbst für einen sparsamen Landverbrauch.

Appelle an die Gemeinden

Die Appelle zur Eindämmung des Flächenverbrauchs richten sich vor allem an die Städte und Gemeinden. Wenn man erlebt, dass um eine Autobahnausfahrt im Umkreis von 6 km in fünf Gemeinden 5 neue Gewerbegebiete ausgewiesen wurden, die zum großen Teil leerstehen, so sind diese Appelle nicht ganz

unberechtigt.

Diejenigen, die den Landverbrauch so sehr beklagen, sollten aber die Schuld nicht immer nur bei den Kommunen suchen. Es gibt eine Reihe von Gründen und Ursachen über die man auch nachdenken sollte. Obwohl Deutschland eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt ist, machte man es zum Einwanderungsland. Wir leisten uns einen Wohnraumverbrauch der inzwischen in Bayern bei über 40 Quadratmeter Wohnfläche je Einwohner liegt. In über der Hälfte aller Wohnungen in München wohnt nur eine Person. Immer mehr Bürger können sich für ihre Freizeit einen Zweitwohnsitz leisten und die Gestaltung der zunehmenden Freizeit beansprucht ebenfalls immer größere Flächen.

Versäumnisse

Natürlich haben die Gemeinden und Städte mit ihrer Planungshoheit gewisse Möglichkeiten in ihrem Gebiet mit den Flächen sparsam umzugehen. Es ist richtig, dass man vor Ausweisung neuer Bau- und Gewerbeflächen dafür sorgen sollten, dass vorhandene Flächen zuerst genutzt werden, leider hat der Gesetzgeber den Gemeinden kaum brauchbare Möglichkeiten gegeben, dies zu erzwingen. Viele bayerische Gemeinden haben es trotzdem geschafft, brachliegendes Bauland zu vermeiden, indem sie die Baulandabwicklung selbst in die Hand genommen und die rechtzeitige Bebauung vertraglich gesichert haben - Beispiele, die noch mehr Schule machen sollten.

Unterschiedliche Lagen

Die schwierige Frage, wo man noch neue Gewerbegebiete ausweisen soll und darf, kann wohl nicht einheitlich für das ganze Land beantwortet werden. Wir kennen die Forderung die Arbeit zu den Menschen zu bringen, um unnötigen Verkehr und die Abwanderung in die

Gemeinden lagern zunehmend ihre Pflegearbeiten aus

Kommunal-Fahrzeuge werden immer mehr von Dienstleistungsfirmen gekauft/Fendt erhöht im nächsten Jahr die Preise

Seit 35 Jahren bietet der Allgäuer Schlepperhersteller Fendt, der technisch zu den Weltmarktführern gehört, als Spezialist auch Traktoren für Kommunal- und Gewerbetchnik an. Im Jahre 2002 hat er von diesen Maschinen 328 an Städte und Gemeinden, Landschaftspfleger sowie an Bau- und Lohnunternehmer verkauft. In diesem Jahr dürfte eine ähnlich Stückzahl erreicht werden. Dabei hat die Agco GmbH & Co OHG, Marktoberdorf - so heißt Fendt seit seinem Verkauf durch die Fendt-Familie 1997 an den US-Landmaschinen-Konzern Agco - festgestellt, dass immer seltener die Gemeinden selbst die Fahrzeuge kaufen. Oft sind die zu erledigenden Arbeiten ausgelagert an Lohnunternehmer und Dienstleistungsfirmen, die dann als Käufer der Kommunalfahrzeuge auftreten.

Fendt-Kommunalfahrzeuge gibt es in der Stärke von 50 bis 310 PS. Inzwischen werden auch Schmalspurtraktoren angeboten, die nicht nur für den Wein- und Obstbau geeignet

ren werden können und dürfen.

Die Systemfahrzeuge sind besonders als Pflegemaschinen geeignet. So wird in Verbindung mit einem dreiteiligen Schlegel-Mulchgerät Gras auf ausge-

birgt sich eine technisch perfekte Betreuung der Schlepper auf Basis von Wartungs- und Serviceverträgen mit von Fendt zertifizierten Werkstätten. Außerdem bietet das System eine Verlängerung der Gewährleistungszeiten. Zur Spitzentechnik von Fendt, das Agco, dem drittgrößten Landmaschinen-Hersteller der Welt, als Technologiezentrum dient, gehört die über Satelliten gesteuerte Autoguide-Spurführung, die ein besonders exaktes Arbeiten und eine genaue Kostenfassung für die bearbeitete Fläche ermöglicht.

Mit diesen technischen Leistungen hat Fendt auch wirtschaftlichen Erfolg. Das Allgäuer Unternehmen ist und bleibt eine Perle im Agco-Konzern. Zwar lassen die Amerikaner es nicht zu, dass Ertragszahlen genannt werden, sie waren aber jetzt bei der Fendt-Presskonferenz in Marktoberdorf immerhin zu der Aussage bereit, dass Fendt „einen sehr, sehr großen Beitrag zu Agco“ leistet. Hermann Merschroth, für den Vertrieb zuständiger Fendt-Geschäftsführer: „2002 war ein gutes Jahr für uns und der Mutterkonzern war sehr zufrieden.“

Trotz des Jahrhunderthochwassers und der daraus resultierenden schlechten Ernte in diversen Regionen stiegen 2002 die Schlepper-Verkäufe bei Fendt um 6 % auf 10 709 Einheiten. Dabei nahm der Export

um 11,6 % auf 5907 Einheiten zu, wodurch die Exportquote auf 55 (52) % stieg. Das sicherte mit unverändert 18 % Marktanteil den zweiten Platz in der Zulassungsstatistik. In Westeuropa beträgt der Marktanteil von 5,5 bis 6 %.

Da der Trend zu höherwertigen Fahrzeugen anhält, nahm 2002 der Umsatz um 12 % auf 706 Mio. Euro zu. 95 % der Erlöse stammen aus dem Verkauf von Traktoren, der Rest aus dem Vertrieb von Erntemaschinen (Mährescher, Ballenpressen) aus dem Agco-Sortiment sowie von der Kemptener Maschinenfabrik mit den Sparten Gabelstapler-Vertrieb und Hydraulik. Das Allgäuer Unternehmen mit seinen 2713 (2755) Mitarbeitern hat 2002 in Forschung und Entwicklung 18 Mio. Euro gesteckt und 19 Mio. Euro investiert, was „deutlich über den Abschreibungen liegt“.

Finanzschwäche

Die zum Teil extreme Trockenheit in diesem Jahr, aber auch die Beschlüsse des EU-Agrarrats und die gescheiterten WTO-Verhandlungen haben die Investitionsbereitschaft der Landwirtschaft negativ beeinflusst. Und die Kommunen ähneln unter ihrer Finanzschwäche. So sind die Märkte zum Teil erheblich unter Druck. „Dennoch“, so Merschroth, „gehen wir davon aus, dass wir 2003 die Absatzzahlen des vergangenen Jahres übertreffen können und auf rund 10 800 verkaufte Einheiten kommen.“ Im Kommunalgeschäft werde der Absatz stabil bleiben. Zur Umsatzsteigerung dürfte beitragen, dass im kommenden Jahr die Preise linear um 2 % erhöht werden. dho

Jahrestagung der Bayerischen Obst- und Gartenbauvereine:

Gemeinsame Gestaltung der Heimat

Am 20. September 2003 kamen zur Jahrestagung des Bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege e. V. Delegierte und Abordnungen der Kreisverbände, die über 523.000 Mitglieder aus mehr als 3.300 Obst- und Gartenbauvereinen in ganz Bayern repräsentieren, in der Kurhalle von Bad Bocklet zusammen.

Unter dem Motto „Gartenbauvereine und Kreisfachberatung - Heimat gemeinsam gestalten“ stand sowohl die öffentliche Kundgebung als auch die satzungsgemäße Mitgliederversammlung der Jahrestagung. Mittelpunkt der von Verbandspräsident Manfred Nagler geleiteten und vom Jugendmusikcorps Bad Kissingen musikalisch umrahmten öffentlichen Kundgebung war der Festvortrag vom Bayerischen Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, Josef Miller, zum Thema „Gartenbauvereine und Kreisfachberatung - Ein Beispiel für die Aktive Bürgergesellschaft“.

Aktive Bürgergesellschaft

Miller ging ein auf das konstruktive und am Gemeinwohl orientierte Zusammenwirken der Kreisfachberatung für Gartenkultur und Landespflege mit den Gartenbauvereinen, das er als hervorragendes Beispiel für die „Aktive Bürgergesellschaft“ bezeichnete. Während die besondere Bedeutung der Gartenbauvereine darin besteht, dass sie als Kulturträger Wissen und Erfahrungen von Generation zu Generation weiter geben, ist die Kreisfachberatung ein wichtiger Partner der Vereine für die Initiierung und Betreuung bürgerschaftlicher Eigeninitiative.

Einmaliges Netz geknüpft

So konnte beispielsweise in Bayern ein deutschlandweit einmaliges Netz wohnungsnaher, vielfältig nutzbarer und ökologisch wirksamer privater Gärten geknüpft werden, deren Fläche ca. 80.000 ha beträgt. Außerdem ist das Ergebnis dieser Partnerschaft, dass sich bis heute über 25.000 Mal bayerische Dörfer am Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden - Unser Dorf hat Zukunft“ beteiligt haben, was diesen Wettbewerb wohl zur bedeutendsten Bürgerinitiative in Bayern und zu einem Paradebeispiel für gelebte Bürgerkultur gemacht hat. Dabei, aber auch bei Aktionen wie dem „Tag der offenen Gartentür“ sowie bei der Planung, Gestaltung und Pflege

von Beispielsgärten in Landkreisen haben sich die Kreisfachberaterinnen und -berater immer als Motoren und effiziente Moderatoren erwiesen.

Miller zeigte sich von der Leistung der Obst- und Gartenbauvereine begeistert und hält deswegen auch deren flächendeckende Unterstützung durch die Kreisfachberatung für Gartenkultur und Landespflege für unverzichtbar.

Der Minister dankte dem Landesverband, all seinen Mitgliedern und der Kreisfachberatung für das beispielhafte Übernehmen von Verantwortung für die Mitmenschen, das Gemeinwesen und die Zukunft, und appellierte an alle Landräte und Mandatsträger, sich auch künftig für die Stärkung und Wiederbesetzung der Kreisfachberatungsstellen einzusetzen.

Zeichen der Zeit erkannt

Verbandspräsident Nagler nahm den Dank gerne an und betonte, dass der Landesverband für Gartenbau und Landespflege die Zeichen der Zeit frühzeitig erkannt und die von der Bayerischen Staatsregierung geforderte „Mitmachgesellschaft“ durch seine Bürgernähe und Förderung der Eigenverantwortung durch bürgerschaftliche Selbsthilfemaßnahmen seit langem mit Leben erfüllt hat.

Darüber hinaus war der Landesverband seit seiner Gründung im Jahre 1894 maßgeblich am Aufbau des staatlichen Beratungswesens im Gartenbau und somit auch der Kreisfachberatung beteiligt. Diese historisch begründete enge Verbundenheit mit der Kreisfachberatung ist die Ursache für die bis heute anhaltende partnerschaftliche Zusammenarbeit, die man auch in Zukunft fortsetzen möchte.

Die an die öffentliche Kundgebung anschließende Mitgliederversammlung zog ein Resümee über das vergangene Geschäftsjahr, gleichzeitig wurden die Weichen für die künftigen Tätigkeits-schwerpunkte des Verbandes gestellt.



Fendt-Schmalspurtraktoren 200 V/P sind auf Mäh-, Pflege- und Winterdienstarbeiten spezialisiert. Sie sind robust, zuverlässig, wertbeständig und mit einer hohen Auslastung wirtschaftlich im Einsatz. Foto: AGCO/Fendt

sind, sondern auch in Parks und Gewächshäusern eingesetzt werden können. Alle Kommunalfahrzeuge aus dem Allgäu können mit Bio-Diesel betrieben werden.

Zu den wesentlichen Innovationen zählt eine Rückfahreinrichtung. Damit kann das Fahrzeug innerhalb weniger Sekunden durch Drehen des Fahrersitzes auf die andere Fahrtrichtung umgestellt werden, ohne dass der Fahrer dazu vom Sitz aufstehen muss. Dies erleichtert in vielen Fällen die Arbeit. Die auf Wunsch allradangetriebenen Fahrzeuge erreichen eine Spitzengeschwindigkeit von 50 km/h, so dass sie auf sämtlichen für sie relevanten Straßen gefahr-

dehnten Flächen wie zum Beispiel Flugplätzen jenseits der Start- und Landebahnen in einer Höhe von 20 cm gekappt und als verrottungsfähiges Mulchgut gleichmäßig verteilt. Das spart wesentliche Kompostierungskosten und verhindert zugleich gefährlichen Vogelschlag, da Grasflächen mit dieser Stoppelhöhe als Brutregion auf Flugplätzen nicht mehr angenommen werden. Stufenlose Getriebe, besonders enge Wendekreise und überdurchschnittliche Frontkraftheber gehören seit Jahren zum Angebot.

Zu allen Fahrzeugen gibt es den Fendt-Star-Service als maßgeschneiderte Dienstleistung. Hinter dieser Bezeichnung ver-



Mehr Sicherheit und weniger Kosten durch Minikreisverkehr

In der Würzburger Weißenburgstraße wurde die Verkehrsführung geändert

In der Würzburger Weißenburgstraße wurde die Verkehrsführung an der Ecke Sedanstraße von einer Kreuzung mit Lichtsignalanlage in einen kleinen Kreisverkehr geändert. „Dieser sogenannter Minikreisverkehr ist eine komplett wirtschaftliche Maßnahme“, so Stadtbaurat Baumgart. Mehrere Aspekte sprachen für diese Lösung. Das Steuergerät der Ampelanlage war defekt, der Straßenbelag marode und es standen Kanal-, Gas- und Wasserarbeiten an, die großflächige Aufgrabungsarbeiten im Kreuzungsbereich erforderlich machten.

30.000 Euro eingespart

Auf Vorschlag des Baureferats wurde daraufhin vom Stadtrat der Bau des dritten Minikreisverkehrs nach der Friedenstraße und der Semmelstraße beschlossen. Die Herstellungskosten in Höhe von 28.000 Euro amortisieren sich schon durch die eingesparten 30.000 Euro, die für das neue Steuergerät der Ampelanlage hätten aufgebracht werden müssen. Der entfallende jährliche Ampelunterhalt von 5.000 Euro führt zu weiteren Einsparungen im Verwaltungshaushalt.

Minikreisverkehre haben einen engen Radius und einen gepflasterten Innenbereich, der es Lastwagen und Bussen ermöglicht darüber zu fahren und sind in nach einer Probezeit in Nordrhein-Westfalen in Bayern erst seit Februar 2001 zulässig.

Aber nicht nur die Kosten sprachen für die Maßnahme: Durch den Kreisverkehr konnten die Gehwege verbreitert werden. Die nun umlaufenden Zebrastreifen bevorzugen den Fußgängerverkehr und tragen somit zur Schulwegsicherheit zum angrenzenden Friedrich König Gymnasium bei. Ein weiterer positiver Aspekt war die Schaffung acht neuer Pkw-Stellplätze in der Weißenburg- und der Sedanstraße.

Neues Mercedes-Benz Museum als architektonisches Statement

Grundstein enthält den ersten schnellaufenden Motor von 1883
Fertigstellung der Mercedes-Benz Welt im Frühjahr 2006

Auf dem 60.000 Quadratmeter großen Areal vor dem Haupttor des DaimlerChrysler-Werks in Stuttgart-Untertürkheim wurde heute der Grundstein für das Neue Mercedes-Benz Museum gelegt. Im Beisein von Erwin Teufel, dem Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Jürgen E. Schrempf, dem Vorstandsvorsitzenden von DaimlerChrysler und den DaimlerChrysler-Vorständen Prof. Jürgen Hubbert und Dr. Eckhard Cordes hat somit der erste Bauabschnitt der Mercedes-Benz Welt begonnen, die nach einer Bauzeit von rund drei Jahren im Frühjahr 2006, rechtzeitig zur Fußball-Weltmeisterschaft, eröffnet werden soll.

Jürgen E. Schrempf, Vorsitzender des Vorstands von DaimlerChrysler: „Wir betrachten die heutige Grundsteinlegung des Neuen Mercedes-Benz Museums als einen positiven Beitrag unseres Unternehmens gegenüber dem Land Baden-Württemberg und der Landeshauptstadt Stuttgart.“

„Der Mythos Mercedes gehört zu unserem Land, er ist Teil seiner ruhmreichen Geschichte und heute - mehr als je zuvor - Garant für Wohlstand und Arbeitsplätze und für die Zukunftschancen unserer jungen Generation“, würdigte Erwin Teufel, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, das Bauvorhaben Mercedes-Benz Welt in seiner Festrede.

Forum der Kommunikation

Als Erfinder des Automobils hat DaimlerChrysler die Verpflichtung, der Kommunikation der Automobilgeschichte eine entsprechende Plattform zu schaffen und der einzigartigen Tradition der Marke Mercedes-Benz einen entsprechenden Rahmen zu geben. „Das Neue Mercedes-Benz Museum soll keine Ausstellung im herkömmlichen Sinn werden, sondern ein Forum zur aktiven Kommunikation von Tradition und Herkunft der Marke Mercedes-Benz“, erklärt Prof. Jürgen Hubbert, im DaimlerChrysler-Vorstand verantwortlich für die Mercedes Car Group.

Von den Anfängen der individuellen Mobilisierung, über die Geschichte der Fahrzeuge bis hin zur Zukunft des Automobils werden im Neuen Mercedes-Benz Museum alle Epochen und Meilensteine der Marke sowie der Unternehmensgeschichte dargestellt. Das architektonisch herausragende Gebäude mit einer Gesamthöhe von über 47 Metern, errichtet auf einem knapp sechs Meter hohen Hügel, wird zum natürlichen Mittelpunkt der Mercedes-Benz Welt und repräsentiert in einzigartiger Form die Faszination Mercedes. Seinen Besuchern

wird das Neue Mercedes-Benz Museum ein unvergessliches Markenerlebnis bieten, bei dem die Tradition von Mercedes-Personenwagen und -Nutzfahrzeugen sowie die Faszination Motorsport zentrale Elemente bilden.

Die Einbindung von neuesten Medien, Informations- und Kommunikationssystemen sowie die klassische, zielgruppenorientierte Besucherbetreuung ermöglichen den Besuchern einen interessanten und abwechslungsreichen Weg durch die rund 17.000 Quadratmeter große Ausstellung. Chronologisch geordnete Inszenierungen machen den gesamten „Mythos Mercedes“ - von den Anfängen der Automobilgeschichte bis hin zu einem Ausblick in die Zukunft - erlebbar. Parallel dazu werden Sammlungen gezeigt, die in einem thematischen Zusammenhang stehen. Sie ermöglichen den Besuchern - je nach persönlichen Wünschen - noch tiefer in die faszinierende Vielfalt der Marke Mercedes-Benz einzusteigen. Neben den 100 ausgestellten Personenwagen rundet eine große Anzahl von Schnittmodellen, Motoren und anderen Exponaten das Angebot ab.

Nutzfahrzeugtradition

Das Neue Mercedes-Benz Museum bietet neben den Personenwagen und den Renn- und Rekordfahrzeugen erstmals auch eine umfassende Darstellung der Nutzfahrzeugtradition. Dr. Eckhard Cordes, im DaimlerChrysler-Vorstand zuständig für die Commercial Vehicle Division: „Als weltweit einzige Marke kann Mercedes-Benz auch seiner Nutzfahrzeug-Geschichte eine adäquate Plattform bieten und wird so der einmaligen Tradition als ältester und größter Nutzfahrzeughersteller der Welt gerecht.“

Ein ganz besonderes Highlight ist die Ebene „Rennen und Rekorde“, die auf einer Ausstellungsfläche von knapp 1200 Quadratmetern Platz für 40

Renn- und Rekordfahrzeuge von Mercedes-Benz bietet. Die gesamte Faszination „Motorsport“ - von den Anfängen des Rennsports, über die legendären Silberpfeile bis zum jeweils aktuellen Motorsportprogramm - ist mit einem Blick erfassbar.

Das Neue Mercedes-Benz Museum und das benachbarte Mercedes-Benz Center sind durch einen Zwischenbau miteinander verbunden. Hier finden die Besucher ein Kindermuseum, eine Erfinderküche, Gastronomie, Shops und Fahrzeug-Sonderpräsentationen. Der gesamte Außenbereich des Geländes eröffnet völlig neue und äußerst flexible Nutzungsmöglichkeiten für unterschiedlichste Open-Air-Veranstaltungen. Den Höhepunkt bildet eine Freiluft-Arena mit mehr als 300 Sitzplätzen für Produktpräsentationen und Veranstaltungen.

Grundstein der Mobilität

Der Grundstein, der heute für das Neue Mercedes-Benz Museum gelegt wurde, gilt als Grundstein der Mobilität. Der sogenannte „erste schnellaufende Motor“, den Gottlieb Daimler 1883 patentieren ließ, ist in Plexiglas eingefasst. Er wird im Neuen Mercedes-Benz Museum als sichtbares Element präsentiert werden. Der „Schnellläufer“ ist der Vorgänger der berühmten „Standuhr“, die Daimler 1885 in sein erstes Zweirad einbaute, das als Vorgänger des ersten Automobils von 1886 gilt.

Mercedes-Benz Center

Im Mai 2004 beginnt der Neubau des Mercedes-Benz Centers, das ebenfalls im Frühjahr 2006 eröffnet wird. Damit wird das Konzept, die Marke in den Metropolen in ihrer ganzen Bandbreite erlebbar zu machen, konsequent fortgesetzt. Künftig findet dort der Neuwagenverkauf statt, der heute noch in der Mercedes-Benz Niederlassung, in der Stuttgarter Türkenstraße angesiedelt ist. Das Mercedes-Benz Center stellt mit einer Gesamtfläche von knapp 35.000 Quadratmetern die Gegenwart von Mercedes-Benz dar. Das breite Angebot der Marke mit dem Stern kann hier in seiner ganzen Vielfalt gezeigt werden. Damit werden den Kunden in Zukunft optimale Voraussetzungen für eine umfassende und detaillierte Produktinformation geboten.



Gesponsert von Daimler-Chrysler wurde der LKW Mercedes Atego, den Markus Wasmeier für sein Bauernhofmuseum in Schliersee so dringend braucht. Für die ehrenamtlichen Helfer bedeutet der Einsatz dieses Fahrzeugs eine große Erleichterung.

Automatisierte Schaltung für Mercedes-Benz Unimog

Ab sofort auf Wunsch in beiden Unimog-Produktlinien verfügbar

Ab sofort steht das Elektronisch Automatisierte Schaltgetriebe „AutomaticShift“ für die geländegängigen Unimog-Geräteträger U 400 und U 500 sowie für alle hochgeländegängigen Fahrzeuggestelle aus der Baureihe U 3000 - U 5000 zur Verfügung. Der Preis für diese Sonderausstattung, die sichere und bequeme Schaltvorgänge ohne Kupplungsbetätigung ähnlich einem Automatikgetriebe ermöglicht, liegt mit 2 850 Euro weit unter dem Preis eines Nutzfahrzeug-Automatikgetriebes. Zudem wirkt sich AutomaticShift günstig auf die Belastung des Triebstrangs, die Lebensdauer der Kupplung sowie die Betriebskosten bei Wartung und Kraftstoff-Verbrauch aus, da der Kupplungsverschleiß auf das absolute Minimum reduziert wird und die Elektronik in den jeweils günstigsten Drehzahlbereich schaltet.

Das über einen CAN-BUS gesteuerte „AutomaticShift“-System funktioniert ähnlich der bereits aus den Mercedes-Benz-Schwerlastwagen der Actros-Baureihe bekannten Elektronisch automatisierten Schaltung (EAS). Es automatisiert alle Kupplungsvorgänge und steuert so selbstständig das Einkuppeln beim Anfahren, das Auskuppeln beim Anhalten sowie das Auskuppeln, Schalten und Einkuppeln beim Gangwechsel. Dies hat eine erhebliche Entlastung des Unimog-Fahrers bei allen schaltintensiven Einsätzen und damit ein Plus an Sicherheit zur Folge: Der Fahrer kann sich voll und ganz auf seine eigentliche Aufgabe - das Fahren - konzentrieren, und seine Hände bleiben während der Arbeit am Lenkrad. Er kann dabei aber jederzeit zwischen automatisierten und manuellen Schaltvorgängen wählen.

Mit AutomaticShift betätigt der Fahrer nur noch zwei Pedale - das Fahr- und das Bremspedal im Fußraum der Fahrerkabine. Am Gebergerät unterhalb des EPS-Schalthebels kann der Fahrer mittels eines Kippschalters zwischen

den Einstellungen „A“ (= automatisiert) und „M“ (= manuell) wählen. Dies ist ein großer Vorteil im Gerätebetrieb und auch bei Einsätzen unter schwierigen Geländebedingungen, denn mit AutomaticShift ist beispielsweise das „Freischaukeln“ im Gelände weiterhin uneingeschränkt möglich. Ist Höchstleistung in Sachen Motordrehzahl gefragt, steht die Kick-Down-Funktion zur Verfügung. Und noch ein weiterer Vorteil: AutomaticShift ist rund 200 kg leichter als ein Nutzfahrzeug-Automatikgetriebe, so dass die Nutzlast des Unimog in keinster Weise eingeschränkt wird.

Im Automatik-Modus wird in Abhängigkeit vom jeweiligen Lastzustand, dem Betriebszustand des Motors, der Fahrpedalstellung sowie den ermittelten Daten zu „Steigung/Gefälle“ und „Motorbremse ein-/ausgeschaltet“ automatisch die Wahl des richtigen Ganges getroffen. Dann werden die entsprechenden Schaltvorgänge eingeleitet und durchgeführt. Dadurch gibt es beim Anfahren, Anhalten, Rangieren und bei schnellen Gangwechseln kein Kuppeln durch

den Fahrer und somit auch keine Fehlbedienung bzw. kein Verschalten mehr. In Verbindung mit der serienmäßigen Wendschaltung EQR („Electronic Quick Reverse“) ist ein schnelles und bequemes Vorwärts-Rückwärts-Rangieren möglich, da zum Umschalten nicht angehalten werden muss: Nach der Aktivierung von EQR und der Richtungs-Vorwahl über eine Schaltwippe erfolgt automatisch die Umschaltung bei Fahrgeschwindigkeiten unter 6 km/h.

Im manuellen Modus erfolgt die Gangwahl wie gewohnt über den Schaltknopf der EPS-Schaltung: Der Fahrer wählt den Gang, die Bestätigung der Gangwahl und der Kupplungsvorgang selbst erfolgen dann automatisch. Auch im automatisierten Modus kann jederzeit manuell eingegriffen werden. Betätigt der Fahrer den Schalter für die Arbeitsdrehzahl-Regelung, wird automatisch der manuelle Modus eingelegt, ebenso beim Einsatz von Zapfwelle und Arbeits- bzw. Kriechganggruppe.

Als zusätzliche Möglichkeit bietet sich dem Fahrer auch bei eingebautem AutomaticShift weiterhin die konventionelle Lösung, mit EPS und Kupplungspedal zu fahren: Im Fußraum befindet sich auf der linken Seite ein klapp- und entriegelbares Kupplungspedal. Es ist jedoch nur für die Einsatzfälle vorgesehen, in denen der Fahrer die Kupplung bewusst trennen oder schließen will - zum Beispiel bei steilen Bergauffahrten oder beim Ankuppeln von Geräten am Hang.

Der Alleskönner - Geräteträger BOKIMOBIL 1151

Kommunalfahrzeuge für den Einsatz zu jeder Jahreszeit stellt die Kiefer GmbH, 84402 Dorfen, her. Das BOKIMOBIL verbindet kompakte Abmessungen, totale Wendigkeit und starke Leistung. Das Schmalspurfahrzeug eignet sich besonders für Arbeiten auf engstem Raum wie Reinigung und Instandhaltung von Altstadtbereichen und Fußgängerzonen, aber auch für den Winterdienst und ganz besonders für den Mäheinsatz.

Neben den hydrostatisch betriebenen Fahrzeugen HY 1251/1351 stellt die Kiefer GmbH seit kurzem das BOKIMOBIL Kommunalfahrzeug 1151 mit Schaltgetriebe her. Serienmäßig stehen 5 Vorwärts- und 1 Rückwärtsgänge zur Verfügung, optional kann das Fahrzeug mit einem Untersetzungsverteilergetriebe ausgerüstet werden, damit verfügt es über 10 Vorwärts- und 2 Rückwärtsgänge. Der kraftvolle 106 PS-Motor erfüllt selbstverständlich die Euro-3-Norm. Auch auf einen Allradantrieb braucht nicht verzichtet werden. Das BOKIMOBIL 1151 läuft 100 km/h schnell. Der serienmäßige Radstand beträgt 2,20 m und kann auf 2,6 m verlängert werden.

Universeller Einsatz

Mit seinem serienmäßigen 3-Seiten-Kipper ist das BOKIMOBIL 1151 als Transporter mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 4 Tonnen, optional sogar 5 Tonnen, universell einsetzbar. Aber nicht nur das: Das Schnellwechselsystem sorgt dafür, dass die gleichen Anbaugeräte wie bei den Hydrostaten in kürzester Zeit am BOKIMOBIL 1151 zum Einsatz kommen können. Hierfür steht eine optionale Zusatzhydraulik, die von einem kuppelungsunabhängigen Nebenabtrieb versorgt wird, zur Verfü-

gung. Die Bedienung erfolgt bequem über den Joystick-Schalthebel. Und so wird das Fahrzeug zum wahren Alleskönner.

Im Transportbereich kann das Gerät durch eine Schwenk-Container-Anlage ergänzt werden. Damit können 1100 Liter-Behälter transportiert und entleert werden.

Diverse Anbaugeräte

Für die kommunale Landschaftspflege stehen verschiedene Anbaugeräte zur Auswahl, vom Sichelmäherwerk mit Gras- und Laubsaug-Container ein Schlegelmäherwerk bis hin zur Wildkrautbürste.

Straßenreinigung

In der Straßenreinigung hat der Geräteträger ebenfalls beste Einsatzmöglichkeiten. Es steht eine Kehrsaugmaschine zum Anbau bereit, die in der Straßen- und Gehsteigpflege hervorragende Dienste leistet. Wahlweise kann auch eine Vorbaukehrmaschine verwendet werden. Selbst für die Müllentsorgung kann das Fahrzeug eingesetzt werden: mit Hilfe einer Müllpressanlage können Mülltonnen dort abgeholt werden, wo die normalen Müllfahrzeuge nicht hinkommen wie z.B. im engen Altstadtbereich, im Friedhofsbereich etc. Für den Fußgän-

gerbereich sei noch die Gieß- und Bewässerungsanlage oder auch die Schwemmanlage erwähnt.

Auch für den professionellen Winterdienst ist das BOKIMOBIL bestens gerüstet. Dort kommen Schneefräse und -pflug sowie Walzenstreuer mit



Vielseitig und wirtschaftlich: das BOKIMOBIL 1151.

Vorsorgende Umweltpolitik:

Entwicklung lärmarmere Modelle

Im Hinblick auf eine vorsorgende Umweltpolitik hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren die Weiterentwicklung der Lärminderungstechnik sowie die Einführung lärmarmere Produkte gefördert. Als lärmarm gelten Kraftfahrzeuge und Baumaschinen sofern sie dem fortschrittlichen Stand der Lärminderungstechnik entsprechen.

Der von Baumaschinen ausgehende Lärm zählt zu den besonders lästigen Lärmarten. Mit der Verfügbarkeit von lärmarmen Baumaschinen kann insbesondere in lärmempfindlichen Gebieten und zu schutzbedürftigen Zeiten lärmarm gearbeitet werden. Durch die verstärkte Berücksichtigung von Baulärm in der Planungsphase unter Verwendung des Standardleistungsbuches für das Bauwesen, Leistungsbereich 000, Baustelleneinrichtung, 1995 und Leistungsbereich 898, Schutz gegen Baulärm und Erschütterungen, 1996, kann vorgeschrieben werden, dass nur leise Baumaschinen benutzt werden dürfen, um die Geräuschbelastung der Anwohner in der Nachbarschaft auf ein Minimum zu reduzieren. Durch die entstehenden Benutzervorteile lärmarmere Baumaschinen sind eventuelle Mehrkosten oft in kürzester Zeit ausgeglichen.

Vorteile für den Benutzer

Als lärmarme Kraftwagen gelten Fahrzeuge bei denen alle lärmrelevanten Einzelquellen (Fahrgeräusch, Motorenbremsgeräusch, Druckluftgeräusch) dem Stand fortschrittlicher Lärminderungstechnik entsprechen. Mit dem Einsatz von lärmarmen Kraftfahrzeugen und lärmarmen Baumaschinen ergeben sich für den Betreiber häufig Benutzervorteile. So sind lärmarme Lastkraftfahrzeuge zum Beispiel vom österreichischen Nachtfahrverbot im Alpenraum befreit. Weiterhin können lärmarme Lkw in besonders lärmempfindlichen Gebieten, wie z. B. Kurgebieten, Vorteile eingeräumt werden.

Bei Kommunalfahrzeugen hat die Bundesregierung im Rahmen des Umweltforschungsplanes die Entwicklung lärmarmere Modelle unterstützt. Durch den Einsatz moderner Lärminderungstechnik konnte bei Saug-, Kehr-, Müll-, Winterdienst- und Abfallcontainerfahrzeugen der Schalleistungspegel

zuschaltbarem Streuteller zum Einsatz. Speziell der Gehweg- und Radwegbereich ist ein Einsatzgebiet, den viele andere Fahrzeuge nicht abdecken können. Das BOKIMOBIL 1151 mit einer Breite von nur 1,40 m ist aber ideal dafür.

Sämtliche Geräte können im Ein-Mann-Betrieb bedient und umgerüstet werden. Dies macht das BOKIMOBIL 1151 zu einem der vielseitigsten und auch zu einem der wirtschaftlichsten Fahrzeuge im Schmalspurbereich.

Beckstein bei Landesfeuerwehrverband Bayern e.V.:

Enormer finanzieller Einsatz für Feuerwehren

„Der Freistaat Bayern bringt für die Feuerwehren einen enormen finanziellen Einsatz auf. Im Schnitt der letzten zehn Jahren lagen die jährlichen Ausgaben des Staates bei etwa 49 Millionen Euro. In diesem Jahr setzen wir mit 35,6 Millionen Euro rund 10 Millionen Euro mehr für die Förderung von Fahrzeugen und Gerätehäusern ein als im Jahr 2002. Diese Tatsachen sagen viel über das enge und vertrauensvolle Miteinander von Feuerwehr und Staatsregierung aus“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der 10. Versammlung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V., verbunden mit dem 2. Landesfeuerwehrtag in Rödental.

Im Anschluss händigte Beckstein neun um das Feuerwehrwesen in Bayern verdienten Persönlichkeiten das Steckkreuz des Feuerwehr-Ehrenzeichens aus. Es wurde in diesem Jahr an insgesamt 60 Persönlichkeiten verliehen. Dem langjährigen bisherigen Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Bayern, Karl Binai, dankte Beckstein für seinen unermüdlichen Einsatz. Dem neuen Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes, Kreisbrandrat Alfons Weinzierl aus Dingolfing wünschte Beckstein alles Gute für seine Tätigkeit.

Zusätzliche Aufgaben

„In den letzten Jahren haben die Feuerwehren neben der Brandbekämpfung weitere Aufgaben übernommen“, so Beckstein. Heute macht die Brandbekämpfung nur noch etwa ein Sechstel der Feuerwehrtätigkeit aus. Zum weit überwiegenden Teil wird technische Hilfe geleistet. Dazu gehört nicht nur die Hilfeleistung bei Überschwemmungen, sondern zum Beispiel auch bei Unfällen im Straßenverkehr, bei Personenrettung und -bergung und in vielen anderen Notfällen.

Gerade auch bei Gefährdungen der Umwelt durch Unfälle mit Gift- und sonstigen Gefahrstoffen und bei erhöhter Strahlenbelas-

Kommunen und Landwirte:

„Partner im ländlichen Raum“

Für die Erhaltung und Stärkung des ländlichen Raumes ist eine enge Partnerschaft von Kommunen und bäuerlicher Landwirtschaft unverzichtbar. Die Unterstützung der Partnerschaft gehört deshalb zu den Schwerpunkten bayerischer Agrarpolitik. Das erklärte Landwirtschaftsminister Josef Miller bei einer Tagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V. in Roßhaupten.

Millers Worten zufolge gehört die Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft und damit der gepflegten Kulturlandschaft zu den ureigensten Interessen der Gemeinden. Die Kommunen selber gäben im Rahmen ihrer Selbstverwaltung wichtige Impulse für die Entwicklung der bäuerlichen Betriebe. Ziel einer zukunftsweisenden Strukturpolitik sei es deshalb, auch den Ländlichen Raum als Wirtschafts-, Erholungs- und Naturraum gezielt zu unterstützen.

Von den Förderinstrumenten wie Dorferneuerung, Flurneuordnung und Regionale Landentwicklung profitieren laut Miller beide Seiten, denn: „Hilfen für die Landwirtschaft sind immer auch Hilfen für die Gemeinden.“ So verbessere die Flurneuordnung die landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen und lö-

stung seien die Fachkompetenz und die Einsatzbereitschaft der Feuerwehren unverzichtbar. Durch das in den letzten Jahren stark rückläufige Feuerschutzsteueraufkommen sei der finanzielle Rahmen für die Erfüllung der Aufgaben im Feuerwehrwesen immer enger geworden.

Veränderter Schlüssel

Beckstein: „Die Bayerische Staatsregierung hat auf die rückläufige Entwicklung gezielt reagiert. Wir haben den Schlüssel für die Verteilung des auf Bayern entfallenden Anteils aus der Feuerschutzsteuer zu Gunsten des Feuerwehrwesens verändert. Im Jahr 2000 wurden insgesamt 70 Prozent für die Förderung des Feuerwehrwesens und 30 Prozent für die Förderung der Löschwasserversorgung eingesetzt. Seit Beginn des Haushaltsjahres 2003 verwenden wir das gesamte Feuerschutzsteueraufkommen für das Feuerwehrwesen.“

Beckstein zeigte sich zuversichtlich, dass sich die Fördersituation in den nächsten Jahren wieder normalisieren wird. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass das Feuerschutzsteueraufkommen nicht weiter zurückgeht und die Mittelanforderungen nicht weiterhin in einem Maße steigen, wie das in den vergangenen Jahren der Fall war.

se auf kommunaler Ebene Bodennutzungskonflikte wie zum Beispiel beim Bau von Umgehungsstraßen. Mit der Dorferneuerung würden alte Ortskerne wieder belebt. Gleichzeitig bekämen Landwirte durch die Verwertung funktionsloser Gebäude Betriebsvermögen frei für Investitionen.

Aber auch die Gemeinden können nach Millers Meinung zum Erhalt der Betriebe beitragen: So seien Landwirte mit ihren Maschinen, Fach- und Ortskenntnissen prädestiniert für die Erledigung kommunaler Arbeiten. Zur Einkommenssicherung trügen auch Kooperationen mit Land- und Forstwirten zur Nutzung von Bioenergie bei. Entscheidend sei aber, dass die Gemeinden bei der Bauleitplanung die Entwicklungsmöglichkeiten der örtlichen Betriebe stärker berücksichtigten. dho

Von der Residenz zum Ausstellungs-Schloss

Kulturdenkmal ersten Ranges in Höchstädt vom Freistaat renoviert

Höchstädt/Donau (jdt). Zu den stolzesten Schlössern entlang der Donau gehört die beinahe wie eine Burgfestung wirkende weitläufige Vierflügelanlage oberhalb der Stadt Höchstädt an der Donau. Geprägt wird das mächtige Bauwerk vom hohen Bergfried, der noch von der Vorgängerbauwerk stammt, von bis zu über vier Meter dicken Mauern und Rundtürmen an allen vier Ecken. In der heutigen Form entstand das Schloss der Pfalzgrafen zu Neuburg zwischen 1589 und 1603. Das in den letzten Jahren vom Freistaat Bayern mit einem Aufwand von rund 30 Millionen Euro gründlich renovierte Schloss birgt seit Mitte des Jahres 2002 eine der bedeutendsten Einrichtungen des Bezirkes Schwaben, das „Forum für schwäbische Geschichte“.

Das „Burgschloss“ auf einem Bergsporn zwischen der nahen Donau und dem Höchstädter Stadtkern nimmt überregional bedeutende Ausstellungen auf und dient als eindrucksvoller Rahmen für Veranstaltungen. Zur wechselvollen Geschichte des „festen Schlosses“ gehören die Nutzung als Residenz, Witwensitz, Landgericht, Rentamt, Gefängnis, Sitz einer Polizeistation, im 3. Reich als Arbeitsdienstlager und Sammellager, schließlich nach dem 2. Weltkrieg als Caritas-Altersheim, das von schlesischen Borromäerinnen geführt wurde.

Großes Glück 1945

Einen besonderen „Schutzengel“ hatte das Schloss Höchstädt, wie die Donaustädte allesamt zwischen Passau und Neu-Ulm, als es bei Kriegsende 1945 nicht mehr zur vorgesehenen Donau-Verteidigungs-Linie kam. Tausende alliierter Flugzeuge waren schon startbereit, um den von den Nationalsozialisten propagierten „Donau-Wall“ in Schutt und Asche zu bombardieren. Die vorrückenden Panzerverbände der US-Armee sollten geschont werden. Doch die schnelle Überwindung der Donau, an der kaum deutsche Truppenteile standen, verhütete schon kaum zu vermeidende schwere Zerstörungen. Das Schloss Höchstädt hätte sicherlich zu den Hauptzielen, als markanter „Punkt“ in der Donaubene, gezählt.

Nach der Auflösung des Altenheimes im Schloss schien das historische Bauwerk einem Dornröschenschlaf anheim zu fallen. Der Durchbruch zur Rettung des vom Ruin bedrohten und von Bäumen und viel

Buschwerk umschlossenen großen Baukörpers war erreicht, als er im Jahr 1979 von der Bayerischen Schlösserverwaltung übernommen wurde. Nach gründlicher Planung folgte ein besonderer Kraftakt des Freistaates. Einbezogen in die umfangreichen Renovierungen wurden auch die sehenswerte Schlosskapelle und der weite Schlosskeller. Das Großprojekt war dem Staatlichen Hochbauamt Augsburg, unter Führung des Leitenden Baudirektors Diplom-Ingenieur Bernhard Schwarz, mit der Außenstelle Donauwörth, unter Leitung von Baudirektor Gerhard Riepl, und mit dem örtlichen Bauleiter, Architekt Karl Uhl, anvertraut. Hohe Leistungsanforderungen waren zu erfüllen.

Jetzt nach Stephanskirchen

In der zweiten Jahreshälfte 2002 bot das „Forum für Schwäbische Geschichte“, im Schloss Höchstädt die vielbesuchte Sonderausstellung „Lebensbilder - Geschichte und Kunst in Bildnissen aus Schwaben“. Jetzt wurde, bis zum 19. Oktober, die eindrucksvolle Sonderausstellung „In Bayern angekommen“ (Flucht - Vertreibung - Integration - Wiederaufbau) im „Forum“ untergebracht. Vom 25. Oktober bis 30. November 2003 wird sie im Ortsteil Schlossberg von Stephanskirchen gezeigt. Vorher war die vielseitig ausgestattete Sonderschau im Jahr 2003 in Viechtach Hof, Kitzingen und Furth im Wald zu sehen.

Erster Standort der Wanderausstellung war im Herbst 2000 das Heimathaus Traunreut. Seitdem war sie durch alle bayeri-

schen Regierungsbezirke erfolgreich auf „Wanderschaft“. Organisiert wurde die Ausstellung vom Haus der Bayerischen Geschichte und dem Bayerischen Sozialministerium. In Höchstädt engagierten sich dazu der Bezirk Schwaben und die Bayerische Schlösserverwaltung.

Besonderes Niveau

Das besondere Niveau des Dargestellten würdigten Staatsministerin Christa Stewens und Staatssekretär Georg Schmid. Betont wurde von ihnen, dass neben der Tragödie der Vertreibung, großer Not und erschütternden Dokumenten an ermutigenden Beispielen spürbar werde, dass sich Leistung auch in scheinbar ausweglosen Situationen lohne.

Dokumentiert werden u.a. die Heimatgebiete der von der Vertreibung betroffenen 17 Millionen Deutschen. Zeitzeugenberichte, der Beitrag der Vertriebenen zur Umwandlung Bayerns in einen modernen Industriestaat und das „geistige Gepäck“ (Kunst und Kultur), an einer Hörstation die Dialekte und abrufbare Kochrezepte.

Erinnerung - Aussöhnung

Bei der zentralen Veranstaltung der Ausstellung in Höchstädt betonte Bezirkstagspräsident Dr. Georg Sinnacher, gerade weil die Erlebnisgeneration schwinde, sei es nötig, auf die schrecklichen Folgen von Vertreibungen hinzuweisen. Landrat Dr. Anton Dietrich stellte heraus, mit der Ausstellung werde an ein Kapitel der Geschichte erinnert, das bisher recht stief-

mütterlich behandelt worden sei. Jetzt müssten auch die Vertreiberstaaten bereit sein, das 1945 und danach Geschehene als das zu deklarieren, was die Vertreibung letztlich bedeute, „eine unauslöschliche Schande des 20. Jahrhunderts.“

Rahmenprogramm

Das Rahmenprogramm der Ausstellung eröffnete der Schriftsteller Erich Pawlu (Träger des Sudetendeutschen Literaturpreises) mit dem eindrucksvollen Erlebnisbericht „Heimatverlust und Neuanfang“. Über die „Bukowina - Schweiz des Ostens“ sprach Luzian Geier, ein Beitrag von besonderem Interesse weil der Wanderausstellung in Höchstädt die Schau „Heim ins Reich“ (die Umsiedlung der Deutschen der Bukowina ab 1940) angegliedert worden ist. Hinzu kamen der Vortrag von Manfred Bernard über die Flucht 1945 von Breslau nach Bayern und ein „Tag der offenen Tür“. Am Sonntag, 19. Oktober, 11 Uhr, berichten ein Ehepaar aus dem Sudetenland und Schlesien, Uta und Johannes Schmidt, über das Schicksal der „Präger-Gruppe“ aus Nordböhmen bzw. über einen 1000-km-Pferdetreck aus Niederschlesien nach Schloss Wallenstein bei Nördlingen.

„Wie viel Leid - wie viel Tatkraft“

Im Gästebuch der Ausstellung im Schloss Höchstädt haben Besucher aus dem In- und Ausland tief beeindruckt von der Ausstellung reagiert. So heißt es unter anderem: „Gott sei Dank musste ich diese Zeit nicht erleben ... Man wird wieder zufriedener“. Prof. Hans Bruno Ernst und Gudrun Ernst schrieben: „wie viel Leid ... wie viel Tatkraft. Wir können alle daraus viel lernen, gerade heute“. Ein Eintrag lautet: „Erschütternd ... was müssen meine Eltern nur durchgemacht haben“.



Vor Original-Flüchtlingsgepäck bei der zentralen Veranstaltung der Wanderausstellung über die Vertreibung im Schloss Höchstädt (v. l.): Dr. Michael Henker, Bezirkstagspräsident Dr. Georg Sinnacher, der Kreisobmann der Dillinger Sudetendeutschen, Alfred Gabriel, Höchstädts Bürgermeisterin Hildegard Wanner, Landrat Dr. Anton Dietrich. Bild: -jdt-

Fremdenverkehr im Landkreis Dillingen:

Professionelle Vermarktung geplant

Der Fremdenverkehr im Landkreis Dillingen soll belebt und gestärkt werden. Nach den Vorstellungen von Landrat Dr. Anton Dietrich sollen deshalb die Kräfte der Region gebündelt werden und gemeinsam eine professionelle Vermarktung aufgebaut werden. In einer Sitzung der konzertierten Aktion stellte der Landrat jetzt den Entwurf eines Tourismuskonzeptes zur Diskussion, den Sven Hedicke, Tourismusfachkraft im Landratsamt, in den vergangenen Monaten erarbeitet hat.

Die Basisdaten in dem Konzept lassen deutlich die zunehmende Bedeutung des Fremdenverkehrs für Nordschwaben erkennen. Während das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr im Jahre 1995 insgesamt 310.000 Übernachtungen in den beiden Landkreisen registrierte waren es im Jahre 2001 bereits 420.000 Übernachtungen, das ist eine Steigerung von 35 Prozent. Mit einem weiteren Anstieg der Übernachtungszahlen, insbesondere aber auch der Tagesgäste, durch das im Jahr 2002 eröffnete Legoland Günzburg muss gerechnet werden. Sven Hedicke schätzt, dass die direkten touristischen Ausgaben der Gäste in Nordschwaben im Jahre 2003 bei rund 130 bis 150 Millionen Euro liegen.

Großes Potenzial

„Bei diesen Zahlen wird das große Entwicklungspotenzial deutlich, das der Fremdenverkehr auch für den Landkreis Dillingen bietet“, sieht der Landrat ungenutzte Vorteile für die Wirtschaft der Region. Wengleich der Tourismus bislang im Landkreis Dillingen eine vergleichsweise bescheidene Rolle spiele, ergäben sich neue Chancen, die bei einem professionellen Marketing zu einer deutlichen Belebung des Fremdenverkehrs führen können. Der Gast von heute interessiere sich nicht mehr für einen Ort, sondern zunehmend für eine ganze Region. Die Urlauber machen nicht Ferien in Florenz oder Siena, sondern in der Toskana. Auf den Raum Dillingen übersetzt bedeute die Entwicklung, dass nicht nur das Legoland in Günzburg angesteuert wird, sondern ein Urlaub in Schwaben geplant ist.

An diesem Punkt, so der Landrat, gelte es anzusetzen. Der Landkreis habe eine nicht zu unterschätzende Bedeutung als (Nah-)Erholungsgebiet insbesondere auch für Besucher und Gäste aus dem Raum Augsburg, sowie dem ostwürttembergischen Gebiet um Heidenheim und Aalen und der Region Göppingen.

Auch Sven Hedicke sieht hervorragende Ansätze zur weiteren Belebung des Fremdenverkehrs, insbesondere mit Blick auf attraktive Erholungsmöglichkeiten an den Badeseen des Landkreises, die sich auch her-

vorragend für Wassersport eignen. „Für Familien mit Kindern stehen Baden und Wassersport häufig an erster Stelle ihrer Urlaubsvorstellungen“, bestätigte IHG-Vorsitzender Winfried Seitz und verwies auf die unglückliche Entwicklung an der fränkischen Seenplatte. Der Abgeordnete Georg Winter stimmte hier zwar zu, gab aber zu bedenken, dass im Landkreis Dillingen ein ausgeprägter Badetourismus häufig offenbar gar nicht gewollt sei. Auflagen zur Verfüllung und Renaturierung behinderten vielfach die Nutzung der Badeseen.

Künftige Rechtsform unstrittig

Unstrittig war nach der Diskussion der verschiedenen Möglichkeiten die künftige Rechtsform für eine Tourismusorganisation. Künftig soll der „Verein für Naherholung“ die Basis für eine Organisation bilden, für die noch ein pfiffiger Name gefunden werden muss. Dieser Verein soll dann in neuer und verbesserter Struktur eine aktive und zielgerichtete Vermarktung der Region Dillingen übernehmen. Dazu benötigt die neue Organisation allerdings auch eine ordentliche finanzielle Ausstattung, die neben den Kosten für einen Geschäftsführer von Sven Hedicke mit mindestens 100.000 Euro jährlich beziffert wurde. Dazu gebe es eine Reihe von Vorschlägen, die insbesondere auf die Werbung neuer Mitglieder zielten. Buttenwiesens Bürgermeister Leo Schrell will stärker als bisher die Wirtschaft ins Boot holen. Dabei soll auch die nicht-deutschsprachige Gastronomie angesprochen und eingebunden werden.

Diskussionswürdig war auch der Vorschlag, die Beiträge für Privatpersonen und die Gastronomie zu staffeln. Grundlage dafür könnten in der Gastronomie beispielsweise die Übernachtungszahlen des einzelnen Unternehmens sein. Über die Finanzierung werden die Wirtschaftsvereinigungen und die Bürgermeister des Landkreises bereits in ihren nächsten Sitzungen diskutieren, denn die Grundlagen für eine neue Rechtsform der Fremdenverkehrsorganisation sollen nach den Vorgaben von Landrat Dietrich spätestens bis Ende des Jahres vorliegen. DK

Ingolstädter Künstlerinnen Tage 2003:

„Der Oktober ist eine Frau“

Die Künstlerintage sind längst zu einem festen Bestandteil im kulturellen Leben der Stadt Ingolstadt geworden. Der Gleichstellungsstelle und den Mitveranstaltern ist es heuer bereits zum neunten Mal gelungen, für den gesamten Oktober Künstlerinnen aus vielen Teilen Deutschlands, Europas und den USA einzuladen. Somit steht die Vielfalt künstlerischer Ausdrucksformen und Leistungen von Frauen unverrückbar im Mittelpunkt.

Die Besucherinnen und Besucher können in diesem Rahmen die Bandbreite weiblichen Kunstschaffens verfolgen, genießen und diskutieren. Laut Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann setzen die Künstlerintage ein Zeichen, um den Anteil an Künstlerinnen in der öffentlichen Würdigung und Präsentation zu erhöhen und fördern dadurch die Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft.

Enormes Spektrum

Mit dieser deutschlandweit einmaligen Veranstaltungsreihe wird gleichzeitig die Kulturlandschaft in Ingolstadt bereichert. Präsentiert wird heuer im Kabarettbereich ein großes Spektrum aus Süd-, Nord-, West- und Ostdeutschland. Unter anderem treten die Wellküren, ein bayerisches Musik-Kabarett der Extraklasse auf.

Nach der erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Audi Forum Ingolstadt im vergangenen Jahr konnte zudem die Programmkinoreihe weiter ausgebaut werden. Vor allem kommen die Freunde der internationalen und nationalen Musikszene nicht zu kurz: Im Rahmen des 20-jährigen Bestehens der Kleinkunstbühne Neue Welt sind große Stars im kleinen Rahmen zu erleben. Die Musikerinnen kommen aus Australien, England, Italien, Irland und den USA. Deutsche Stars wie Helen Schneider und Nina Hagen treten im Festsaal des Theaters Ingolstadt auf.

In Zusammenarbeit mit der Buchhandlung Schönhuber und der Stadtbücherei konnten darüber hinaus mit Christa Hein und dem „literarischen Fräuleinwunder“ Alexa Hennig von Lange zwei sehr unterschiedliche und interessante Schriftstellerinnen gewonnen werden. DK



7. Gunzenhäuser IuK-Tage

Gunzenhausen (wefa) - Viel ist von der Anfangseuphorie nicht übrig geblieben. E-Government, also Verwaltungsabläufe per Internet, leiden unter den knappen Geld der Kommunen. Die meisten Projekte, in die sich einzelne Gemeinden und Städte vorwagt hatten, sind inzwischen gestoppt worden. „Kurzfristig vielleicht eine Lösung, auf Dauer aber eine Sackgasse“, sagt dazu die Projektleiterin Gertraud Kast von der Bayerischen Akademie für Verwaltungs-Management.

Auf den „7. Gunzenhäuser IuK-Tagen“ erfuhren an die 70 Bürgermeister, Behördenleiter, EDV-Organisationsleiter und Führungskräfte der kommunalen Verwaltung, die schonungslose Wahrheit: Die meisten öffentlichen Verwaltungen sind noch weit davon entfernt, wirklich schlank und effizient zu arbeiten. Bei den behördenübergreifenden Arbeitsabläufen und auch in den einzelnen Verwaltungen stecken noch enorme Rationalisierungspotenziale. Für Dr. Günter Paul, dem Tagungsleiter, stellt sich die Frage: Wie viel E-Government braucht eine Kommune, um rationell, kostengünstig und bürgerfreundlich den zukünftigen Ansprüchen zu genügen und die Möglichkeiten der heutigen Technik optimal zu nutzen?

Einer, der Antworten gab, war der Putzbrunner CSU-Bürgermeister Josef Kellermeier (siehe Bild), dessen webbasiertes Rats- und Informationssystem Preisträger beim Wettbewerb „Innovative Verwaltung 2003“ war. Von der Abmeldung des Hundes über die Urkunde aus dem Geburtenbuch, der Ausstellung einer Personstandskurkunde bis hin zur Briefwahl reichen in seiner Gemeinde die Onlinemöglichkeiten für den Bürger. Von den Erfahrungen der Stadt Hagen (Preisträger des 6. Speyerer Qualitätswettbewerbs 2002), des virtuellen Bauamts der Stadt Esslingen (Gewinner beim 3. E-Government-Wettbewerb) und des Bücherei-online-Projekts der Stadt Würzburg (BayerOnline-Preis 2003) konnten die Teilnehmer des Gunzenhäuser Seminars profitieren. Bild: Falk

Neues Marketingkonzept:

„Niederbayern oben auf“

Marketing ist nicht alles, doch ohne Marketing läuft wenig. Das gilt nicht nur für Firmen und Produkte, sondern zunehmend auch im Wettstreit der Regionen um ansiedlungswillige Betriebe, qualifizierte Arbeitskräfte und erholungsuchende Touristen. Der Bezirk Niederbayern jedenfalls ist entschlossen, die Chancen des Regionalmarketing offensiv zu nutzen. Mit dem Slogan „Niederbayern oben auf“ präsentiert er sich selbstbewusst als zukunftsorientiertes Land - weltoffen und heimatverbunden, wirtschaftsstarke und reich an Natur und Kultur.

Ziel des neuen Marketingkonzeptes ist es, Niederbayern als Marke zu etablieren, die für eine moderne Region mit leistungsstarker Infrastruktur, innovative Unternehmen, gut ausgebildete Arbeitskräfte, für bürgernahe Verwaltung und vielfältige Bildungsangebote, aber ebenso für hohen Freizeit- und Erholungswert und intakte Naturräume steht. Und so konzentriert sich das Marketingkonzept des Bezirks in „Top-Themen“ auf die Stärken Niederbayerns und versucht, sie im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

Rascher Zugang in alle Welt

Niederbayern, das nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der EU-Erweiterung im nächsten Jahr in wieder gewonnener zentraler europäischer Lage zu einer der interessantesten Regionen gehört,

Landkreis Amberg-Regen:

Wirtschaftsförderung ist Chefsache

Wirtschaftsförderung ist sowohl bei Amberg-Regens Landrat Armin Nentwig als auch bei Ursensollens Bürgermeister Franz Mädlner „Chefsache“. Dies betonten beide beim ersten vom Landrat initiierten Gewerbetag im Landkreis, der bei Handel und Gewerbe in Ursensollen auf große Resonanz stieß. Für Nentwig und Mädlner bedeutet dies nach eigenen Worten, dass man sich sowohl um die Anliegen der bestehenden Firmen kümmert als auch um Neuanmeldungen bemüht ist. Ursensollen biete als Wirtschaftsstandort durch seine prädestinierte Lage ideale Voraussetzungen, betonte Mädlner.

Derzeit gibt es laut Mädlner in der Gemeinde rund 280 Gewerbetreibende, die rund 530 Leute beschäftigen. Besonders attraktiv für Firmen dürfte die Gewerbesteuerhebesatz sein, der derzeit der niedrigste im Landkreis ist. Bereits in Planung befindet sich das neue Gewerbegebiet, direkt an der Autobahn gelegen. Vieles deutet darauf hin, dass sich auch ausländische Unternehmen in Ursensollen niederlassen werden.

Beratung „vor Ort“

Was der Staat derzeit an Regional- und Mittelstandsförderung gewähren kann, erläuterte der am Landratsamt zuständige Sachbearbeiter Harald Herrle. Er bot den Firmenvertretern neben einem kompakten Überblick beim Gewerbetag umfangreiches aktuelles Informationsmaterial und persönliche Beratung „vor Ort“ im Betrieb an.

In der regionalen Wirtschaftsförderung beispielsweise schwanken die Zuwendungen zwischen 7,5 Prozent für mittlere Unternehmen und 15 Prozent für Kleinbetriebe. Landrat Armin Nentwig ergänzte die Informationen Herrles mit dem Appell, auch Mittel aus dem Fördertopf Maxhütte in Anspruch zu nehmen.

Neues Kreditrating

Mit „Rating und Basel II - Hindernis oder Hilfe?“ sprach Harald Kuffner von der Raiffeisenbank ein Thema an, das vielen Unternehmern auf den Nägeln brennt. Dies zeigte sich auch bei einer abschließenden

lockeren Gesprächsrunde. Der Referent riet dazu, sich genau über das neue Kreditrating zu informieren. Ein Beratungsgespräch beim Geldinstitut mache eine gute Vorbereitung notwendig. Eine wichtige Voraussetzung für eine gute Rating-Note sei, dass der Bank die erforderlichen Zahlen und Informationen vorliegen.

Längst in der ersten Liga

Kein Wunder also, wenn der Bezirk stolz auf moderne, international höchst wettbewerbsfähige Gewerbebetriebe in Niederbayern verweisen kann - vom weltbekannten Automobilhersteller und vom

Maschinenbauer über die Elektrotechnik und die Informationstechnologie bis hin zur Glasproduktion im Bayerischen Wald. Und „Made in Niederbayern“ ist begehrt: Rund 50 Prozent der hier erzeugten Produkte gehen in den Export. Damit ist Niederbayern der exportstärkste bayerische Regierungsbezirk. Doch Niederbayern steht nicht nur für Gewerbefleiß. Auch im Dienstleistungssektor Tourismus, im Gesundheits- und Wellnessbereich spielt die Region längst in der ersten Liga. Das Bäderdreieck und der Bayerische Wald sind Schwerpunkte der „weißen Industrie“.

Besondere Stärken

Zu den besonderen Stärken der Region zwischen Landshut und Bayerischem Wald, zwischen Kelheim und Passau zählt der Bezirk auch die vorbildliche Bildungsinfrastruktur. Ein gut ausgebautes Netz von allgemeinbildenden Schu-



Neuwahl der Kreisvorstandschaft der KPV im Landkreis Roth. Von rechts: Kreisvorsitzender Gerhard Lunn, Stellvertreterin Lissy Wild-Heyder und Bezirksvorsitzender Peter Grimm.

KPV im Landkreis Roth:

Gerhard Lunn als neuer Hoffnungsträger

Gerhard Lunn heißt der neue Hoffnungsträger der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) im Landkreis Roth. Einstimmig wurde er bei der Mitgliederversammlung im Gasthof Glauber in Büchenbach gewählt.

Damit, so KPV-Bezirksvorsitzender Peter Grimm aus Roth, verknüpfte er die Hoffnung auf eine erfolgreiche Arbeit im Landkreis Roth. Gerhard Lunn sei für sein außerordentliches Engagement bekannt und verfüge über ein immenses kommunalpolitisches Wissen aus seinen langjährigen Tätigkeiten als Gemeindegam-merer und Bürgermeister.

Wichtigstes Instrument

Die Kommunalpolitik ist nach Darstellung von Gerhard Lunn nicht losgelöst von der überregionalen Politik, sondern ein Teil davon. Die Gemeinden seien abhängig von der Politik im Land und im Bund, was insbesondere die Finanzierung angeht. Dabei müsse die Kommunalpolitik bestrebt sein, die kommunale Selbstverwaltung als ihr wichtigstes Instrument zu bewahren.

Gerade hier habe die kommunale Familie in der KPV einen starken Anwalt zur Wahrung der gemeindlichen Rechte. Kommunalpolitikerinnen und -politiker der CSU kämpften für ihre Gemeinden vor Ort um Verbesserung der Wohnqualität, um Personennahverkehr, um Entwicklungsmöglichkeiten, um funktionierende Wasserversor-

len und Berufsschulen sowie die beiden Fachhochschulen in Landshut und Deggendorf und die Universität Passau sind die Grundlage für ein hoch qualifiziertes Arbeitskräftepotenzial.

Im Vorteil sieht sich der Bezirk auch im direkten Vergleich mit der Region München. Immerhin liege die Kaufkraft, so Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein, um zehn Prozent über der des Ballungsraums München. Die Immobilienpreise seien sogar bis zu einem Viertel niedriger.

Das Image schärfen

Insgesamt, da sind sich die Verantwortlichen des Bezirks sicher, wird Niederbayern seinen Platz „oben auf“ stärken und ausbauen. Mit dazu beitragen wird das neue Regionalmarketing-Konzept, dessen wesentliche Botschaften durch Menschen aus der Region - beispielsweise von Unternehmern, Künstlern und Sportlern - vertreten und verbreitet werden sollen. Ziel der Personalisierung sei es, so Hölzlein, regionale Identität nach innen zu schaffen und das Image Niederbayerns nach außen zu schärfen und zu profilieren. **DK**

Umweltbildungs-Projekt „InnBrücke 21“:

Vernetzung heißt das Zauberwort

Der Name ist Symbol und Programm: „InnBrücke 21“ heißt ein neues Umweltbildungs-Projekt der Landvolkshochschule Niederaltteich im Landkreis Deggendorf. Das Ziel: Gemeinden in Ostbayern und Oberösterreich, die einen lokalen Agenda-21-Prozess gestartet haben oder starten wollen, sollen sich vernetzen und so den Gedanken der Nachhaltigkeit buchstäblich auf eine breitere Basis stellen.

Neben dem praktischen Erfahrungsaustausch zwischen den Agenda-21-Akteuren diesseits und jenseits des Inn bildet ein grenzübergreifender Qualifizierungs-Lehrgang einen Schwerpunkt des Projektes: Über einen Zeitraum von zehn Monaten können sich Interessierte das „Handwerkszeug“ für Lokale Agenda-Prozesse aneignen. Die Themen der einzelnen Kursmodule reichen von „Grundlagen der Projektarbeit“ über „Aktivierung“ und „Moderation“ bis hin zum Eruiieren von möglichen Fördergeldern. Am Ende des auf drei Jahre angelegten „InnBrücke“-Projektes soll das Netzwerk von sich aus neue grenzüberschreitende Nachhaltigkeits-Initiativen hervorbringen.

Finanziert wird das Projekt durch Interreg-3a-Mittel der Europäischen Union und aus dem „Allgemeinen Fonds zur Förderung der Umweltbildung“ der Bayerischen Staatsregierung. Auf bayerischer Seite haben auch die Landkreise Passau, Altötting und Deggendorf ihre finanzielle Unterstützung zugesagt. „Wir erhoffen uns von dem Projekt“, so der Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter, „einen neuen Schwung für die Agenda 21 in unseren Gemeinden!“ Offen ist noch eine Beteiligung des Landkreises Rottal-Inn; dort hatte sich der Kreisabschluss zuletzt nicht zum Mitmachen durchbringen können.

„Ich glaube, wir können von unseren österreichischen Nachbarn viel lernen“, begründet der Passauer Landrat Hanns Dorfner sein Engagement für die „InnBrücke“. Die Region diesseits und jenseits des Inn sei ein „gemeinsamer Kulturraum“.

Größtes deutsches Auenprojekt:

Offizieller Startschuss

„Zwischen Neuburg und Ingolstadt wird Deutschlands größter Auwald wieder natürlich.“ Dieses Versprechen brachte Umweltminister Werner Schnappauf ins Schloss Grünau bei Neuburg mit. Zusammen mit Neuburg-Schrobenhausens Landrat Dr. Richard Keßler, Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann und dem Generaldirektor des Wittelsbacher Ausgleichsfonds, Georg Graf von Schall-Riaucour, gab er jüngst den offiziellen Startschuss für das größte deutsche Auenprojekt. „Zwischen Neuburg und Ingolstadt wird der Auwald renaturiert und die Donauauen dynamisiert. Damit entsteht der größte deutsche Auwald, einer der größten ganz Europas. Die Donau wird damit in ihrer Funktion als europäische Biotopverbundachse entscheidend aufgebessert“, so der Minister.

Landrat Keßler zeigte sich von den Aussagen Schnappaufs erfreut: „Die Idee, die Vision einer Wiederbelebung der Aue, um die wir uns in guter Zusammenarbeit mit der Stadt Ingolstadt seit 1997 bemühen, kann jetzt in die Realität umgesetzt werden. Das Projekt hat Modellcharakter, es dient den Belangen des Hochwasserschutzes, des Natur- und Artenschutzes.“ **DK**

auch die Besinnung darauf könnte heute für die Agenda 21 neue Impulse bringen.

„Die Agenda 21 lebt!“, ist auch der Leiter der Landvolkshochschule Niederaltteich, Dr. Josef Rehl, überzeugt. Das Anliegen der Konferenz von Rio 1992 müsse in den Gemeinden vor Ort immer wieder kreativ und mit Geduld in Projekte umgesetzt werden. „Damit dabei die Luft nicht ausgeht, ist die Arbeit in Netzwerken unabdingbar.“ Die regelmäßigen Kontakte nach Österreich und der gemeinsame Lehrgang könnten zu wertvollen „Tankstellen“ in einem Entwicklungsprozess werden, der eben erst begonnen habe. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber: Beda Bohinger Otto Ammon

Redaktion: Anne-Marie von Hassel (verantwortlich) Doris Kirchner Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter: Peter Müller Jens Korn (KPV) Lutz Roßmann (Landtag) Brigitte Scheriele (Wirtschaft und Messen) Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials) Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen) Klaus Kamhuber Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung: Viktoria Bertele (verantwortlich), Telefon 08171 / 9307-11 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise: 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland: €76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften: (Abrechnung über eine Adresse) €38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen: (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung: zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung: Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen: Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift: Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift: Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen: Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse: 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführer: Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung: Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Auftaktveranstaltung des Netzwerkes UNSER LAND:

Gelungenes Fest auf dem Münchner Marienplatz

„München und sein Umland - Leben miteinander und voneinander“ - dies war das Motto der Veranstaltung am 3. Oktober. Der Anlass: das Netzwerk UNSER LAND weitet sein Engagement im Rahmen einer Stadt-Land-Partnerschaft auf die Landeshauptstadt und den Landkreis München aus. Für die Bürger bedeutet dies umfassende Information und Aktivierung des Bewusstseins für regionale Kreisläufe und den Wert des Lebensmittels.

„Im Namen aller Münchner möchte ich mich ganz herzlich für dieses gelungene Fest und das beeindruckende Engagement beim Netzwerk UNSER LAND bedanken!“ Sicher sprach dieser Münchner nicht im Namen aller Bürger der Stadt, als er spontan und sehr emotional seine Meinung den Organisatoren kundtat.

Und doch war es ein repräsentativer Eindruck der Stimmung, die am 3. Oktober auf dem Münchner Marienplatz trotz Re-

gionen unter Beachtung gesamtökologischer, ökonomischer und sozialer Kriterien erhalten und verbessern. Mit Hilfe regional erzeugter Lebensmittel, die Träger dieser Idee sind, will UNSER LAND auch den Münchnern dieses Ziel im wahrsten Sinne des Wortes schmackhaft machen.



Zu den Ehrengästen zählten (v. l.): die 2. Bürgermeisterin der Stadt München, Gertraud Burkert, der Schirmherr des Netzwerkes UNSER LAND Alois Glück, Gesundheitsminister Eberhard Sinner, Fürstfeldbrucks Landrat Thomas Karmasin und Oberbayerns Bezirksstagspräsident Franz Jungwirth.

genwetter herrschte. Das frisch gebackene Brot duftete, Schafe blökten, Hasen hoppelten, Hühner gackerten, ein Weizenfeld spritzte aus dem Pflaster des bekannten Platzes hervor - und zwischen hundert von Menschen, die informierten und sich informieren ließen.

Erntedank - Schöpfungsdank

Begonnen wurde mit einem beeindruckenden ökumenischen Gottesdienst in der Münchner Heilig-Geist-Kirche unter dem Motto „Erntedank - Schöpfungsdank“. Die Landesbäuerin des Bayerischen Bauernverbandes, Annemarie Biechl, und Bezirkspräsident Max Weichenrieder mit ihren Stellvertretern trugen die Erntedankkrone beim Einzug. Die Landwirte brachten die Früchte der Erde und die Bäcker-

UNSER LAND-Label

In über 50 Supermärkten der Landeshauptstadt stehen die Produkte ab sofort in den Regalen, leicht zu erkennen am UNSER LAND-Label: eine bergige Landschaft mit Wiese, einem Baum und einer Schäfchenwolke im bayerisch-blauen Himmel.

Der Schritt nach München ist ein Meilenstein in der Geschichte des Netzwerkes, das sich im Jahr 2000 nach dem Beispiel der schon seit 1994 erfolgreich arbei-

tenden Solidargemeinschaft BRUCKER LAND gründete. Die gute Akzeptanz der Verbraucher in den neun zum Netzwerk gehörenden Landkreisen war die Basis der Entscheidung zur Stadt-Land-Partnerschaft. UNSER LAND setzt auf das Bewusstsein und die kritische Entscheidung der Münchner beim Einkauf. Denn mit jeder Scheibe UNSER LAND Brot und mit jedem Glas UNSER LAND Milch nehmen die Münchner nicht nur qualitativ hochwertige Nahrung zu sich, sie unterstützen auch den Grundgedanken und sichern so die Wirtschaftlichkeit des Konzeptes. Alois Glück, Schirmherr von UNSER LAND, brachte es auf den Punkt: „UNSER LAND denkt über die Nützlichkeit des Ertrages hinaus. Wirtschaftliche Grundlagen kann man nicht nur mit guten Gedanken und Idealismus schaffen. Bei UNSER LAND verbindet sich in großartiger Weise, das, was an innerer Bereitschaft und Gesinnung da ist, mit ökonomischer Logik.“

Strenge Richtlinien

Die UNSER LAND Lebensmittel werden nach strengen Richtlinien erzeugt. Es gibt einige Bio-Produkte aber auch viele konventionell erzeugte Lebensmittel, die allerdings den strengen Richtlinien von UNSER LAND entsprechen müssen. Diese Richtlinien gehen weit über die staatlichen Forderungen hinaus. Daher ist auch der Preis für die UNSER LAND Lebensmittel um durchschnittlich zehn Prozent höher. Die zweite Bürgermeisterin der Stadt München und Schirmherrin der Veranstaltung, Dr. Gertraud Burkert, appellierte bei ihrer Ansprache an das Qualitätsbewusstsein der VerbraucherInnen und schilderte ein anschauliches Beispiel dazu: „Ein Franzose sagte mir einmal: ‚Die Deutschen geben für ihre Kücheneinrichtung mehr als als für das, was darin gekocht wird!‘ Dies ist etwas, das wir eigentlich im Interesse unserer Gesundheit und Umwelt ändern sollten.“

Die Stadt lebt vom Land

Einer der Ehrengäste war Gesundheitsminister Eberhard Sinner. In einer Interviewrunde hob er die Stadt-Land-Partnerschaft hervor: „Diejenigen, die in den Landkreisen die Initiative ergriffen haben, gehen jetzt nach München und decken den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt zuzusagen den Tisch in einer Weise, wie es bisher noch nie da gewesen ist. Und damit wird deutlich: die Stadt lebt vom Land.“ Auch Sepp Dürr, Vorsitzender der Grünen im Landtag, beifürwortet UNSER LAND. Er sieht vor allem die Chance zur Weiterentwicklung: „Was ich mir natürlich wünschen würde, ist, dass UNSER LAND ein Stück weiter geht und tatsächlich die Bewirtschaftung noch stärker in Richtung Bio umstellt.“

Präsentation

Neben den Ansprachen, den musikalischen Einlagen und den interessanten Interviewrunden widmeten sich an den Informationsständen die ehrenamtlichen Mitarbeiter der acht Solidargemeinschaften dem Interesse der zahlreich erschienenen Münchner. Die beeindruckende Präsentation der Landwirtschaft mit dem Thema „Vom Korn zum Brot“ mit Müllerei und Bäckerei fand bei den Gästen schließlich besonders großen Anklang.

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Da hat einer kalte Füße bekommen als er sich klar machte, dass er es mit heißblütigen bayerischen Bürgermeistern zu tun bekommt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war sichtlich enttäuscht, als er das Mail der „Gemeindezeitung“ las. Darin wurde mitgeteilt, dass Bundesfinanzminister Eichel den Kommunal-Gipfel auf dem Nebelhorn hatte platzen lassen.

Eichel sollte auf Einladung des Kommunal-Fachblatts eine Diskussion zum Thema Gemeindefinanzreform bestreiten. 24 Stunden vor der Veranstaltung zogen die in Berlin die Notbremse: Der Minister kann nicht kommen, weil ihn der im Ural weilende Kanzler verdonnert habe, eine Gesprächsrunde im Kanzleramt zu leiten. Eine klassische „der Ober sticht den Unter“-Situation, für die eigentlich alle bayerischen Kartler viel Verständnis haben.

Der Bürgermeister wäre mit Eichel Schlitten gefahren

Dennoch macht man sich so seine Gedanken. Es sollten eigentlich schon sehr massive Gründe im Raume stehen, wenn man 160 Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte so kurz vor knapp sitzen lässt. Vielleicht lag es am Veranstaltungsort? Gut möglich, dass der Bundesfinanzminister zur Zeit allergisch auf alpines Vokabular reagiert, türmt sich vor den Finanzpolitikern doch ein Gebirge aus Problemen, sind die Staatsfinanzen keineswegs „über den Berg“ und steuert Deutschland auf einen neuen „Gipfel der Verschuldung“ zu. Natürlich nehmen sich die 1932 Meter, die das Nebelhorn über Meereshöhe liegt eher bescheiden aus, verglichen mit 42 Milliarden Euro, die im Jahre 2003 als Bundesschulden aufgetürmt werden. Aber vielleicht ist Eichel ja auch schon bei vergleichsweise kleineren Höhen nicht schwindelfrei?

Wahrscheinlich kann man ihm keinen Vorwurf machen, dass er dem Verdikt seines Chefs folgte und sich dem Gespräch mit der kommunalpolitischen Basis verweigerte, um irgendeine der unzähligen Regierungskommissionen mit seiner Anwesenheit zu schmücken. Schließlich hat der Basta-Kanzler in seiner kurzen Amtszeit schon Dutzende Minister verschlissen. Aber besser aufgehoben wäre er im Allgäu ge-

wesen. Da hätte er mal Erfahrungen gemacht, wie sie für diese Bundesregierung Seltenheitswert haben: Fundierte Diskussionen und ungeschönte Zustandsbeschreibungen.

Bayern ist ja für die rot-grünen Berliner das südliche Territorium, in das man sich nicht gerne wagt, nicht mal zu den eigenen Genossen, von denen man so wenig hält, dass man ihnen nicht mal Entwicklungshilfe teilhaftig werden lässt.

Ist es die Scheu vor dem Unbekannten - vielleicht vor der Kunst des erfolgreichen Regierens? Fürchtet man die Begegnung mit einer Wirklichkeit, die so auffällig mit den Broschüren des eigenen Presse- und Informationsamts kontrastiert? Möchte man sich nicht dem ungeschminkten, schnörkellosen Wort aussetzen, das die Eingeborenen in Bayern auszeichnet und das Kritik auch mal direkt artikuliert? Die Diskussion wäre heiß geworden, aber die Atmosphäre garantiert herzlicher als um den Gefrierpunkt (wie draußen). Schließlich sind die Bayern gastfreundlich.

Jedenfalls tun mir die tüchtigen Organisatoren der „Gemeindezeitung“ leid, die selbst dem Wetter noch was Gutes abgewonnen haben und eine Rodelbahn präparieren ließen. Da hätte Eichel gleich selbst ausprobieren können, wie schnell es abwärts gehen kann. Und auch das Problem mit dem Nebel und der schlechten Sicht hätte das GZ-Team hinge kriegt. Die hätten Eichel nicht so orientierungslos gehalten wie seine Beamten in Berlin.

Nun, es hat nicht sollen sein. So wird mein Chef alle seine Fragen, Analysen, Zahlenreihen, und was er sich sonst noch akribisch für den Termin notierte, in einen Brief an Eichel zusammen fassen. Hoffen wir mal, dass er mehr bekommt als die nichtssagende Antwort eines Abteilungsleiters „Ihre Argumente werden geprüft“.

Zur Würze des Schreibens lege ich dem Bürgermeister ein Kalenderblatt hin, das den ehemaligen Gymnasiallehrer Eichel nachdenken machen könnte. Ernst von Feuchtersleben sagte einmal: „Das wichtigste Resultat aller Bildung ist die Selbsterkenntnis.“

the jabriul

Herausragende Bezirksstagspräsidenten würdig verabschiedet

Kommunalminister Dr. Günther Beckstein hat am 8. Oktober in Kloster Irsee, sowie Tags darauf in Bayreuth und Ansbach die drei langjährigen Bezirksstagspräsidenten Dr. Georg Sinnacher (Schwaben), Edgar Sitzmann (Oberfranken) und Gerd Lohwasser (Mittelfranken) aus ihren Ämtern verabschiedet.

„Georg Sinnacher hat Schwaben mit ehrlicher Sorge und die Nöte der Menschen, seinem aufrichtigen Bemühen um ausgewogene Lösungen und seiner Liebe zur Heimat kulturell und sozial in 29 Jahren als Bezirksstagspräsident in neue Bahnen gelenkt. Dabei halfen ihm sein großer Fleiß, politisches Geschick und tiefes Fachwissen“, lobte Innenminister Beckstein in Kloster Irsee das enorme Engagement des aus dem Amt scheidenden Präsidenten, der 1967 mit nur 34 Jahren zum Landrat von Günzburg gewählt wurde und seit 1974 als Bezirksstagspräsident von Schwaben, ab 1979 dann auch als Präsident des Verbands der Bayerischen Bezirke wirkte. Dieses Amt wird Sinnacher noch bis Dezember ausüben.

Mit Energie und Weitsicht

„Edgar Sitzmann aus dem oberfränkischen Bezirkstag wegzudenken, wird uns sehr schwer fallen. Er war mehr als drei Jahrzehnte für den Bezirk Oberfranken tätig und hat das Amt des Bezirksstagspräsidenten mit großem Engagement, Weitsicht und unerschöpflicher Energie ausgeübt“, würdigte Beckstein das Wirken des ausscheidenden Bezirksstagspräsidenten in Bayreuth. Seit 1970 war Sitzmann Bezirksrat und bereits ab 1982 Präsident des Bezirkstages. „Mit hartnäckiger Sachkunde wirkte Sitzmann entscheidend bei der Umsetzung zahlreicher Projekte und Maßnahmen zu Gunsten des sozialen und kulturellen Oberfranken mit“, dankte Beckstein für dessen jahrzehntelanges Wirken: „So wurde unter Ihrer Führung die stationäre psychiatrische Versorgung wesentlich verbessert. In Ihre Amtszeit fielen u.a. die Neugründung des psychiatrischen Bezirkskrankenhauses Rehad und der Ausbau des Be-

zirkskrankenhauses Kutzenberg. Nicht zuletzt auf Ihre Initiative hin wurde innerhalb dieses Krankenhauses eine neurologische Rehabilitationsklinik mit einer Klinik für schädel- und hirnerkrankte Kinder sowie eine Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie eingerichtet.“

Bürgernah und weltoffen

„Gerd Lohwasser verkörpert Traditionsbewusstsein und Heimatverbundenheit, Bürgernähe und Weltoffenheit in Einklang mit der Gabe, unvoreingenommen und aufgeschlossen allem Neuen gegenüber zu treten. 13 Jahre lang war er Garant einer erfolgreichen Bezirksstagsarbeit in Mittelfranken. Mit Weitblick, Tatkraft und Geschick hat er in dieser Zeit in allen Bereichen, in denen der Bezirk Verantwortung trägt, zahlreiche Erfolge errungen“, lobte der Minister Lohwassers enormes Engagement. Laut Beckstein setzte sich der Präsident bereits im Jahr 1993 dafür ein, dass der Bezirk Mittelfranken sein Aktienkapital beim Fränkischen Überlandwerk Nürnberg in eine selbstständige, kommunal verwaltete Stiftung mit dem Namen „Mittelfranken Stiftung für Natur, Kultur, Struktur“ einbringt. Seitdem wurden eine Reihe bezirksspezifischer Projekte sowie Maßnahmen der Landschaftspflege, des Artenschutzes und der Umweltbildung gefördert.

„Freiraum“-Broschüre des Landkreises Bamberg

Um den Investitionsstandort Landkreis Bamberg weiter zu stärken, hat die Wirtschaftsförderung des Landratsamtes in Zusammenarbeit mit der Bamberger Agentur CompressMedia eine neue Investorenbrochure herausgegeben. Diese versteht sich als Grundhandwerkszeug für Messeauftritte und sonstige außenwirksame Auftritte, um auf den Landkreis aufmerksam zu machen.

Unter dem Titel „Freiraum“ weist die in Deutsch und Englisch gehaltene Handreichung auf die positiven Rahmenbedingungen als Grundlage für unternehmerischen Erfolg im Landkreis Bamberg hin und zeigt die breite Palette an harten und weichen Standortfaktoren auf, die den Landkreis Bamberg für Betriebsansiedlungen besonders prädestinieren.

Wie Landrat Dr. Günther Denzler bei der offiziellen Übergabe betonte, soll die neue Publikation potenziellen Investoren die Standortwahl erleichtern. „Wir wollen mit der neuen ‚Freiraum‘-Broschüre auf die Potentiale unseres Landkreises hinweisen,

angefangen von der hervorragenden Verkehrsinfrastruktur und der äußerst günstigen Lage in Zentraleuropa, der Nähe zu den neuen Märkten in Osteuropa, einer großen Bandbreite an jungen innovativen Unternehmen und der Fülle an Bildungseinrichtungen bis hin zur hohen Lebensqualität unserer Region als besonderes Attraktivitätsmerkmal.“

Um die Investorenbrochure stets aktuell zu halten und gezielt auf besondere Wünsche und Anforderungen von potenziellen Investoren einzugehen, bietet diese zusätzlich Platz für Einlegeblätter, die auch dem Gesamterscheinungsbild angepasst sind. DK

Es hätte so schön werden können ...

Finanzminister Eichel hat einmalige Allgäuer Gastfreundschaft verpasst

Oberstdorf und das gesamte Allgäu hat sich auf den Besuch von Bundesfinanzminister Hans Eichel gefreut und sich darauf eingerichtet, ihm und 160 Landräten, Oberbürgermeistern und Top-Kommunalpolitikern aus ganz Bayern das Nebelhorn und die Gegend von der besten Seite zu zeigen. Die Enttäuschung über die kurzfristige Absage des Lenkers der deutschen Finanzen wegen einer vom Bundeskanzler einberufenen Besprechung ist sehr groß. Schließlich haben die rührigen Allgäuer sehr viel für das Gelingen des Kommunalgipfels in Bewegung gesetzt und sich über alle Maßen engagiert.

So ließ der Geschäftsführer der Fellhorn- und Nebelhornbahn, Augustin Kröll, extra die geplanten Verschönerungsarbeiten auf der Mittelstation vorziehen und die notwendige Infrastruktur auf den Berg schaffen.

Alphornbläser...

Seine Marketing-Leiterin Ingrid Rösch hatte gemeinsam mit Bürgermeister Thomas Müller bereits Alphornbläser bestellt und ein typisch Allgäuer Rahmenprogramm vorbereitet. Die

Bergwacht stand für Führungen, Erklärungen und Einsätze bereit. Damit die Politiker auch im Gebirge immer erreichbar gewesen wären, hatte Gerhard Baier, Chef von T-Mobile Bayern, die Handy-Sendekapazitäten erhöht.

... und Schlittenfahrt

Selbst die Pistenraupen wurden bereits angeworfen, damit aufgrund plötzlich eintretender Schneefälle die Kommunalpolitiker ggf. mit dem Finanzmini-

ster hätten Schlitten fahren können. Fernsichtteams hatten bereits ihre Infrastruktur ins Allgäu gekarrt.

Auch ein Zauberer wäre aufgetreten, der den Kommunalpolitikern und dem Finanzminister wechselweise das Geld aus der Tasche gezogen hätte. Ein Auftritt mit Symbolcharakter.

Ansprechend vorbereitet war auch der Tagungsraum. Um dem Gespräch eine angenehme Note zu geben, wurden runde Tische aufgestellt, wodurch ein wechselseitiges Gespräch ohne Probleme hätte stattfinden können.

Symbolisches Zuspiel

Dass Hans Eichel ob seiner Bereitschaft zur Diskussion auch mit Geschenken bedacht worden wäre, versteht sich von selbst. So hätte er sich über einen von allen Spielern des FC Bayern München signierten Fußball freuen können, der ihm symbolisch zugespielt worden wäre. Ein Buch des Weilheimer Landrats Luitpold Braun über jene Zeit, als Franz-Josef-Strauß Landrat von Schongau war, war ebenso als Präsent vorgesehen wie eine Publikation des Mindelheimer Bauunterneh-

mers Friedrich Riebel, der mit weitreichenden Ideen und enormer Tatkraft ausgestattet, beweist, dass man als Mittelständler gesteckte Ziele auch erreichen kann. Nur müssen eben die Rahmenbedingungen stimmen.

Alle Anstrengungen waren umsonst und weder der Minister noch die Kommunalpolitiker aus ganz Bayern sind in den Genuss der beispiellosen Allgäuer Gastlichkeit gekommen.

Die Sympathie, Anerkennung und Hochachtung, die selbst politische Gegner Hans Eichel allein deshalb entgegengebracht haben, weil er die Einladung zum Kommunalgipfel angenommen hat und auf „den Berg des Löwens“ kommen wollte, ist durch die Absage in Unverständnis und Enttäuschung umgeschlagen.

Reaktionen

Die Reaktionen reichen nun von „ich hab's doch gleich gewusst“ über „das war ja nicht anders zu erwarten“ bis hin zu „so unzuverlässig wie seine Politik“. Landrat Gebhard Kaiser machte seinem Ärger über gerade diese Unzuverlässigkeit der Bundespolitiker im Lokalradio und in der Presse Luft.

Der Finanzminister wird es nicht leicht haben, den angerichteten Imageschaden an seiner Person und an der Bundesregierung wieder zu reparieren. **wige**

Stadt Altötting:

Mit Ehrenplakette des Europarates ausgezeichnet

Zur großen Freude der Stadt Altötting hat der zuständige Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft der parlamentarischen Versammlung des Europarates am 01. April 2003 entschieden, der Stadt Altötting die zweithöchste Auszeichnung des Europarates, die Ehrenplakette, zu verleihen. Die Stadt Altötting wurde im Jahre 2000 bereits mit dem Europadiplom und, was völlig ungewöhnlich ist, im darauf folgenden Jahr 2001 mit der Ehrenfahne des Europarates ausgezeichnet.

In ganz Europa wurde diese Ehrenplakette des Europarates insgesamt an nur 12 Städte vergeben. Unter den Mitpreisträgern befindet sich neben Altötting auch die Gemeinde Ottobrunn, aber auch Städte wie Mulhouse in Frankreich und Ankara in der Türkei.

Die Auszeichnung ist Anerkennung und Würdigung zugleich für die herausragenden Leistungen der Stadt Altötting zur Förderung des europäischen Gedankens. Nach den Statuten des Europarates wird die Ehrenplakette an Kommunen verliehen, die schon seit mehreren Jahren Träger der Ehrenfahne sind. Die Ehrenplakette gilt als Vorstufe des Europapreises, der höchsten Auszeichnung, die der Europarat zu vergeben hat, diese wird nur einmal im Jahr verliehen.

Die Verleihung der Ehrenplakette ist eine ehrende Anerkennung für all die Bemühungen,

die in den letzten Jahren unternommen wurden, um die Stadt Altötting in Europa entsprechend zu positionieren und zu präsentieren.

Im Rahmen eines Festaktes wurde die Ehrenplakette durch Herrn Bundestagsabgeordneten a. D. Benno Zierer, Ehrenmitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates, übergeben.

Zahlreiche Ehrengäste

Unter den zahlreichen Ehrengästen konnte Erster Bürgermeister Hofauer auch Herrn Regierungspräsident Werner-Hans Böhm und die Bürgermeister aus Lourdes, Loreto, Fatima, Tschenschau, Pribram und Mariazell begrüßen.

Diese großen Marienheiligtümer gehören neben Altötting der Arbeitsgemeinschaft „Shrine of Europe“ an.

Vorschau auf GZ 21

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 21, die am 6. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ◀ Wasser • Abwasser
- ◀ Kommunalmarketing
- ◀ Handwerk
- ◀ Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung